

# Das Thüringer Schicksalsjahr 1924

Der Rechtsruck in Thüringen  
damals und heute

*Eine Textsammlung*

**DAS THÜRINGER  
SCHICKSALSJAHR 1924.  
DER RECHTSRUCK IN THÜRINGEN  
DAMALS UND HEUTE.  
EINE TEXTSAMMLUNG**



## INHALT

<b>Vorwort</b> .....	6
<b>MARIO HESSELBARTH</b>	
<b>Die Thüringer Landtagswahl am 10. Februar 1924 und ihre Konsequenzen für die weitere politische Entwicklung des Landes</b> .....	9
<b>JUDY SLIVI</b>	
<b>»Die unglückliche Zerrissenheit der Arbeiterbewegung« — Die Thüringer SPD und Gewerkschaften zwischen Euphorie und Frustration 1923/24</b> .....	20
<b>MANFRED WEISSBECKER</b>	
<b>Thüringen vor 100 Jahren: Tummelplatz völkischer und faschistischer Organisationen und der nationalsozialistische Organisator Fritz Sauckel</b> .....	47
<b>PETER REIF-SPIREK</b>	
<b>Die langen Linien des Thüringer Faschismus. Ein Blick auf das Thüringer Superwahljahr aus historischer Perspektive</b> .....	71

## VORWORT

Seit vielen Jahren veröffentlicht die *Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen* geschichtliche Beiträge über das Land Thüringen mit Schwerpunkt auf der Geschichte der Arbeiterbewegung sowie des antifaschistischen Widerstandes. Seit 2018 begleitet die Stiftung zu 100-jährigen Jubiläen wichtige Phasen Thüringens am Beginn der Weimarer Republik unter dem Titel »Thüringen – Heimat der Arbeiterbewegung«.

Nachdem wir im vergangenen Oktober mit Mario Hesselbarths Band zur »Arbeiterregierung 1923« beim linksrepublikanischen Versuch, die Weimarer Demokratie gegen die Gefahr von Rechts zu verteidigen, und bei der verfehlten KPD-Strategie, eine revolutionäre Veränderung zu erzwingen, angelangt waren, sind wir nun beim Ende der progressiven Phase Thüringens nach 1918 angekommen. Jetzt, im Jahr 2024, wollen wir diesen Wendepunkt in vier Beiträgen in diesem Band von Mario Hesselbarth, Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Judy Slivi und Peter Reif-Spirek genau darstellen und die Bedeutung beleuchten. Die Beiträge erschienen zuerst als Artikelserie auf unserer Website.

Den Auftakt in diesem Band machen zwei Beiträge zur unmittelbaren Auswirkungen auf das Land und die Thüringer Arbeiterbewegung. 1924 war ein entscheidendes Jahr für das noch junge Thüringen, wie Mario Hesselbarth in seinem Beitrag darstellt. Die Landtagswahlen am 10. Februar erbrachten eine rechte absolute Mehrheit im Thüringer Landtag und beendeten die Phase der linken Mehrheiten im Land. Der Einmarsch der Reichswehr hatte bereits 1923 die »Arbeiterregierung« aus SPD und KPD entmachtet. KPD-Minister waren in den Untergrund gegangen und die Arbeiterbewegung massiven Repressalien ausgesetzt. Das Bürgertum jubelte und wurde durch das Militär im Wahlkampf systematisch unterstützt, um im »roten Thüringen« wieder stabile rechte Verhältnisse einkehren zu lassen. Die Phase linker und sozialdemokratischer Politik seit der Novemberrevolution auf dem Territorium Thüringens, die Judy Slivi in ihrem Blick auf die Thüringer SPD und die Gewerkschaften darstellt, sollte beendet werden. In Folge der Landtagswahlen verfügte die bürgerliche Opposition jedoch über keine Mehrheit im Thüringer Landtag. Der Einzug der *Vereinigten Völkischen Liste* (VVL) verhinderte dies. Aber bürgerlicher Block – zusammengeschlossen im *Thüringer Ordnungsbund* – und linke Parteien waren nicht gesprächsfähig miteinander. Es bildete sich somit die Regie-

rung des *Thüringer Ordnungsbundes* (TOB), toleriert durch die sieben extrem rechten Abgeordneten der *Vereinigten Völkischen Liste*. Darunter auch Abgeordnete, die der zu diesem Zeitpunkt verbotenen NSDAP zuzurechnen waren, die noch 1923 in München versucht hatte zu putschen.

Es ist daher durchaus berechtigt festzustellen, dass das politische Verderben der Weimarer Republik von Thüringen aus seinen Ausgang nahm. Das Land wurde zu einem sicheren Aufmarschgebiet der extremen Rechten – zum »Tummelplatz völkischer und faschistischer Organisationen«, wie Manfred Weißbecker in diesem Band schreibt – in den 1920er-Jahren. Ab 1930 mündete dies in der ersten Regierungsbeteiligung der NSDAP in einem Land des Deutschen Reiches. Damit hatte die TOB-VVL-Kooperation 1924 in der Zukunft gravierende politische Folgen für die gesamte Weimarer Republik. Es ist der Beginn des Marschs des Landes in das »Mustergau Thüringen«. Die bürgerlichen Parteien hatten 1924 in ihrem Hass auf die kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Kräfte den Nationalsozialisten den Weg bereitet. Manfred Weißbecker zeichnet in seinem Beitrag den Aktionismus und Lebensweg des späteren Gauleiters Fritz Sauckel um das Jahr 1924 nach. Sauckel war zu diesem Zeitpunkt bemüht, publizistisch in Ilmenau eine Einheit extrem rechter Kräfte von Völkischen und Nationalsozialisten zu unterstützen. Dabei war er stets auf die eigene Karriere bedacht. Anders als Artur Dinter, dem Kopf der VVL 1924 und sein früherer Mentor, war ihm diese Karriere als Nationalsozialist später vergönnt. Er baute Thüringen zu einem wichtigen Standort der NSDAP aus und wurde zum führenden Parteifunktionär.

Im Wahljahr 2024, in dem im Freistaat eine extrem rechte Partei wie die AfD nach der Macht greift und die »Brandmauer« der bürgerlichen Mitte zu bröckeln beginnt, wollen wir nicht nur an das Schicksalsjahr 1924 erinnern. Wir fragen nach der Verbindung zur Gegenwart. 1924 weist überraschend viele Parallelen zum Heute auf. Zum Teil geht es immer noch um bürgerliche Staatskarrieren und eine völlig irrationale Angst vor linker und demokratischer Politik. Auch Kulturkämpfe – etwa um die Greil'schen Schulreformen 1924 und etwa um geschlechtergerechte Sprache 2024 – existierten damals wie heute und machen Stimmung von rechts für antidemokratische Kräfte. Aber natürlich gibt es auch gravierende Unterschiede. So haben wir in 2024 beispielsweise nicht das Gewaltniveau der frühen Weimarer Republik erreicht. Dennoch: Es scheint so etwas zu geben wie die »langen Linien des Thüringer Faschismus«, wie

Peter Reif-Spirek mit Blick auf die Thüringer AfD und CDU sowie die Wahlkämpfe im Landkreis Sonneberg und im Saale-Orla-Kreis ausführt. Vergleiche zieht er etwa im Hinblick auf das Agieren bürgerlicher Kräfte in der Gegenwart. Gleichzeitig wirft er mit Blick auf heutige Entwicklungen und AfD-Erfolge auch ein Schlaglicht auf die Schwäche linker und demokratischer Kräfte, ihre mangelnde Verankerung etwa im Alltag der ländlichen Bevölkerung, die Räume für rechte Landgewinne geben. Selbstkritik von Linken und Demokratinnen und Demokraten hält er für dringend geboten.

Nichts an diesen Defiziten entschuldigt jedoch das Liebäugeln der politischen Parteien der bürgerlichen Mitte mit der extremen Rechten. Und 91 Jahre nach der Machtübergabe an die NSDAP 1933 und 79 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 können sich diese Parteien und ihre Funktionärinnen und Funktionäre diesmal nicht mehr rausreden, die Folgen nicht zu kennen. Wer meint, es werde nicht so schlimm, verschließt bewusst seine Augen vor der Wirklichkeit. 2024 gilt es, den Angriff auf eine demokratische Ordnung, die Rechte für Minderheiten wie demokratische Verfahren und Rechtsstaat beinhaltet, abzuwehren. Und dafür müssen die Parteien der bürgerlichen Mitte von Medien, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Demokratinnen und Demokraten in die Verantwortung genommen werden. Wir hoffen, mit diesem Band Material dafür an die Hand zu geben, um eine Entwicklung wie 1924 zu verhindern, die zum Aufstieg des Nationalsozialismus beitrug und so vermittelt zu Shoah und Weltkrieg führte.

Dieses Vorwort verfasste ich am 8. Mai 2024 und gerade an diesem Tag ist klar: »Nie wieder Faschismus!« bleibt Auftrag, der extremen Rechten bei jedem Versuch des Griffs nach der Macht oder des Angriffs auf Alle, die nicht in ihr Weltbild passen, in den Arm zu fallen. Ich hoffe, dieser Band hilft dabei.

Volker Hinck  
REGIONALBÜROLEITER

## DIE THÜRINGER LANDTAGSWAHL AM 10. FEBRUAR 1924 UND IHRE KONSEQUENZEN FÜR DIE WEITERE POLITISCHE ENTWICKLUNG DES LANDES

Mario Hesselbarth

Am 12. Februar 1924 jubelte der Kommentar der im reaktionären Lager angesiedelten Weimarerischen Zeitung: »Der Ausgang der Thüringer Wahlen ist ein ebenso erfreulicher wie vollgültiger Beweis für das Erstarken des nationalen und völkischen Gedankens in allen Schichten der Bevölkerung [...]. Nun heißt es: Nicht rasten und nicht ruhen, denn wir stehen erst am Anfang. Die Vollendung, der endgültige Sieg des deutschen Lebenswillens muß erst noch erkämpft werden. Ein starkes Bollwerk der roten und damit auch der goldenen Internationale ist gefallen. [...]«<sup>1</sup>

Tatsächlich war die sozialdemokratische Hochburg Thüringen, in der die SPD bei den Reichstagswahlen 1912 fast die Hälfte aller Wählerstimmen erhalten, MSPD und USPD<sup>2</sup> zu den Wahlen für die kleinstaatlichen Landtage im Frühjahr 1919 zwischen 50 und mehr als 60 Prozent Stimmenanteil verzeichnet, und beide Parteien gemeinsam mit der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) bei der Wahl für den 11. Thüringer Landtag am 11. September 1921 noch einmal eine knappe Mehrheit der Mandate erreicht hatten, bei der vorzeitigen Landtagsneuwahl am 10. Februar 1924 in ihren Grundfesten zutiefst erschüttert worden. Die SPD war auf einen Stimmenanteil von 23,1 Prozent abgesunken.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Weimarerischen Zeitung, 12.02.1924. Der antisemitische Begriff »Goldene Internationale« bezeichnete das angeblich jüdisch beherrschte internationale Finanzkapital als Instrument der vom Antisemitismus konstruierten jüdischen Weltverschwörung zur Eroberung der Weltherrschaft. Mit dem Begriff wurde zugleich eine Gemeinsamkeit zwischen dem Finanzkapital und der internationalen Arbeiterbewegung konstruiert. So hieß es im Thüringer Landtagswahlkampf 1924 bei den Völkischen: »Die Begründung einer Idee auf der Internationale« müsse scheitern, weil sie auf der Grundlage »des Judentums und des Mammonismus« basiere. Weimarerische Zeitung, 03.02.1924.

<sup>2</sup> Während des Ersten Weltkrieges hatte sich die SPD aufgrund ihrer innerparteilichen Differenzen in der Frage der Unterstützung des Krieges gespalten. Die Mehrheit, die bis 1922 als Mehrheitssozialdemokratische Partei (MSPD) agierte, schloss Anfang 1917 die kriegsgegnerische Minderheit aus, die daraufhin die Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) gründete. Im Herbst 1922 vereinigten sich beide Parteien wieder.

<sup>3</sup> Dressel, Guido: Quellen zur Geschichte Thüringens. Wahlen und Abstimmungsergebnisse 1920–1945. Erfurt 1995. S. 10–35.

Die diesbezüglichen Ursachen und Konsequenzen wurden bereits skizziert<sup>4</sup> und können hier nachfolgend nur umrissen werden. Dass eine Mischung aus Antisozialismus und Antikommunismus, Republikfeindschaft und Antisemitismus, den Intrigen von Reichswehr und Justiz im Zusammenspiel mit der bürgerlichen Presse gegen sozialdemokratische Landesminister und republikanische Beamtinnen und Beamte letztlich erfolgreich sein konnte, hatte tiefere Ursachen. Thüringen war zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur eine sozialdemokratische Hochburg, sondern zugleich ein Hort des Antisozialismus gewesen.<sup>5</sup> Hier war ein dichtgepacktes völkisches Netzwerk entstanden, dessen Akteure die Weimarer Republik und ihre parlamentarische Demokratie sowie die sozialistische Arbeiterbewegung mit allen Mitteln bekämpften.<sup>6</sup> Eine massive Zunahme erfuhren diese antisozialistischen und antirepublikanischen Tendenzen bei großen Teilen des Bürgertums und der ländlichen Bevölkerung<sup>7</sup> infolge der existenziellen Krise der Weimarer Republik im Jahr 1923. Sie resultierte aus dem »passiven Widerstand«, mit dem die Reichsregierung unter Reichskanzler Wilhelm Cuno auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen Anfang Januar 1923 reagiert und damit Deutschland an den Rand des völligen Zusammenbruchs geführt hatte. Die Hyperinflation, die gravierendste Folge der Politik der Cuno-Regierung, bedeutete für große Teile der Bevölkerung eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe.<sup>8</sup>

Die »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz«<sup>9</sup>, die sich seit 1921 in Opposition gegen die Reformpolitik der sozialdemokratischen Landesregierung unter August Frölich zunehmend radikalisiert hatte, erhielt Anfang November 1923 aktive Unterstützung durch die Reichswehr, die aufgrund des am 27. September 1923 von Reichspräsident Friedrich Ebert verhängten Ausnahmezustands in Thüringen eingerückt war. Der Frölich-Regierung hatten seit dem 16. Oktober 1923 auch kommunistische Minister angehört. Der Regierungseintritt der KPD, die 1921/22 infolge ihrer Einheitsfront-

<sup>4</sup> Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur. Köln Weimar Wien 1998.

<sup>5</sup> Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Köln Weimar Wien 2011.

<sup>6</sup> Ulbricht, Justus H.: Kulturrevolution von recht. Das völkische Netzwerk 1900–1930. In: Heiden, Detlev; Mai, Gunther (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen. Weimar Köln Wien 1995. S. 29–48.

<sup>7</sup> Rudolph, Karsten: Untergang auf Raten. Die Auflösung und Zerstörung der demokratischen Kultur in Thüringen 1930 im regionalen Vergleich. In: Ehrlich, John (Hrsg.): Weimar 1930. S. 17–29.

<sup>8</sup> Hierzu u. a.: Ullrich, Volker: Deutschland 1923: Das Jahr am Abgrund. München 2022.

<sup>9</sup> Rudolph, Karsten: Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik. Erfurt 2018. S. 100.

politik die sozialdemokratische Reformpolitik unterstützte, war Bestandteil ihres von der sowjetischen Führung inspirierten Aufstandsplans. Nach dessen Scheitern – bereits am 21. Oktober 1923 hatte sich die sächsische Sozialdemokratie auf der Chemnitzer Betriebskonferenz dem kommunistischen Generalstreikaufruf, mit dem der »Deutsche Oktober« beginnen sollte, verweigert – waren die kommunistischen Minister aus der Frölich-Regierung am 12. November 1923 ausgetreten. Damit – und mit ihrem Antrag auf vorzeitige Auflösung des Landtages – hatte die KPD letztlich ihren spezifischen Beitrag zum Ende der sozialdemokratischen Landesregierung geleistet.<sup>10</sup>

Während der Schutz vor den an der thüringischen Südgrenze zu Bayern aufmarschierten faschistischen Kampfverbänden als ihr offizieller Auftrag galt, konzentrierte sich das Vorgehen der Reichswehr nicht nur auf die Entwaffnung der kommunistischen proletarischen Hundertschaften, sondern richtete sich hauptsächlich gegen sozialistische sowie bürgerlich-demokratische Unterstützerinnen und Unterstützer der Republik einschließlich der sozialdemokratischen Landesregierung. Unter den Bedingungen des militärischen Ausnahmezustands erfolgte schließlich am 10. Februar 1924 die vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtages. Nicht zuletzt infolge der massiven Benachteiligung der beiden Arbeiterparteien durch die indirekte sowie direkte Einflussnahme des Militärs kam es in deren Ergebnis zu einer rechtskonservativ-völkisch-nationalsozialistischen Landtagsmehrheit. Die von ihr gebildete Regierung des Thüringer Ordnungsbundes vollzog einen grundlegenden Politikwechsel, der Thüringen zu einem Ort des Demokratie- und Kulturabbaus, zu einer Hochburg der Republikfeindschaft und zu einem »Eldorado rechtsextremistischer Kreise«<sup>11</sup> machte.

## Thüringer Ordnungsbund und Völkische Liste

Trotz seines Wahlerfolgs am 10. Februar 1924 sah sich der *Thüringer Ordnungsbund* (TOB) vor das Problem gestellt, dass er aufgrund des erstmaligen Einzugs von sieben rechtsextremistisch-nationalsozialistischen Abgeordneten der *Vereinigten Völkischen Liste* (vvl) in ein deutsches Landesparlament<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Hierzu u. a.: Hesselbarth, Mario: Die Arbeiterregierung in Thüringen 1923. Erfurt 2023.

<sup>11</sup> Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): Weimar 1930. S. XXIV.

<sup>12</sup> Tracey, Donald: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Heiden, Detlev; Mai, Gunther (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen. Weimar Köln Wien 1995. S. 53 (S. 49–72).

die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Zwar sei das Ziel – die Beseitigung der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit im Landtag – erreicht worden, dennoch ließ »das Wahlergebnis bei allen, die dem schönen thüringischen Lande eine einheitliche, stabile, zu wirklicher praktischer Arbeit fähige und durch innere Kämpfe nicht allzu sehr gehemmte Regierung wünschen, keine reine Freude aufkommen.«<sup>13</sup>

Am Ordnungsbund hatten sich die Oppositionsparteien des II. Thüringer Landtages, der *Thüringer Landbund* (TLB), die *Deutsche Volkspartei* (DVP), die *Deutsch-Nationale Volkspartei* und die *Demokratische Partei* (DDP) sowie die »maßgebenden wirtschaftlichen und vaterländischen Verbände«<sup>14</sup> des Landes beteiligt. Dass damit zunächst auch völkisch-nationalsozialistische Kandidaten an diesem Bündnis beteiligt waren, stellte für die Thüringer DDP zwar eine unangenehme Begleiterscheinung, aber kein Problem dar. Ende Dezember erklärte der Thüringer DDP-Vorsitzende: »Wir müssen diese Frage ohne jede Gedankenstarrheit, mit offenem Wirklichkeitssinn zu lösen versuchen. Ich gebe zu, dass es für einen linksstehenden Demokraten schwer ist, einer Liste seine Stimme zu geben, auf der auch Namen extrem rechtsgerichteter Männer enthalten sind [...].« Doch die Wirklichkeit lehre, dass es keine akzeptable Alternative zu einer bürgerlichen Einheitsliste gebe, wenn die DDP ihren Beitrag zur Verhinderung einer erneuten sozialistischen Mehrheit im zukünftigen Landtag leisten wolle. Nur so könne die Thüringer Sozialdemokratie von erneuten sozialistischen Experimenten abgehalten und »zur Mitarbeit in aufbauendem Sinne«<sup>15</sup> gebracht werden. Über die Einheitsliste würde so verwirklicht werden können, was die DDP seit der Gründung des Landes angestrebte hatte: eine Große Koalition aus TLB, DVP, DDP und Sozialdemokratie. Nach der Wahl vom 10. Februar 1924 hoffte die Thüringer Demokratische Partei, auf die es bei der Regierungsbildung nun schon nicht mehr ankam, dass sie infolge eines Verzichts des TOB auf die Unterstützung der Völkischen dennoch eine Schlüsselrolle in der zukünftigen groß-koalitionären Regierung einnehmen könnte.<sup>16</sup>

Tatsächlich schien auch der TLB zunächst auf die Unterstützung der vvl verzichten zu wollen, jedenfalls schloss er eine Koalition mit der Sozial-

<sup>13</sup> Jenaer Volksblatt, 12.02.1924.

<sup>14</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 22.12.1923.

<sup>15</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 27.12.1923.

<sup>16</sup> Jenaer Volksblatt, 12.02.1924.

demokratie nicht definitiv aus. Eine neue Landesregierung müsse aber unbeeinflusst von den Belastungen der Vergangenheit in Thüringen Ordnung schaffen, erklärte der Landbund zum Wahlergebnis.<sup>17</sup> In dieser Reaktion zeigte sich, dass ihm mit der vvl eine unerwünschte Konkurrenz auf gleicher ideologischer Grundlage erwachsen war. »Die vaterländisch-völkischen Ziele und Richtlinien des Landbundes haben den Versuch, in nennenswertem Umfang in Landbündnisse einzubrechen, verhindert.«<sup>18</sup> Ebenso hatten sich insbesondere die Deutschnationalen während des Wahlkampfes veranlasst gesehen, im eigenen Milieu ihre Beteiligung am Ordnungsbund rechtfertigen zu müssen.<sup>19</sup> Den Völkischen und Nationalsozialisten war es indes im Unterschied zum Ordnungsbund nicht ausschließlich um die Ablösung der sozialdemokratischen Landesregierung gegangen, wenngleich sie sich in ihrer antisozialistischen Grundhaltung vom TOB nicht unterschieden. Mit ihrem eigenständigen Wahlantritt hatte die vvl für sich in Anspruch genommen, »eine neue, alle marxistischen und weltkapitalistischen Parteien bekämpfende Staatslehre« zu vertreten, die »zu jeder Stunde unbedingt rein bleiben und ihren Kampf für die Idee klar und frei von Kompromissen führen«<sup>20</sup> würde. Auf dieser Linie diktierte sie dem Ordnungsbund ihre Tolerierungsbedingungen, da sie von vornherein erklärt hatte, sich nicht an der Landesregierung zu beteiligen. Sie würden »aber eine Regierung mitwählen, die nur aus deutsch-blütigen, nichtmarxistischen Männern besteht [...].«<sup>21</sup>

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des neu gewählten Landtages war in der thüringischen Presse offenbar gut begründet spekuliert worden, der zukünftigen Landesregierung würden auch DDP-Politiker angehören.<sup>22</sup> Nach der Regierungswahl musste der demokratische Landtagsabgeordnete Hermann Anders Krüger jedoch öffentlich erklären, warum dem letztlich nicht so war. Da die DDP keinen Unterschied zwischen Menschen mache und sie sie weder nach ihrem Geschlecht noch nach ihrer Konfession beurteile, könne sich seine Partei nicht an einer Regierung unter den Bedingungen der vvl beteiligen. Dennoch erwartete Krüger, der den Hauptunterschied zwischen den im Landtag vertretenen Parteien weiter-

<sup>17</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 16.02.1924.

<sup>18</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 16.02.1924.

<sup>19</sup> Schulz, Andreas: Woher kamen die Wähler der Vereinigten Völkischen Liste bei der thüringischen Landtagswahl von 1924. In: Zeitschrift für Thüringische Geschichte Bd. 77 (2023) S. 151–153 (S. 145–166).

<sup>20</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 15.02.1924.

<sup>21</sup> Weimarerische Zeitung, 17.02.1924.

<sup>22</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 18.02.1924.



hin in der Eigentumsfrage sah, dass sich die unter dem DVP-Politiker Leutheußner gebildete Landesregierung »vorsichtig auf den Bahnen ausgleichender Gerechtigkeit bewegen würde«<sup>23</sup>. Diese illusionäre Hoffnung musste die Thüringer DDP bereits nach wenigen Wochen aufgeben und ihre Unterstützung der Ordnungsbundregierung faktisch beenden. Am 15. April 1924 erklärte ihr Abgeordneter Krüger im Landtag, der Rücktritt des nur wenige Wochen zuvor ins Amt gekommenen Finanzministers Dr. Stolze habe gezeigt, »dass der Einfluss des völkischen Blocks in einer für Thüringen unheilvollen Weise zu wirken beginnt und zu einem verhängnisvollen Druck zu werden droht«<sup>24</sup>. Der Minister hatte sich geweigert, dem Präsidenten der Thüringer Landesbank Walter Loeb nur deshalb das Vertrauen zu entziehen, weil er Jude war.<sup>25</sup> Die vvl. hingegen beharrte auf ihrer Forderung, Loeb zu entlassen, sodass es zu einer ersten Kraftprobe zwischen ihr und dem tob kam, die sie letztlich für sich entschied.<sup>26</sup>

### Demokratie und Kulturabbau. Die Ordnungsbundregierung und die Schwäche der Opposition

Bereits in den ersten Wochen ihrer Tätigkeit begann die Ordnungsbundregierung die zentralen Elemente der sozialdemokratischen Reformpolitik, die Demokratisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse sowie die Modernisierung im Bildungs- und Kulturbereich zu beseitigen. Die Art und Weise, wie dies erfolgte machte kenntlich, dass es der rechtskonservativ-völkisch-nationalsozialistischen Landtagsmehrheit dabei um eine grundlegende Veränderung der politischen Kultur ging. Eingeleitet mit der Abschaffung der staatlichen Feiertage am 1. Mai und 9. November, wickelte der Ordnungsbund die Ergebnisse der sozialdemokratischen Reformpolitik zunächst über den Weg der Notgesetzgebung<sup>27</sup> ab. Er machte damit ein weiteres wesentliches Motiv seines Agierens kenntlich: Es ging ihm in der Hauptsache um eine weitgehende Einschränkung der parlamentarischen Demokratie und der Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten der Opposition. Diese habe, so der DVP-Landtagsabgeordnete Witzmann rückblickend, die Ordnungsbundregierung mit kleinen und großen Anfragen, Anträgen und Gesetzesvorlagen überschüttet. Deshalb mussten die parla-

<sup>23</sup> Jenaer Volksblatt, 26.02.1924.

<sup>24</sup> Stenographische Berichte über die Sitzungen des III. Landtag von Thüringen. Weimar o.J. S. 524.

<sup>25</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 18.02.1924.

<sup>26</sup> Leimbach, Timo: Landtag von Thüringen 1919/20–1933. Düsseldorf. 2016. S. 179/180.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 230.

mentarischen Rechte durch die Landtagsmehrheit eingeschränkt werden.<sup>28</sup> Die Notgesetzgebung über den Weg des Erlasses von Regierungsverordnungen mit vorübergehender Gesetzeskraft war durch die Thüringer Landesverfassung zwar formal gedeckt.<sup>29</sup> Die sozialdemokratische Landesregierung hatte zwischen 1921 und 1923 ebenso auf diese Möglichkeit zurückgegriffen, jedoch im Unterschied zum Ordnungsbund den Landtag über den Weg der Notgesetzgebung bei grundlegenden Entscheidungen weder umgangen<sup>30</sup> noch die vom Parlament zuvor beschlossenen Gesetze »zertrümmert«<sup>31</sup>.

Wenngleich der Thüringer Ordnungsbund aufgrund der wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Erfordernisse in einigen Bereichen gar nicht umhin kam, den von der sozialdemokratischen Vorgängerregierung eingeschlagenen Weg fortzusetzen, bildeten die Sonderinteressen seiner Klientel den tatsächlichen Maßstab beim Umgang mit den von der Vorgängerregierung eingeleiteten Veränderungen. Die Kreiseinteilung, mit der das bis 1920 in acht Kleinstaaten zersplitterte Territorium neu geordnet worden war, ließ er unangetastet. Der Ausbau der Saaletalsperren wurde fortgesetzt<sup>32</sup> und mit der 1926 beschlossenen Landesverwaltungsordnung, wenngleich inhaltlich von der Thüringer Sozialdemokratie massiv kritisiert,<sup>33</sup> der weitere Aufbau des Landes fortgesetzt. Die Zusammenlegungen kleinerer Gemeinden wurden hingegen weitgehend rückgängig gemacht, wobei der DVP-Landtagsabgeordnete Georg Witzmann rückblickend einräumte, dass hierbei »oftmals kleinliche finanzielle Gesichtspunkte oder ein im Grunde unberechtigter Hader zwischen den Gemeinden die entscheidenden Beweggründe«<sup>34</sup> waren. Insbesondere aus sozialdemokratischer Perspektive blieben von der kommunalen Selbstverwaltung und den demokratischen Ansätzen der Kommunalreformen aus dem Jahr 1922 fast ebenso wenig übrig wie von der Greil'schen Schulreform.<sup>35</sup> Der reaktionäre Charakter der Kulturpolitik des Landes Thüringen unter der Ordnungsbundregierung kam ebenso mit der Vertreibung des Bauhauses aus Weimar zum Ausdruck. Dessen moderne, auf Veränderung und Erneuerung orientierte

<sup>28</sup> Witzmann, Georg: Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan. S. 111.

<sup>29</sup> Leimbach: Landtag. S. 225.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 228.

<sup>31</sup> Der politische Kampf um die Gestaltung des Landes Thüringen. Bericht der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion 1924–1926. Gera 1926. S. 29.

<sup>32</sup> Leimbach: Landtag. S. 251/252.

<sup>33</sup> Der politische Kampf. S. 48/49.

<sup>34</sup> Witzmann: Thüringen. S. 117/118.

<sup>35</sup> Der politische Kampf. S. 50–54 und S. 189–200.



Ausrichtung war seit seiner Gründung 1919 bei Teilen des Weimarer Bürgertums auf eine Ablehnung gestoßen, die im weiteren Verlauf der Entwicklung immer massiver wurde. Dementsprechend entzog die Ordnungsbundregierung dem Bauhaus neben der politischen Unterstützung schlicht die finanziellen Mittel.<sup>36</sup> Obwohl sich weitere moderne bürgerliche Kultur-, reformpädagogische und sozialistische Bildungsinstitutionen trotz Ordnungsbund zunächst partiell noch halten konnten, »verschoben sich die Gewichte kultureller Hegemoniekämpfe zugunsten republikfeindlich eingestellter ›völkisch‹-nationalistischer Kreise, die immer lautstarker Weimar als ›Symbol und Heimstätte des wahren deutschen Geistes‹ für sich beanspruchten«<sup>37</sup>. Besonders reaktionär war die тов-Politik gegenüber Frauen. Sie beseitige mit ihrer Personalpolitik die ohnehin erst in den Anfängen steckenden Bemühungen ihrer Vorgängerregierung zur Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Bereich. Die Frauenfeindlichkeit des leitenden Staatsministers Leutheußer ging so weit, dass sich die Sozialdemokratin Emma Sachse, die Kommunistin Agnes Schmidt und die Demokratin Dr. Marie Schulze zu einem gemeinsamen Protest gegen dessen Aussagen veranlasst sahen.<sup>38</sup>

Obwohl dieses Beispiel zeigt, dass es unter den drei Oppositionsparteien SPD, KPD und DDP in ihrer Ablehnung der Ordnungsbundpolitik durchaus Gemeinsamkeiten gab, konnten sie sich auf keinen Minimalkonsens zur Ablösung der Ordnungsbundparteien aus der Regierungsverantwortung einigen. »Während Thüringen, wie in früheren Zeiten, so heute erst recht, hätte beherrscht sein sollen von der Wirtschaftspolitik der Handelsverträge und Weltmarktsgewinnung, ist es von zwei ganz anderen Rücksichten beherrscht, von den Interessen eines kleinen Teils des Grundbesitzes und von einem sinnlosen monarchistischen Epigonentum – von einen den wahren Interessen des Landes direkt zuwiderlaufenden stimmungsmäßigen Widerstand gegen Republik und Demokratie«, schrieb die im Thüringer Wahlkreis gewählte demokratische Reichstagsabgeordnete Getrud Bäumer unmittelbar vor der Landtagswahl am 30. Januar 1927. »Es soll nicht verkannt werden«, fügte sie hinzu, »dass an der Entstehung dieser Stimmung und an dem Zusammenschluss von Parteien nur mit dem sehr dürftigen politischen Programm der ›Ordnung‹ die thüringische Sozialdemokratie

<sup>36</sup> Wahl, Volker (Hrsg.): Das Staatliche Bauhaus in Weimar. Dokumente zur Geschichte des Instituts 1919–1926. Köln Weimar Wien 2009. S. 47–49.

<sup>37</sup> John, Jürgen: Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945. Erfurt 1996. Einführung. S. 33/34.

<sup>38</sup> Stenographische Berichte III. Landtag. S. 1368.

nicht ohne Schuld ist.«<sup>39</sup> Nach wie vor kritisierte die DDP die konsequent republikanische Politik der Thüringer Sozialdemokratie als einseitige Parteipolitik und hielt an ihrem Kurs auf eine Große Koalition fest, obwohl ihr hierzu die Partner fehlten. Auf der anderen Seite war die KPD lediglich bereit, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung ohne DDP-Beteiligung zu tolerieren.<sup>40</sup> Obwohl insbesondere die Thüringer KPD unter ihrem Bezirkssekretär Hans Tittel zu diesem Zeitpunkt versuchte, die ultra-linken Irrungen und Wirrungen der Ruth-Fischer-Ära hinter sich zu lassen, war sie von ihrer Einheitsfrontpolitik der Jahre 1921/22 weit entfernt. »Der reinparlamentarischen, irreführenden Losung von der ›Wiederherstellung der sozialistischen Mehrheit in Thüringen‹, die die SPD-Führer erheben, stellt die KPD ihre Losung: ›Für ein rotes Arbeiter-Thüringen‹ gegenüber.« Damit meinte die KPD letztlich die außerparlamentarische Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft, der Mittelschichten und der ländlichen Bevölkerung, da »der Kampf um die politische Macht auch in Thüringen nicht im Parlament, sondern nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes und im Reichsmaßstabe erfolgreich geführt werden kann.«<sup>41</sup> Auf dem Bezirksparteitag zur Vorbereitung der Landtagswahl hatte Tittel zwar die Verhinderung einer erneuten Mehrheit für den Ordnungsbund als Wahlziel ausgegeben, doch zugleich müsse die Partei ihre Angriffe gegen die reformistische SPD, die »die letzte Stütze des Ordnungsbundes«<sup>42</sup> darstelle, richten. Für die Thüringer Sozialdemokratie war damit der Beweis erbracht, dass sich die KPD trotz eigener bitterer Erfahrungen mit der тов-Regierung nicht geändert hätte und in der Bekämpfung und Beschimpfung der SPD ihre eigentliche Hauptaufgabe sehe. In ihrem Wahlaufruf zur Landtagswahl nahm die Thüringer Sozialdemokratie für sich in Anspruch, »allein und unermüdlich gegen die Reaktion gekämpft«<sup>43</sup> zu haben.

<sup>39</sup> Vossische Zeitung, 29.01.1927.

<sup>40</sup> Leimbach: Landtag. S. 185.

<sup>41</sup> Neue Zeitung, 29.01.1927.

<sup>42</sup> Neue Zeitung, 26.12.1926.

<sup>43</sup> Das Volk, 08.01.1927.

## Thüringen unter dem Ordnungsbund. Hochburg der Republikfeindschaft und des Rechtsextremismus

Mit der Entlassung sozialistischer und demokratischer Männer und Frauen aus dem Staatsdienst und deren Ersetzung durch monarchistische Beamte schwächte die Thüringer Ordnungsbundregierung ebenso die Weimarer Republik wie mit ihrer Begünstigung der extremen Rechten.

Am 29. Februar 1924 hatte der Vorsitzende der völkisch-nationalsozialistischen Landtagsfraktion Artur Dinter in der Debatte zur Regierungserklärung des Ordnungsbundes seine Tolerierungsbedingungen diktiert. Neben den bereits im Vorfeld der Regierungsbildung bekannt gewordenen Forderungen ging es ihm nun um die Aufhebung des Republikenschutzgesetzes, des in Thüringen geltenden Verbots völkischer und rechtsextremer Organisationen sowie dem Schutz der völkisch-nationalsozialistischer Versammlungen und Kundgebungen vor Gegenprotesten.<sup>44</sup> Die Ordnungsbundregierung erfüllte diese Bedingungen umgehend. Am 3. März 1924 hob Innenminister Sattler das Verbot von NSDAP und DVFP in Thüringen auf.<sup>45</sup> Einen Tag zuvor hatte die Landespolizei mit einem massiven Aufgebot einen sogenannten »Deutschen Tag« verschiedener rechtsextremistischer Organisationen abgesichert und war gleichzeitig gewaltsam gegen kommunistische Gegen- und Protestaktionen vorgegangen.<sup>46</sup> Damit wurde kenntlich, was sich in den kommenden Wochen und Monaten wiederholen sollte. Während die Ordnungsbundregierung mehrfach republikanische Kundgebungen verbot, gestattete sie der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, ihren Parteitag – der sich nicht zuletzt sowohl inhaltlich als auch im Auftreten seiner Teilnehmenden gegen die Republik und die sie Unterstützenden richtete – zwischen dem 15. bis 17. August 1924 durchzuführen.<sup>47</sup> Thüringen wurde für die NSDAP zu einem günstigen Betätigungsfeld, weil hier die Ordnungsbundregierung ihre Aktivitäten kaum behinderte. Hitler, der Mitte der 1920er-Jahre mit einem Redeverbot innerhalb der Weimarer Republik belegt war, durfte in Thüringen seit dem Herbst 1925 öffentliche Kundgebungen abhalten und rednerisch auftreten. Dementsprechend fiel die Wahl des Ortes für den ersten Reichsparteitag seit Wiedergründung der NSDAP Anfang Juli 1926 auf Weimar.<sup>48</sup>

<sup>44</sup> Stenographische Berichte III. Thüringer Landtag. S. 168–170.

<sup>45</sup> Gesetzessammlung für Thüringen (Jg. 1924). Nr. 15. S. 150.

<sup>46</sup> Neue Zeitung, 03.03.19247.

<sup>47</sup> John, Jürgen: Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945. Erfurt 1996. S. 123–125. Dok. 13c.

<sup>48</sup> Tracey: Der Aufstieg der NSDAP. S. 61–63. Begleitet war dieses Nazi-Treffen von massiven Ausschrei-

Wenngleich sich der Einfluss der Völkischen und der NSDAP auf die thüringische Regierungspolitik infolge interner Macht- und Richtungskämpfe bereits im Frühjahr 1924 zu verringern schien,<sup>49</sup> blieben ihre Abgeordneten in den entscheidenden landespolitischen Auseinandersetzungen letztlich jene, die den Ausschlag gaben. Indem die Thüringer Rechtsparteien unter Einschluss der NSDAP Ende Oktober 1929 die seit der Wahl zum IV. Thüringer Landtag am 30. Januar 1927 amtierende Minderheitsregierung unter Arnold Paulssen (DDP) auf eine Ablehnung des Young-Planes<sup>50</sup> festzulegen versuchte, führte dies zu deren Ende und vorzeitigen Neuwahlen zum V. Thüringer Landtag.<sup>51</sup> In deren Ergebnis gelang der NSDAP unter direkter Einflussnahme Hitlers erstmals die Beteiligung an einer Landesregierung, in der er wegen seiner Beteiligung am Hitler-Putsch 1924 zu Gefängnis und 1946 vom Internationalen Militärtribunal wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilte Wilhelm Frick die Schlüsselstellung des Innen- und Bildungsministers bekleidete.<sup>52</sup>

tungen seiner Teilnehmer. Große Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom 5. Juli 1926. In: Drucksachen des III. Landtages von Thüringen (Vorlagen, Anträge, Große Anfragen) 1924–1927. Bd. II. Weimar. o. J. Nr. 425. S. 714/715. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 06.07.1926. Das Volk, 05. und 06.07.1926.

<sup>49</sup> Tracey: Der Aufstieg der NSDAP. S. 54.

<sup>50</sup> Mit dem Young-Plan wurden die von Deutschland zu zahlenden Reparationen als Wiedergutmachung für die im Ersten Weltkrieges angerichteten Schäden endgültig geregelt. Obwohl der Young-Plan bei für Deutschland durchaus vorteilhaft war, machte die extreme Rechte gegen seine Ratifizierung mobil. Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik. München 2002. S. 121.

<sup>51</sup> Leimbach: Landtag. S. 193/194.

<sup>52</sup> Neliba, Günter: Wilhelm Frick und Thüringen als Experimentierfeld für die nationalsozialistische Machtergreifung. In: Heiden, Mai (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen. S. 75–94.

## »DIE UNGLÜCKLICHE ZERRISSENHEIT DER ARBEITERBEWEGUNG« – DIE THÜRINGER SPD UND GEWERKSCHAFTEN ZWISCHEN EUPHORIE UND FRUSTRATION 1923/24

Judy Slivi

Der ehemalige KPD-Vorsitzende Paul Levi, der 1921 wieder in die USPD und ein Jahr später in die SPD zurückkehrte, äußerte sich wenige Tage nach der gerade entstandenen Arbeiterregierung in Thüringen in der SPD-Zeitung *Gothaer Volksfreund* euphorisch:

»... In Thüringen und Sachsen habe das Proletariat jene Synthese begriffen, um die wir uns im Reich vergeblich bemüht haben ... Das Proletariat hat da verstanden, im Staate und neben ihm starke Machtpositionen sich zu verschaffen, und wir glauben, ein Gang durch unsere Mitgliedschaften in jenen Teilen Deutschlands wird jeden, der sehen will, belehren, dass dort ein anderer Geist weht. Dort hat ein seltenes Staats- und Machtgefühl Einzug gehalten in unseren Reihen. Dort lernen unsere Genossen täglich, was es ist, Staat zu sein, und nur aus dieser Umkehrung der psychologischen Verhältnisse ist jene bourgeoise Jammer aus Sachsen und Thüringen zu begreifen ...«<sup>53</sup>

Levi gehörte zum linken Flügel der SPD. Dass die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen entstehen konnten, lag vor allem an dem starken linken Flügel der SPD, der nicht nur offen die Reichs-SPD für ihre Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien kritisierte, sondern – wenn auch mit Bedenken – für eine gemeinsame Politik mit der KPD offen war. Dies brachte Thüringen stets in Konflikt mit der Reichspartei. Die Voraussetzungen für eine starke Ausprägung des linken Flügels in bestimmten Regionen Deutschlands wurde von Dietmar Klenke<sup>54</sup> schon 1989 herausgearbeitet. Dazu gehörte eine Konzentration der verarbeitenden mittelständischen Industrie, ein hoher Anteil der Arbeiterschaft in der Bevölkerung, eine schnelle und frühe Industrialisierung und eine lange Tradition der SPD,

damit ein hoher Organisationsgrad der Arbeiterschaft und zunehmende Wahlerfolge. Die Arbeiterhochburgen waren keine Zentren des Katholizismus. In protestantischen Zentren wurde die Kirche als Unterstützer des die Arbeiterschaft unterdrückenden Staates wahrgenommen. Damit gab es eine starke Kirchenaustrittsbewegung und Organisierung in der freireligiösen/freidenkerischen Bewegung. Nach Klenke war ebenso ein diskriminierendes Wahlrecht Voraussetzung für die Entwicklung eines starken linken Flügels in der SPD. Letzteres gab es in Gesamtdeutschland und wird nicht einer der Hauptfaktoren gewesen sein. Hinzu kam noch die Einstellung des Bürgertums und der Herzöge. Waren diese bereit, auf Forderungen oder Anträge der SPD in den herzoglichen Landtagen einzugehen, war das Konfliktpotential geringer. In Thüringen kann am Beispiel Gotha<sup>55</sup> diese Entwicklung der SPD besonders gut beobachtet werden. Hier liegen zumindest bis Ende 1920 relativ ausführliche Untersuchungen zur Flügelentwicklung der SPD und USPD vor.<sup>56</sup> Die Stadt, in der 1875 der Vereinigungsparteitag zwischen dem ADAV und der SAP stattfand, wies alle oben genannten Voraussetzungen auf. Der führende Gothaer Wilhelm Bock gehörte zu den sozialdemokratischen Pionieren Thüringens. Er war maßgeblich am Erstarken der Partei im Raum Gotha/Arnstadt und darüber hinaus verantwortlich und als Reichstagsmitglied und Alterspräsident des Reichstages auch noch in der Zeit der Weimarer Republik tätig. Dabei war die SPD in Gotha zunächst eher dem Bernstein'schen Revisionismus zugetan, und Bock galt im herzoglichen Landtag als schon »fast bürgerlich«. Er war darauf bedacht, parlamentarisch und im Rahmen der herrschenden Gesetze Veränderungen zu bewirken. Eine Haupteigenschaft, die in der späteren USPD ein Grundmerkmal werden sollte, war dabei aber Bocks Bereitschaft, innerparteiliche Diskussionen zuzulassen und die Flügel der Partei gleichberechtigt auch in der Verteilung der Funktionen auftreten zu lassen.

<sup>53</sup> Gothaer Volksfreund vom 19.10.1923.

<sup>54</sup> Klenke, Dietmar: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922–1932. Münster 1989.

<sup>55</sup> Das Beispiel Gotha eignet sich zur weiteren Analyse und zum Vergleich, weil hier eine Hochburg der USPD in Thüringen war, die Flügel der Partei zumindest für den Anfang der 1920er-Jahre bereits intensiv beforscht wurden und in Gotha ähnliche Mechanismen wirkten, wie in der Thüringer Landespolitik. Zu beachten ist, dass viele Politiker aus dem Gothaer Raum der DDP, DVP und der USPD/SPD/KPD führend in den Parteien des Thüringer Landtages tätig waren wie z. B. Hermann Brill (USPD/SPD), Georg Witzmann (DVP), Albin Tenner (KPD), Otto Geithner (KPD) und Hermann Anders Krüger (DDP). Alle hatten zuvor im Gothaer Landtag bereits die späteren Kämpfe des Thüringer Landtages ausgefochten. Die Fronten waren bereits verhärtet. Hinzu kommt, dass an Gotha auch die Stimmung der Basis der Arbeiterschaft relativ gut erfassbar ist, was für die Analyse von 1923/24 wichtig erscheint.

<sup>56</sup> Beginnend mit Buchsbaum, Ewald: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920. Unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920. Halle 1965 (DDR-Literatur); danach Krause, Hartfrid: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Studien zur Gesellschaftstheorie Frankfurt/Main, Köln 1975, ders.: Die USPD 1917–1931, Spaltungen und Einheit. Münster 2021. Zuletzt: Slivi, Judy: Bruderkrieg in Gotha. Die Verteidigung der Demokratie im März 1920. Bad Langensalza 2021.

Dagegen war in Gotha nicht nur, wie oft in der Literatur beschrieben, ein außerordentlich liberales Bürgertum anzutreffen. Freilich hatte das Herzogtum ein liberales Vereins- und Versammlungsrecht, das die Parteitage des 19. Jahrhunderts ermöglichte. Das linksliberale Bürgertum machte sich politisch bemerkbar: So bestand hier etwa während des Ersten Weltkrieges die größte und aktivste Ortsgruppe der *Deutschen Friedensgesellschaft*. Allerdings gab es spätestens mit dem Einzug des Herzogs Carl Eduard und einigen bürgerlichen Rechten bereits um die Jahrhundertwende eine starke Opposition gegen die lokale SPD. Der Herzog war Mitglied im *Verein zur Abwehr der Sozialdemokratie* und zutiefst »patriotisch«, später offen rechtsradikal eingestellt. Er gehörte während der Zeit der Weimarer Republik vaterländischen Verbänden an und unterstützte die politische Morde verübende rechtsradikale *Organisation Consul*. Dem folgten Teile des antiliberalen obrigkeitsstaatlich orientierten Bürgertums. In diesem aufnahmebereiten Kreis verbreitete etwa der Geograph Paul Langhans, der beim prominenten Perthes-Verlag angestellt war, rassistisches, antisemitisches und rechtsradikales Denken. Er war Mitgründer des *Deutschbundes*, in dessen Reichsverband er eine führende Position einnahm und die Zeitschrift *Der Antisemit* herausgab. Damit erreichte er auch seine Kollegen im Verlag, z. B. den jungen Hermann Haak, und war darüber hinaus in vielen bürgerlichen Vereinen aktiv. Langhans wird in der NS-Zeit eine »Rassebücherei« in Gotha aufbauen, wie sie sonst nur in einem vergleichbarem Umfang in München und Berlin zu finden war. Die Gothaer Sozialdemokratie hatte sich bereits im 19. Jahrhundert sehr klar und explizit gegen Antisemitismus positioniert.<sup>57</sup> So wundert es nicht, dass jener Teil des Bürgertums und der Herzog es nicht nur »schmerzlich« empfanden, dass in ihrer Stadt die kriegsablehnende USPD gegründet wurde. Diese »Vaterlandsverräter« waren fortan zunehmend Hauptfeind des Bürgertums und galten als »Beispiel« für das, was nach Meinung des Bürgertums eine »Arbeiterregierung anrichten konnte«. Die USPD erhielt bei den Wahlen zum ersten demokratisch gewählten Gothaer Landesparlament im Februar 1919 eine absolute Mehrheit – ein Novum und einzigartig in Thüringen und Deutschland. In der USPD-Fraktion war bis 1920 der rechte Flügel mit sieben der zehn Sitze dominant. Die Gründe hierfür lagen vor allem in Differenzen zwischen Stadt- und Landrepräsentanten und auch in den Unterschieden zwischen den Generationen. Während das Land vor allem

<sup>57</sup> Zum Beispiel äußerten sich bei einer Versammlung des Schneiderverbandes am 20.01.1896 in Gotha führende Sozialdemokraten gegen Antisemitismus. Stadtarchiv Gotha: 1.1./12274.

Politiker des rechten Flügels wählte, war in der Stadt der linke Flügel stark. Gehörten die Politikerinnen und Politiker des linken Flügels eher der Generation Geithner (geb. 1870) und jünger an, waren die des rechten Flügels älter (es handelte sich zumeist um Parteiveteranen, Ausnahme ist hier der junge Hermann Brill). Der rechte Flügel der USPD trat dabei für den Parlamentarismus ein, oder wie Emil Grabow, einer der drei Volksbeauftragten und Realpolitiker für Gotha feststellte: »Wir wollen alles auf dem gesetzlichen Wege erreichen.«<sup>58</sup>

Die Gothaer Regierung bzw. auch zuvor schon der Arbeiter- und Soldatenrat begannen bereits ab November 1918 das Programm der USPD und jahrzehntealte Forderungen der SPD stringent umzusetzen: Der Acht-Stunden-Arbeitstag wurde hier erstmals in Deutschland per Gesetz eingeführt, die Trennung von Staat und Kirche in die Wege geleitet, bessere Bildungsmöglichkeiten der unteren Schichten geschaffen usw. In Gotha wurde all das Gesetz, was die spätere sozialdemokratische Thüringer Regierung ab 1920 umsetzen sollte, nur eben schon um einiges früher. Und die bürgerliche Reaktion war die gleiche. Bei der Abschaffung von religiösen Feiern und Gebeten in der Schule sowie von einigen religiösen Feiertagen, kam es zum bürgerlichen Aufschrei und zu einem regelrechten Kulturkampf, der sich in Demonstrationen und öffentlichkeitswirksamen Einsprüchen äußerte. Der von Paul Levi benannte »bourgeoise Jammer« setzte mit allen Mitteln ein, auch weil die alten Eliten ihren früheren dominanten Einfluss *peu á peu* verloren. Die ehemaligen Honoratioren verfielen in klassische »Denkmuster«. Wenn ein für sie unlösbares Problem auftauchte, riefen sie die Obrigkeit an. Adressat war in vorrevolutionären Zeiten der Herzog, jetzt waren es Reichsregierung, Reichsminister, Reichskanzler oder der Befehlshaber der Reichswehr, die bereitwillig antworteten und Möglichkeiten suchten, die demokratisch gewählten Arbeiterregierungen einzuschränken und zu beseitigen, um so den Mehrheitswillen und letztlich die Demokratie auszuhebeln. Gotha wurde fortan stets mit Ausnahmezuständen und Reichswehrbesetzungen traktiert, immer auch, wenn es Gesamtthüringen betraf – als eines der ersten Gebiete. Bereits Anfang 1919 marschierten die Reichswehrtruppen unter Führung von General Maercker ein, obwohl die Entwaffnung der Arbeiterwehr, die nach der November-

<sup>58</sup> Emil Grabow wird in der Literatur oft dem linken Flügel der USPD zugeordnet. Mehrere Hinweise deuten aber daraufhin, dass er realpolitisch handelte und eher ein Vermittler zwischen den Flügeln in diesem Zeitraum war. Nach dem Kapp-Putsch sollte er, wie viele andere auch, in die KPD eintreten und sich von seinen früheren Überzeugungen abwenden. Silvi 2021. S. 6, 9, 18, 20–21.



revolution geschaffen worden war, bereits vollzogen war. Ein Jahr später kam es in Folge des Kapp-Putsches zu den blutigsten Kämpfen in Thüringen. Die Gothaer USPD-Landesregierung folgte zunächst dem Aufruf zum Generalstreik, und in der Stadt blieb es ruhig. Das änderte sich mit dem Einmarsch der Reichswehr unter Major Walter Heims, der sich zu Kapp bekannte und die demokratisch gewählte Regierung absetzen wollte. Die Situation eskalierte, als die Reichswehr in eine unbewaffnete Menge schoss, 127 Menschen starben bei den anschließenden mehrtägigen Kämpfen in der mittelgroßen Stadt. Zwar gab es in den Reihen der Arbeiterschaft auch militante linksradikale Kräfte, doch wirkte die USPD-Regierung stets beschwichtigend ein. Das Gros der Arbeiterschaft, bestehend aus Mitgliedern aller Arbeiterparteien und Parteilosern in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, trat für den Erhalt der Republik ein. In der Wahrnehmung der Mehrheit der Aktivisten gab es die realistische Perspektive, dass man in Gotha mit der USPD-Regierung das Bestmögliche für die Arbeiterschaft erreicht hatte und den meisten wohl klar war, dass eine Revolution von dem kleinen Thüringer Städtchen ausgehend wohl kaum möglich war. Die Ortsgruppe der KPD hatte sich zudem wegen innerparteilichen Streits zu diesem Zeitpunkt aufgelöst und bestand eher ideell aus bestenfalls 20 Mitgliedern. Nach den Kämpfen wurden, wie überall, vor allem die beteiligten Arbeiter hart bestraft. Die von bürgerlichen Marburger Studenten verübten Morde von Mechterstädt blieben straffrei. Übrigens wurde die Erschießung der 15 Arbeiter bei Mechterstädt, die deutschlandweite Aufmerksamkeit erregte und ein Trauma der Thüringer Arbeiterschaft war, von dem DVP-Fraktionsführer im Thüringer Landtag Georg Witzmann aus Gotha noch in seinen Erinnerungen 1958 als gerechtfertigt im Sinne der Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung« angesehen.<sup>59</sup> Hinzu kam, dass der führende Gothaer MSPD-Politiker Franz Büchel die Politiker der bürgerlichen Parteien im Kampf gegen die USPD-Landesregierung unterstützte. So verhandelte er nach dem Ende der Kämpfe mit der putschfreundlichen DNVP und der Reichswehr in Erfurt, während die USPD mit DDP und MSPD in Weimar eine Kooperation suchte. Die Politik der Reichsregierung und des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert wurde gerade von den Unabhängigen Sozialdemokraten bestenfalls als ungerecht empfunden, wenn nicht als fatal und die Gefahren für die weitere Demokratisierung der Weimarer Republik nicht ernst nehmend. Das führte zu einer weit verbreiteten Verbitterung in der politisch enga-

<sup>59</sup> Witzmann, Georg: Thüringen 1918–1923, Erinnerungen eines Politikers. Meisenheim am Glan 1958, 24.

gierten Arbeiterschaft und im Herbst 1920 zum Übertritt nahezu der gesamten Ortsgruppe der USPD zur KPD. Eine Dialog- oder Verhandlungsbereitschaft zwischen den Arbeiterparteien und dem politisch organisiertem Bürgertum bestand folgerichtig in den darauffolgenden Jahren in der Gothaer Politik nahezu nicht mehr.

Vergegenwärtigen wir uns die Einschätzung Paul Levis und dessen Wahrnehmung der Thüringer Sozialdemokraten und Gewerkschaften von 1923/24. Levi sprach von einem »anderen Geist«, einem »seltenen Staats- und Machtgefühl« und der »Umkehrung der psychologischen Verhältnisse«. Mit der Wahl zum 1. Thüringer Landtag 1920 erhielten USPD und SPD die meisten Stimmen im Land. Daraus folgte zunächst noch eine Koalition von SPD und DDP unter Tolerierung der USPD. Der maßgebliche Erfolg dieser Regierung war die Vereinigung der ehemaligen Herzogtümer zum Land Thüringen. Im 2. Thüringer Landtag fand sich eine Minderheitsregierung von SPD/USPD unter Tolerierung der KPD zusammen, die in den folgenden zwei Jahren harte reformorientierte Sacharbeit leistete. In der Bildungspolitik vollzog sie die Trennung von Kirche und Schule, veranlasste die Entfernung monarchistischer Symbole aus den Schulen, brachte die Abschaffung der kaiserlichen militaristischen Bildungsinhalte voran, beschloss die Akademisierung der Volksschullehrerausbildung und die Einführung der Einheitsschule, um die Bildungschancen der ländlichen und städtischen Unterschichten zu verbessern. Nach den Erfahrungen der vorangegangenen Jahre sollten auf dem Gebiet der Verwaltung und Polizei vor allem eine Demokratisierung stattfinden und republiktreue Beamte eingestellt werden.

Das »seltene Staats- und Machtgefühl«, von dem Levi schreibt, bezieht sich auf die jahrzehntelangen Erfahrungen des Kaiserreichs. Zähe Kämpfe um die Rechte der Arbeiterschaft, um den Ausbau der Sozialversicherung, des Koalitions- und Wahlrechts wurden stets vom Bürgertum und Adel ausgebremst. Im Ersten Weltkrieg wurde sowohl die Meinungsfreiheit nahezu abgeschafft, Kritiker des Kaiserreichs und seiner Kriegspolitik überwacht, inhaftiert oder zur Maßregelung an die Front geschickt. Die Arbeiterbewegung war nahezu nicht mehr handlungsfähig. Das änderte sich mit der Novemberrevolution 1918, die der russischen Oktoberrevolution von 1917 kaum ähnelte. Mit der neuen Republik gewannen die Arbeiter und die Frauen die Möglichkeit, nicht nur frei und gleich zu wählen, sondern mit demokratischen Mehrheiten auch viele Reformen umzusetzen, für die sie

seit Jahrzehnten gestritten hatten. Die Ergebnisse der Novemberrevolution wurden mit der Zeit fragil und waren vor allem nicht weitreichend. Im Fall der koalierenden Thüringer Arbeiterparteien schuf das Jahr 1921 ein neues Selbstbewusstsein, nicht nur, aber auch gegenüber der SPD im Reich.

Die sozialdemokratische Landesregierung konnte zwei Jahre auf die Tolerierung der KPD zählen. Das änderte sich erst 1923. Februar 1923 konnte ein Misstrauensantrag der bürgerlichen Landtagsfraktionen noch abgewehrt werden. Im Juni 1923 stellte dann die KPD einen ebensolchen Antrag, zog diesen dann aber doch zurück. Am 11. September 1923 wurde die SPD-Regierung dann doch durch Misstrauensantrag mit Hilfe der KPD gestürzt. Einen Tag später hieß es im *Gothaer Volksfreund* frustriert:

»[...] Die Kommunisten haben es vollbracht. Dank ihrer Unterstützung des Bürgertums und der Faschisten wurde die Thüringer sozialistische Regierung gestürzt ... Was sich in Weimar gestern zutrug, war ein Skandal für die Arbeiterbewegung. Jedem, der es ernst mit dem Proletariat meint, musste es tiefinnerst weh tun, wie die kommunistischen Wortführer, Schulmeister Tenner [Albin Tenner], mit lächelnder Miene seine Giftpfeile schleuderte. Sämtliche bürgerliche Abgeordnete, von den Demokraten bis zu den Deutschvölkischen schwiegen sich aus. Nur ab und zu drückten sie den kommunistischen Rednern durch Zwischenrufe ihre Zustimmung aus [...]«<sup>60</sup>

### Vor der Bildung der Arbeiterregierung

Die Thüringer SPD befand sich nach eigenen Worten seit geraumer Zeit in einem »Zweifrontenkrieg«. Zwei Jahre musste die Regierung sich gegen die Angriffe der bürgerlichen Parteien wehren. Seit Mai 1923 hatte man sich um eine Verständigung mit der KPD bemüht, die an den von Moskau und der Zentrale in Berlin gegebenen Vorgaben scheiterte. Dieser »verschärfte Bruderkampf« zerriss die Arbeiterbewegung. In den nachfolgenden Tagen und Wochen nach dem 11. September verwies die SPD dabei immer wieder auf ihre Erfolge: die freiheitliche Selbstverwaltung der Gemeinden, eine moderne Erziehung, öffentliche Wohlfahrtspflege, gemeinwirtschaftliche Ausnutzung der Energiequellen des Landes, seiner Forsten und Domänen und die weitgehende Anwendung des Begnadigungsrechts,

<sup>60</sup> *Gothaer Volksfreund*, 12.09.1923.

gedacht als Eindämmung der »Auswüchse der Justiz«. Um der großen Not der unteren Schichten entgegenzuwirken, hatte die Landesregierung immer wieder die Reichsregierung aufgefordert, den Ruhrkampf zu beenden und stattdessen Erwerblose, Sozial- und Kleinrentner zu unterstützen. Der SPD in Thüringen war aber klar, dass, obwohl die Kommunisten die Regierung gestürzt hatten, eine Regierung im Sinne der von ihr vertretenen Arbeiterinteressen nur durch eine Koalition mit der KPD möglich war. Dabei gab es durchaus Meinungsverschiedenheiten in der SPD. Der rechte Flügel lehnte eine Koalition mit der KPD rundweg ab. Bei der Parteilinken war die Situation komplizierter. Die Hochburgen der ehemaligen USPD, die zum großen Teil später dem linken Flügel der SPD zuzuordnen sind, befanden sich vor allem in Gera, Eisenach, Greiz, Schleiz, Sondershausen und Arnstadt. In Eisenach war im Landkreis der Anteil des rechten und linken Flügels der SPD ungefähr gleich anzutreffen. Der rechte Flügel war vor allem in Jena, Altenburg, Apolda, Meiningen, Sonneberg, Rudolstadt und Saalfeld beheimatet.<sup>61</sup> Altenburg vermittelte zwischen den Flügeln.<sup>62</sup> Gleichwohl stellte die Altenburger SPD zum Thema gemeinsame Arbeiterregierung von SPD und KPD in diesen Tagen fest, dass »diese Partei [die KPD] zumindest ihre Führer nicht bündnisfähig sind«, dennoch darf »eine Regierung, in der die Kommunisten nicht sitzen, nicht das Ziel der Verhandlungen sein«<sup>63</sup>. Ambivalenter könnte man es nicht ausdrücken. Am 18. September 1923 veröffentlichte dann die SPD ein Programm zur Neubildung der Thüringer Regierung.<sup>64</sup> Die SPD befand sich dabei mit 22 Sitzen im Thüringer Landtag im Vergleich zu sechs KPD-Mandaten in der scheinbar besseren Verhandlungsposition und trat demnach auch selbstbewusst auf. Immerhin wusste sie laut der letzten Wahl, dass von vier Arbeiterwählern drei auf ihrer Seite und nur einer auf Seiten der KPD war.<sup>65</sup> Die KPD hatte Anfang 1923 243 Ortsvereine mit rund 15 150 Mitgliedern, die SPD dagegen 485 Ortsvereine mit rund 38 900 Mitgliedern. Die KPD überwog in Städten wie Gotha, Zella-Mehlis, Suhl, Erfurt, Arnstadt und Jena. Die Hochburgen der SPD befanden sich in Altenburg, Gera, Greiz, Schleiz, Saalfeld und Nordhausen.<sup>66</sup>

<sup>61</sup> Die Zuordnung nach den Wahlergebnissen erfolgt unter Vorsicht, denn nähere Untersuchungen fehlen in den Städten. Müller, Johannes (Hrsg.): *Vierteljahresberichte des Thüringischen Statistischen Landesamtes in Weimar*, Jg.1, 1922, Heft 3, S. 79.

<sup>62</sup> Klenke 1989: S. 193–209.

<sup>63</sup> *Gothaer Volksfreund*, 13.09.1923. Hier auch die Übersicht der Stimmen der Sozialdemokraten aus Thüringen.

<sup>64</sup> *Gothaer Volksfreund*, 18.09.1923.

<sup>65</sup> *Gothaer Volksfreund*, 25.09.1923.

<sup>66</sup> Wörfel, Erhard: *Die Arbeiterregierung in Thüringen im Jahre 1923. Beiträge zur Geschichte Thüringens*. Erfurt 1974, S. 11 (DDR-Literatur).



Das von der SPD vorgelegte Regierungsprogramm enthielt mehrere Essentials, die zwischen KPD und SPD strittig waren. Zum einen bestand die SPD auf die »Sicherung der republikanischen Staatsform als dringlichste Aufgabe«, zum anderen wollte sie eine »republikanische Notwehr schaffen, die von der Regierung bei Bedarf zur Unterstützung des Exekutivorgans herangezogen werden kann«. Die gemeinsame Verwendung für den Fall der Gefahr, also dem Einmarsch rechtsradikaler Truppen über Thüringen und Sachsen nach Berlin, sollte von den Bezirksleitungen der SPD und KPD vereinbart werden. Außerdem sollte die von der KPD vehement geforderten Kontrollausschüsse zur Lebensmittelüberwachung und -verteilung durch Gewerkschaften, Kleinhändler- und Bauernorganisationen den Gemeinden unterstellt sein. Zudem wurde dort ein parlamentarischer Arbeitsausschuss gefordert, der beim Eintritt der KPD in die Regierung, alle Entwürfe vor Einbringung ins Parlament und Anfragen und Interpellationen beraten sollte. Dies war ein Instrument, um die wohlbekannt KPD-Strategie einzuschränken, die darin bestand, die SPD öffentlich anzugreifen und Maßnahmen nur unter KPD-Bedingungen zu akzeptieren. Die KPD ihrerseits bestand dagegen auf die Einberufung eines Betriebsrätekongresses und auf außerparlamentarische Ausschüsse, welche die Arbeit der Regierung laufend kontrollieren sollten. Bei den Kontrollausschüssen wollte die KPD weitgehende Befugnisse. Gerade die letzten Punkte »Kontrolle der parlamentarischen Arbeit« und »Kontrollausschüsse mit Exekutivgewalt« (Beschlagnahme von Lebensmitteln usw.) widersprachen nach Auffassung der SPD der Verfassung der Weimarer Republik und waren demnach schwerlich umsetzbar. Die Bildung gemeinsamer Hundertschaften als paramilitärische Abwehrorganisationen gegen rechts begrüßte die KPD. Allerdings wäre es für sie in Anbetracht der eigenen Vorbereitungen von Aufstandsplänen vorteilhafter gewesen, diese Hundertschaften einer geringeren staatlichen Kontrolle zu unterwerfen als es die SPD zugestand. Sie konnte sich hier allerdings nicht durchsetzen. Die SPD bestand darauf, die republikanische Notwehr unter Regierungskontrolle zu stellen. Örtlich sollte sie nur nach Aufforderung und Befehl der Polizeieinheiten handeln. Die bisherigen gemeinsamen Hundertschaften funktionierten nach der Einschätzung der SPD-Landesfunktionäre nur bedingt. Die meisten scheiterten aus dieser Perspektive und bis zu diesem Zeitpunkt nach kurzer Zeit an heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteimitgliedern vor Ort.<sup>67</sup> Das sollte sich zumindest in der Euphorie der Bildung der Arbeit-

<sup>67</sup> Gothaer Volksfreund, 18.09.1923.

terregierung in einigen Orten kurzfristig ändern, darauf kommen wir unten noch zurück.

## Die Gewerkschaften im Windschatten der Regierungsbildung

Der von der KPD geforderte Betriebsrätekongress wurde von den *Freien Gewerkschaften* (ADGB, AFA und ADB) prinzipiell abgelehnt, worauf sich in den nachfolgenden Koalitionsverhandlungen die SPD auch immer berief: Ohne Gewerkschaften kein Betriebsrätekongress. Die Freien Gewerkschaften hatten nach 1918 ihre Mitgliederstärke verdreifacht und waren so, wenn auch in der Inflation Mitgliederverluste eingesetzt hatten, ein maßgeblicher Faktor in der Arbeiterbewegung. Die Mehrzahl der Thüringer Fabrikarbeiter war im ADGB organisiert. Zum ADGB-Bezirk Großthüringen gehörten auch Teile Preußens, z. B. Erfurt. Ende 1922 gab es 106 Ortsausschüsse mit 1009 angeschlossenen Gewerkschaften und 254143 Mitgliedern im Bezirk Thüringen. Damit übertraf die Mitgliedschaft der Gewerkschaften die der Parteien um ein weites. Die stärksten Verbände im ADGB Thüringen waren der *Deutsche Metallarbeiterverband* (DMV) und der *Textilarbeiterverband*. Allein von den 2612 Betriebsräten waren 1975 im DMV organisiert.<sup>68</sup> Der Vorsitzende des ADGB Thüringen war Karl Hartmann, des AFA-Bezirkskartells Thüringen Richard Horn und des ADB-Landesausschusses Thüringen Dr. Weinland. Karl Hartmann wurde später von 1924 bis 1933 Abgeordneter der SPD im Thüringer Landtag. Er war 1922 von der USPD in die Partei zurückgekehrt, gehörte also wahrscheinlich eher zur Parteilinken.<sup>69</sup> Die Freien Gewerkschaften vereinigten sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische und politisch ungebundene Arbeiter. Sie befanden sich in Konkurrenz zu den christlichen und liberalen Gewerkschaften, die dem Zentrum oder der DDP nahestanden.

Im Stinnes-Legien-Abkommen gelang es dem ADGB im November 1918 den Acht-Stunden-Arbeitstag bei vollem Lohnausgleich und kollektive Tarifverträge zu verankern. Es kam zur Gründung einer *Zentralarbeitsgemeinschaft* (ZAG), die je zur Hälfte aus Gewerkschaftern und Arbeitgebern

<sup>68</sup> Wörfel 1974: S.13.

<sup>69</sup> Lengemann, Jochen: *Thüringische Landesparlamente 1919-1952*, Biographisches Handbuch, Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Große Reihe Band 1,4. Köln/Weimar/Wien 2014. S. 310-311.

bestand. Ihre Aufgabe war es, die Umsetzung des Abkommens zu überwachen bzw. Streit zu schlichten. Allerdings wurden diese Errungenschaften schon bald ausgehebelt. Insbesondere im wirtschaftlichen Krisenjahr 1923 galt es, die Erfolge der Revolution gegen die Offensive des Kapitals zu verteidigen. Die Gewerkschaften beschäftigten sich so im September in ihren Konferenzen auch weitestgehend mit Wirtschaftsfragen, weniger mit Landespolitik. Am 30. September 1923 etwa fand im Volkshaus Weimar eine Konferenz der Ortsausschüsse Thüringens und der angrenzenden Wirtschaftsgebiete statt. Deren Tagesordnung beinhaltete Fragen der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer und die Gestaltung der örtlichen Zusammenarbeit von ADGB, AFA und ADB. Auf der Konferenz wurde zwar über Politik gesprochen, allerdings bezogen sich die gefassten Beschlüsse lediglich auf wirtschaftliche und Arbeitnehmerfragen. Die Freien Gewerkschaften empfanden bisweilen ebenso den »Zweifrontenkrieg«. Einerseits mit den Unternehmen und ihren Vertretern, andererseits unternahm die KPD mit der Gründung von Betriebszellen den Versuch, Gewerkschaftsmitglieder von ihren meist sozialdemokratischen Funktionären zu isolieren, auf ihre Seite zu ziehen – und das alles gepaart mit scharfer Rhetorik und »unbesonnenen« und wenig abgestimmten Aktionen jenseits oder quer zur beschlossenen Gewerkschaftsstrategie.

In der sozialdemokratischen Presse findet man selten Äußerungen der Gewerkschaften zur Landespolitik. Am 28. September 1923 allerdings wurden die Gewerkschaften gezwungen, sich zur KPD zu äußern. Die KPD hatte einen offenen Brief an die Gewerkschaften veröffentlicht. Hier erhob sie in Form eines befristeten Ultimatums die Forderung, dass die Gewerkschaften zusammen mit der KPD eine proletarische Rettungsaktion zu organisieren hätten, um dem »drohenden Angriff der faschistischen Formationen gegen das deutsche Proletariat entgegenzutreten«. Die KPD hatte den »offenen Brief« allerdings zuerst in ihrer Presse abgedruckt und erst dann den Gewerkschaftsbundsvorständen übergeben. Die bisherige Gewerkschaftspolitik wurde darin durch die KPD massiv angegriffen, was ADGB, AFA und ADB nachvollziehbar deuteten, dass sie »kein ehrliches Bündnis« mit den Gewerkschaften wollte. Die Gewerkschaften positionierten sich aus eigener Überzeugung nachdrücklich:

»[...] Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sind fest entschlossen, den gegenrevolutionären, reichs- und arbeiterfeindlichen Organisationen der Faschisten mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten, wenn sie es wagen

sollten, den bewaffneten Kampf gegen die deutsche Republik und das deutsche Proletariat zu eröffnen [...]«<sup>70</sup>

Die Gewerkschaften argumentierten, dass »unter den Trümmern der deutschen Republik die Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie zu begraben« das Ziel der Faschisten sei. Für sie stand im Vordergrund, dass »die Beseitigung der Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeitnehmer und die Errichtung einer kapitalistisch-militärischen Diktatur, unter der die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller erworbenen Rechte beraubt und zu vollkommener Ohnmacht verurteilt sein würden«, aufgehoben werden müsse. Allerdings wäre es:

»[...] ein Wahnwitz der Kommunistischen Partei zuliebe, zur Unzeit einen politischen Generalstreik zu entfesseln. Das dann entstehende Chaos böte den Faschisten willkommene Gelegenheit, ihren Aufmarsch gegen die Republik durchzuführen. Die Gefahr, die es zu beschwören gilt, würde erst provoziert. Es gilt in diesem Kampf, die in den Gewerkschaften verkörperte Macht des deutschen Proletariats geschlossen dort einzusetzen, wo der Gegner den Angriff wagt. In diesem Kampf sind die Gewerkschaften die Verbündeten der deutschen Republik und müssen es sein. Wie sie im letzten Jahr für die Autorität des Staates als Vertreter der Gesamtheit gegen den Eigennutz der Wirtschaft gekämpft haben, so müssen sie jetzt für den Staat gegen die Reichs- und Arbeiterfeinde kämpfen. Wenn die Republik zusammenstürzt, ist das Schicksal der Arbeitnehmerschaft besiegelt [...] Darum erwarten die Spitzenorganisationen von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, dass sie sich nicht von der trügerischen Parole der Kommunistischen Partei zu unbesonnenen Aktionen hinreißen und sich nicht als Schrittmacher der Gegenrevolution missbrauchen lassen [...]«<sup>71</sup>

Noch am selben Tag erschienen Anzeigen mit einem Aufruf der Regierung, der vor »Gerüchten« und »unüberlegten Handlungen« warnte und stattdessen dazu aufrief, »ruhige und klare Überlegenheit« zu bewahren und »in allen Lagen streng den Weisungen der durch Verfassung und Gesetz berufenen Behörden des Reichs und des Landes zu folgen«. Die Gewerkschaften wurden immer dann »kämpferischer« oder zumindest handlungsbereiter, wenn eine breite Basis von relevanten Mitgliedern und Funktionären in Bewegung geriet. Sie forderten dann aber auch stets den

<sup>70</sup> Gothaer Volksfreund, 28.09.1923.

<sup>71</sup> Ebenda.

Anweisungen der Spitzenorganisationen zu folgen, sonst »Niemandem« (also nicht der KPD). So hieß es am 5. Oktober 1923:

»[...] Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die Gefahr! Jetzt ist nicht die Zeit, in euren eigenen Reihen politische Gegensätze auszutragen und eure Kräfte zu zersplittern [...] Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um euer Recht zu führen – wenn es sein muss, auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf. Arbeiter, Angestellte, Beamte! Befolgt ausschließlich die Weisung der Spitzenorganisationen. Haltet Disziplin! Nieder mit den Feinden der Arbeiterklasse! Es lebe die deutsche Republik! [...]«<sup>72</sup>

### Große Koalition in Berlin und Linksregierung in Weimar

In Bezug auf die sich anbahnende große Koalition in Berlin, fand die Thüringer SPD klare Worte: »Es gibt nur eine Losung ›Opposition, nicht Koalition!‹ Opposition in und außerhalb des Parlaments.« Sie forderte von der Reichs-SPD darüber hinaus den »Schutz der sozialdemokratischen Landesregierungen in Sachsen und Thüringen«.<sup>73</sup> Zu diesem Zeitpunkt vollzog die KPD-Zentrale einen Strategiewechsel und beschloss den Eintritt in die Regierungen in Sachsen und Thüringen. Die Bildung der Arbeiterregierung in Sachsen wurde auch in und für Thüringen als »Ereignis von historischer Bedeutung« gesehen. Kurze Zeit später, am 16. Oktober 1923, folgte Thüringen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war die Arbeiterbewegung, vor allem auch an der Basis euphorisiert. Damit werde der Arbeiterklasse »aus dem Herzen gesprochen« und die »neugebildete thüringische Regierung ist eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung zur Abwehr der ungeheuren Gefahren«. Gemeint war sowohl der Aufmarsch der Faschisten an der Grenze zu Bayern, als auch die Bekämpfung der sozialen Krisenfolgen. Der *Gothaer Volksfreund* und damit die sozialdemokratische Führung vermeldeten am 13. Oktober 1923 allerdings noch verhalten und ahnend:

<sup>72</sup> *Gothaer Volksfreund*, 05.10.1923.

<sup>73</sup> *Gothaer Volksfreund*, 06.10.1923.

»[...] Wir freuen uns über die Einigung zwischen den beiden proletarischen Parteien in der Thüringer Regierungsfrage und hoffen, dass sie einen Schritt auf dem Wege zur Verbrüderung der gesamten Arbeiterorganisationen bedeutet. Jetzt wird es sich zeigen müssen, ob hinter dem kommunistischen Schlagwort von der Schaffung der proletarischen Einheitsfront ehrliche Absichten verborgen sind oder aber diese Einigung in Thüringen und Sachsen auch nur ein taktisches Manöver gegen die Sozialdemokratie ist [...]«<sup>74</sup>

Und weiter:

»[...] Die sozialistisch-kommunistischen Regierungen Thüringen-Sachsen können eine geschichtliche Episode sein. Bei den bisherigen Verhalten der Kommunisten ist das leider nur zu leicht möglich. Aber die proletarischen Regierungen Mitteldeutschlands können auch ein Anfang, eine nie wieder auszulöschende geschichtliche Tat werden. Wir wollen das sehnlichst wünschen [...]«<sup>75</sup>

KPD und SPD beschlossen im Oktober 1923 gemeinsame Kundgebungen, auf denen je ein Redner der Parteien sprechen sollte. Hier zeigen sich die unterschiedlichen Reaktionen vor Ort. So sollten in Gotha Karl Korsch (KPD) und Hermann Brill (SPD) sprechen. Brill konnte auf Grund seiner Funktion im Innenministerium angesichts der brisanten Situation nicht wie vorgesehen teilnehmen, aber seine Genossen Henkel und Diebach sprachen im überfüllten Saal. Am 25. Oktober sollte eine gemeinsame Kundgebung in Sondershausen im Schützenhaus stattfinden. Angesichts 6000 erschienener Arbeiter musste die Veranstaltung im Freien stattfinden, der Saal war schlicht zu klein. Es sprachen der Sozialdemokrat Schoppe und der Kommunist Becke. Der Sozialdemokrat Stegmann stellte klar: »Der Reichsregierung kann nur zugerufen werden, spannt den Bogen nicht zu stramm.« Man erwartete »ein inniges Zusammenarbeiten im Interesse des werktätigen Volkes«. In Sondershausen riefen beide (!) örtliche Parteiorganisationen ihre Vorstände und den ADGB auf, für den Generalstreik zu votieren.<sup>76</sup> In Stadtilm wollten ähnlich wie in Gotha die Ortsvereine der Freien Gewerkschaften, der KPD und SPD einen Generalstreik durchführen, wenn die Spitzenorganisationen dazu aufriefen. In Suhl kam eine vergleichbare Gemeinsamkeit dagegen nicht zustande. Der führende Kommunist Guido Heym widersetzte sich der Anweisung der Bezirksleitung

<sup>74</sup> *Gothaer Volksfreund*, 13.10.1923.

<sup>75</sup> *Gothaer Volksfreund*, 17.10.1923.

<sup>76</sup> *Gothaer Volksfreund*, 27.10.1923.

und ging weiter mit scharfer Agitation gegen die Sozialdemokraten im Ort vor.<sup>77</sup> Die Einheitsfront wurde also nicht überall gleichermaßen begrüßt und vor allem gelebt. Aber an vielen Orten in Thüringen wurde das Zusammengehen der Arbeiterparteien und die Arbeiterregierung euphorisch von der Basis gefeiert. Die Basis der KPD konnte in großen Teilen freilich noch nichts von den Aufstandsplänen ihrer Führung wissen. Anzunehmen ist, dass auch viele Kommunisten des rechten Flügels von dieser Idee nicht begeistert gewesen waren, die zu unrealistisch erschien. Gerade in Gotha hatte man im Kapp-Putsch erfahren, was die Reaktion der Reichswehr bewirken konnte und war hier vorsichtiger geworden. Bereits in der Märzaktion 1921 kam es zu keinen allzu großen Aktionen.

In der Nacht vom 20. zum 21. Oktober 1923 wurden führende Kommunisten und Sozialdemokraten in Erfurt, Suhl und Langensalza verhaftet. Die SPD war in Teilen noch ahnungslos und vermutete, dass »es sich bei den Behauptungen über kommunistische Absichten um starke Übertreibungen handelte«. Sie forderte, dass »Links und Rechts gleichmäßig behandelt werden«. Weiter hieß es: »Verhaftet man Kommunisten, weil man von dieser Seite einen Putsch befürchtet, so ist es einfach unverständlich, dass die Hakenkreuzler ihre Wühlarbeit ungehindert fortsetzen können.« Es traf aber auch parteilose und sozialdemokratische Arbeiter. Auch der Landtagspräsident Hermann Leber (SPD) wurde kurzzeitig inhaftiert. Die SPD forderte die sofortige Freilassung der Schutzhäftlinge. In dieser angespannten Situation meldeten sich die Gewerkschaften in Form eines Aufrufes wieder zu Wort:

»[...] Die bisherige Haltung der Reichsregierung gegen den Ordnungsstaat Bayern berechtigt nicht zu der Auffassung, dass sie mit derselben Energie gegen die bayrischen Hochverräter vorgehen wird, wie es zweifellos gegen die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Regierungen Sachsens und Thüringens der Fall ist [...] Mit Hilfe des Belagerungszustandes will man ungehindert die Arbeiterschaft der verfassungsmäßigen Rechte berauben, die beiden Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen beseitigen, und damit das letzte Bollwerk gegen Faschismus und Versklavung zertrümmern. Das darf die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft nicht zulassen! Thüringen und Sachsen bedarf der gesamten Unterstützung der Arbeiterschaft Deutschlands. Wir erwarten von den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen im Reiche, dass sie in vollster

<sup>77</sup> Gothaer Volksfreund, 20.10.1923.

*Erkenntnis der Gefährlichkeit der Situation mit allen gewerkschaftlichen Mitteln auf die sofortige Beseitigung des Ausnahmezustandes hinwirkt, die Entwicklung der Dinge mit der schärfsten Aufmerksamkeit verfolgt, und zur gegebenen Zeit die gesamte Arbeitnehmerschaft zum Kampfe aufruft [...].«<sup>78</sup>*

Dabei sollte die republikanische Verfassung verteidigt werden wie auch die Rechte der Arbeiter, aber ausdrücklich nicht durch unbedachte Einzelaktionen. In Thüringen scheinen die *Freien Gewerkschaften* die Arbeiterregierung unterstützt zu haben. Anders als in Sachsen, wo die offene Ablehnung vorherrschte, die später im »Sachsenkonflikt« 1926 (siehe unten) zwischen der linken SPD und den Gewerkschaften weiter eskalierten.<sup>79</sup>

Die 1. Tagung des außerparlamentarischen Ausschusses Thüringen, der aus je drei Vertretern von KPD und SPD, je zwei Vertretern aus den Industriebetrieben (bestimmt von den beiden Parteien) und je einem Vertreter von ADGB, AFA und ADB bestand, stellte erneut fest und bestätigte, dass man »geschlossen mit allen Kampfmitteln des Proletariats den Generalstreik durchführen würde, dabei aber unbedingt den Anweisungen der Spitzenorganisationen zu folgen sei«. Bei einer angesetzten 2. Tagung erschienen die Vertreter der *Freien Gewerkschaften* und der SPD nicht mehr. Damit war die Gemeinsamkeit beendet.

Die Gothaer Arbeiterschaft scheint den unter Vorbehalt beschlossenen Generalstreikaufruf ernst genommen zu haben, denn auf einer Betriebsräteversammlung am 24. Oktober wurde beschlossen, »sich keinesfalls durch irgendwelche Vorkommnisse provozieren zu lassen«, »die Arbeiter über die Lage aufzuklären« und auf »den Aufruf der Organisationen zum Kampf zu warten«. In der Stadt hatte sich ein Aktionsausschuss bestehend aus SPD, KPD und den Ortsausschüssen des ADGB, des AFA, dem ADB und dem Zentralrat der Betriebsräte gegründet. Die »proletarische Einheitsfront unter Wahrung der vollständigen Selbstständigkeit der einzelnen Organisationen unter Vermeidung des Bruderkampfes« war hergestellt. Ausdrücklich wurde auf die »Gefahr für die Republik« und die »Verteidigung der sozialpolitischen Rechte« hingewiesen.<sup>80</sup> Nach dem Kapp-Putsch und dem KPD-Übertritt nahezu der gesamten USPD-Ortsgruppe Herbst 1920 scheint es zwischen SPD und KPD in Gotha wieder zu einer Annäherung

<sup>78</sup> Gothaer Volksfreund, 24.10.1923.

<sup>79</sup> Klenke 1989: S. 185–193.

<sup>80</sup> Gothaer Volksfreund, 25.10.1923.



gekommen zu sein. Die Gründe lagen wohl darin, dass Franz Büchel vom rechten Flügel der SPD Gotha verlassen hatte und mit der Wiedervereinigung der restlichen USPD mit der SPD 1922 deren linker Flügel wieder erstarkt war. Ferner tendierte der Ortsverein der KPD zu den Einheitsfrontprotagonisten in der Reichsführung der KPD um August Thalheimer und Heinrich Brandler. Das wird in der Folgezeit immer mehr deutlich. Besonders »ältere Funktionäre« und langjährige Mitglieder scheinen mit der linksradikalen Wende der KPD nach dem Scheitern des »Deutschen Oktober« nicht mehr einverstanden gewesen zu sein. Der Ortsverein wehrte sich mitunter gegen die Anweisungen der Thüringer Bezirksleitung, und in der Folge mehrten sich die zermürbenden Aussprachen. Spätestens mit der Übernahme des KPD-Vorsitzes durch Ernst Thälmann wurden einstige Linientreue wie Albin Tenner aus der Partei ausgeschlossen. Dem Ortsverein wurde oft vorgeworfen, dass noch zu viele »sozialdemokratische Auffassungen« vorhanden seien, die »Bolschewisierung« nur unzureichend vollzogen war. Zurecht: die Mitarbeit in den Parlamenten war für Teile der Gothaer KPD eine sinnvolle Option und die Unterstützung wenig aussichtsreicher revolutionärer Aktionsformen eher nicht gewollt.<sup>81</sup>

Am 5. November marschierten die Reichswehrverbände in Thüringen ein. Unter dem Vorwand, man wolle die Grenze zu Bayern sichern, besetzten diese Truppen aber besonders die »roten Hochburgen« wie wieder einmal Gotha und Umgebung sowie Südthüringen. Zahlreiche Verhaftungen folgten, u. a. nicht nur von Kommunisten, sondern auch von parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern und Beamten. Dabei ging die Reichswehr oft so brutal vor, sodass ein Arbeiter ernüchert feststellte: »Es ist wirklich schwer, sich als republikanischer Arbeiter zu bekennen.«<sup>82</sup> Am 2. November hatten die Thüringer Freien Gewerkschaften die Idee des Generalstreiks verworfen, nicht nur vor dem Hintergrund, dass die Arbeiter hungerten, es viele Arbeitslose gab, Kurzarbeit und Verdienstrückgang die Widerstandskraft geschwächt hätten. Die »Generalstreikspareole« fand in den übrigen Gewerkschaftsrichtungen sowieso keine Unterstützung und würde die Organisationen in eine verhängnisvolle Katastrophe stürzen. Die Arbeiterschaft würde in einen »Abgrund der Not getrieben«, ohne »der Sache der Republik zu nützen«. Die Vorstände der Spitzenverbände lehnten den Generalstreik ab. Die Afa bekräftigte in Übereinstimmung mit ADGB

<sup>81</sup> Bundesarchiv Berlin: NY 4047/6, S. 31.

<sup>82</sup> Gothaer Volksfreund, 16.11.1923.

und ADGB, dass das Ermächtigungsgesetz die soziale Schutzgesetzgebung abgebaut hätte. Es sei »ungerecht, die Gewerkschaften immer wieder für die Haltung der politischen Parteien verantwortlich zu machen« und die »Gewerkschaften hätten keinen unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidungen der Parlamente«. Man wollte sich »Methoden und Taktik nicht von der einen, noch von der anderen politischen Partei diktieren lassen«. Der Afa-Bund wollte »künftig seine volle Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien und jeder Regierung aufrechterhalten«.<sup>83</sup> Damit war dem Konzept der Arbeiterregierung, das sich auf die breite Unterstützung der proletarischen Massen und ihrer Organisationen hätte stützen müssen, zunächst einmal der Boden entzogen. Der lange Kampf um Autonomie (das meinte immer stärkere Unabhängigkeit von den Beschlüssen des sozialdemokratischen Parteivorstands) hatte damit einen weiteren Schritt voran getan. Inwieweit dies das abwartende Verhalten der Gewerkschaften zehn Jahre später unter gänzlich anderen Konstellationen mit erklärt, kann hier nicht abschließend erörtert werden.

### Nach der Reichsexekution: Ein Hauch von Militärdiktatur

Am 12. November 1923 traten die drei Regierungsmitglieder der KPD zurück. Zu diesem Zeitpunkt hätte der Reichswehr Einhalt geboten werden müssen, da der Grund des Einmarschs beseitigt war. General Hasse begann nun allerdings, noch mehr die vollziehende Gewalt an sich zu ziehen. Er ließ sozialdemokratische Gemeindevorsteher, Polizeibeamte, Verwaltungsfachleute und Lehrer aus ihren Ämtern entfernen. Er verordnete, dass evangelische Schüler am Buß- und Betttag der Schule fernbleiben konnten. Die *Ostthüringer Tribüne*, Parteiblatt des linken Flügels der SPD, wurde zu den »verfolgtesten Blättern«, wohl nicht nur, weil es z. B. die Reichswehr in Thüringen mit den französischen Truppen bei der Ruhrbesetzung verglich.

Am 7. Dezember trat der leitende Staatsminister August Frölich zurück. Sieben Tage später wurde der Landtag aufgelöst. Die Regierung führte die Geschäfte bis zur Neuwahl und Bildung der Ordnungsbundregierung im Februar 1924 kommissarisch weiter. Der Wahlkampf wurde, wie die SPD

<sup>83</sup> Gothaer Volksfreund, 02.11.1923.

schon im September 1923 befürchtete, »hart und schwer«. Die KPD verfiel erneut auf ihre altbekannte Agitation gegen die Sozialdemokratie. Aus dem bürgerlichen Lager hagelte es Verleumdungen, Warnungen vor der »roten Gefahr« und Verunglimpfungen der bisherigen Politik. Der Kulturkampf wurde erbittert weitergeführt. Die bürgerlichen Parteien warnten vor der »Entsittlichung« der Schulen, »man wolle dem Volk die Religion nehmen und die Jugend in Gottlosigkeit erziehen«. <sup>84</sup> Zudem wurde der Wahlkampf auch vom weiter bestehenden Ausnahmezustand eingeschränkt. Durch das Willkürregime der Reichswehr bestärkt, kam es zum eigenmächtigen und rechtswidrigen Handeln von örtlichen Verwaltungen und Beamten. In Schwerborn wurde eine Versammlung der SPD verboten, Flugblätter in Großdedstedt wollte der örtliche Gendarm noch einmal vorgelegt haben, obwohl sie von der Reichswehr freigegeben worden waren. Die Angriffe auf die Freien Gewerkschaften von allen Seiten wurden derweil verstärkt fortgesetzt, sodass sich der ADGB zur Äußerung genötigt sah:

»[...] Mit Hilfe der straff zusammengesetzten Kräfte der Gewerkschaften können und müssen derartige Attentate der Kapitalsprotzen abgewehrt werden. [Es ging um den weiteren Abbau der Arbeitnehmerrechte.] Ob das die kommunistischen Zellenbauer auch erkennen? Wenn ja, dann Schluss mit der Zellenbauerei, Schluss mit der kommunistischen Parteipropaganda in den Gewerkschaften! [...]« <sup>85</sup>

Am 10. Februar 1924 fand die Wahl zum 3. Thüringer Landtag statt. Der *Thüringer Ordnungsbund* verfehlte knapp die Mehrheit und war fortan auf die Tolerierung der rechtsradikalen *Vereinigten Völkischen Liste* angewiesen. Erstmals in Deutschland ließ sich eine bürgerliche Regierung durch Rechtsradikale unterstützen. Für die SPD hatten nur noch rund 23 Prozent der Wähler gestimmt: ein enormer Verlust (1921 waren es zusammen mit der USPD nahezu 42 %). Wie frustrierend das Ergebnis war, zeigen die Äußerungen in der Presse. Die Niederlage wurde dort verglichen mit den Reichstagswahlen von 1878, 1887 und 1907. 1878 war die Sozialdemokratie unter dem ungerechtfertigten Vorwurf, einer der Ihren hätte ein Attentat auf den Kaiser verübt, starken Repressionen ausgesetzt, die zum Sozialistengesetz führten. Es folgte die massive staatliche Verfolgung. Unter diesen Bedingungen fand auch die Wahl 1887 statt. Der Wahlkampf von 1907 wurde von den nationalistischen Kreisen mit unbeschreiblicher Härte und Hetze

<sup>84</sup> Gothaer Volksfreund, 04.02.1924.

<sup>85</sup> Gothaer Volksfreund, 05.02.1924.

geführt. Hauptstreitpunkt war die Haltung der SPD gegen eine Erhöhung der Militärausgaben und die Kolonialpolitik Deutschlands. In der 1924er-Analyse der massiven Stimmverluste wurden zwei Aspekte hervorgehoben, die damals wie heute in ihrer Erklärungskraft eher banal bzw. nichtssagend wirken. Nach dem *Gothaer Volksfreund* könnte ein Teil der Wähler an der »Politik der Partei irre geworden sein«, das meinte die Reichs-SPD. Ein anderer Teil der Wähler hatte wohl mehr »Zutrauen in andere Parteien gefunden«. Die SPD-Landesregierung musste Gesetze und Verordnungen der bürgerlichen Reichspolitik umsetzen. Wenn dem nicht so gewesen wäre, wären die Entschlüsse anders ausgefallen. In den Bereichen der Landespolitik, auf die sie Einfluss hatte, hatte die SPD unzweifelhaft weitreichende und moderne Reformen gegen alle Widerstände angestoßen. Die Stimmverluste der SPD kamen insbesondere der KPD, aber auch bürgerlichen Parteien zugute. Wahrscheinlich war, dass ein Teil der ehemaligen USPD-Wähler die Vereinigung mit der SPD 1922 nicht goutierten. Es war die erste Wahl nach der Vereinigung. Möglicherweise wandten sich ebenfalls die den rechten Sozialdemokraten zugeneigten Wähler ab. Der Ordnungsblock konnte offensichtlich zudem viele Nichtwähler mobilisieren. <sup>86</sup> Was auf eine gesteigerte rechte Mobilisierung hindeutet. Der Niederlage der Arbeiterparteien im Spätherbst 1923 folgte kein mobilisierendes »Trotz alledem«, sondern eine verbreitete Resignation und das Wiederaufleben der gegenseitigen Schuldzuweisungen.

### Warum keine große Koalition in Thüringen?

Warum kam es nicht zu einer großen Koalition in Thüringen wie in Sachsen? Dies hatte mehrere Gründe. Zum einen waren die Fronten zwischen den Parteien in Thüringen extrem verhärtet. Eine große Koalition war in Thüringen »nach so einem ausschließlich gegen die Sozialdemokratie geführten Wahlkampf überhaupt undenkbar« <sup>87</sup>. Die starke Polarisierung zwischen bürgerlichen und Arbeiterparteien im 2. Thüringer Landtag, die im Bereich der Schulpolitik zum Kulturkampf geworden war, machte eine Verständigung unmöglich. Im Kern ging es den bürgerlichen Interessengruppen um die Verhinderung einer fortschrittlichen sozialdemokratischen Bildungspolitik, die ihren gesellschaftlichen Elitestatus infrage

<sup>86</sup> Gothaer Volksfreund, 14.02.1924 und 15.02.1924.

<sup>87</sup> Gothaer Volksfreund, 13.02.1924.



stellte. Das Bürgertum war angesichts der Gefährdung dieser Positionen durch eine sozialdemokratische Reformpolitik nicht bereit für eine große Koalition. Viele der führenden Politiker im Thüringer Landtag kamen zumal aus der Gothaer Region, wo sie seit 1919 bereits die gleichen Kämpfe regional führten und diese später auf der Landesebene fortsetzten. Hermann Brill (SPD) war Staatsrat der Landesregierung und Ministerialdirektor im Thüringischen Ministerium des Innern, hier für die Polizei- und die politische Abteilung verantwortlich. Albin Tenner war Mitglied in der Bezirksleitung der KPD und kurze Zeit Wirtschaftsminister. Georg Witzmann war Vorsitzender der DVP-Fraktion und Hermann Anders Krüger Vorsitzender der DDP-Fraktion. Alle kamen aus der Gothaer Politik.

Zum anderen lehnte der linke Flügel der Sozialdemokraten die Idee der großen Koalition als »ein für das Proletariat unerträgliches Experiment« ab. Schon im Oktober hatte man dort den Austritt aus der Regierung Stresemann als »eine absolute Notwendigkeit« gefordert. Es folgte die Aufforderung, in den Parteiorganisationen in diesem Sinne »intensivste Tätigkeit« zu entfalten. Das ging in manchen Orten soweit, dass der linke Flügel der SPD den Ausschluss des Reichspräsidenten Friedrich Ebert aus der Partei forderte, so in Berlin und Leipzig. In Thüringen folgte diesem Anliegen z. B. der kleine Ortsverein in Arnstadt.<sup>88</sup> Die Thüringer SPD stand diesbezüglich gegen die mehrheitlich rechte Reichs-SPD. Der *Gothaer Volksfreund* brachte es resignierend auf den Punkt:

»[...] Als Sozialdemokraten haben die Parteigenossen in der Reichsregierung sicher nicht gehandelt, als sie es duldeten, dass die Reichsexekutive gegen Sachsen einsetzte. Sie haben wieder einmal die vermeintlichen Staatsinteressen über die Interessen der Arbeiterklasse gestellt und damit der letzteren einen Bärendienst erwiesen. Die große Koalition erforderte es keineswegs, dass sich die sozialdemokratischen Minister den Diktaturgelüsten Stresemanns und Geßlers fügten. Rückgratfeste Sozialdemokraten hätten den Mut gefunden, sich zu wehren [...].«<sup>89</sup>

Die SPD-Fraktion im Reichstag war keineswegs geschlossen bezüglich des Eintritts in die große Koalition. Sie lehnte allerdings die Zusammenarbeit mit der KPD ab, weil sie diese für verfassungsfeindlich und putschistisch hielt. Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien war in der Perspektive der

<sup>88</sup> *Gothaer Volksfreund*, 08.11.1923.

<sup>89</sup> *Gothaer Volksfreund*, 31.10.1923.

Parteilinken allenfalls dazu geeignet, »Erreichtes zu bewahren«, anstatt »reformpolitisch vorzupreschen«.<sup>90</sup> Im Gegensatz zu Sachsen waren die Mehrheitsverhältnisse im bürgerlichen Lager Thüringens auch wenig erbaulich. Die DDP war deutlich schwächer als im Nachbarland. Eine Koalition mit der DVP, die einen aggressiven Wahlkampf geführt und den Ausnahmezustand in Thüringen befürwortet hatte, war undenkbar. Dennoch gab es eine Minderheit in der SPD in Jena, die eine Koalition befürwortete und die Arbeiterregierung mit der KPD generell als Fehler sah. Während demgegenüber die meisten Ortsvereine in Ostthüringen den Grund für das Scheitern der Arbeiterregierung in der Politik der Reichs-SPD sahen. Wenig verwunderlich lehnten diese auch stets die Koalition mit den bürgerlichen Parteien ab.<sup>91</sup>

Während die Führung der Thüringer SPD stärker Rücksicht auf die Stimmung an der Parteibasis und den Wählermilieus, die eine Arbeiterregierung bevorzugten, Rücksicht nehmen musste, sah dies auf der anderen Seite des linken Spektrums, der KPD, schon ganz anders aus: Die »sozialdemokratischen Elemente« in der KPD, wie Sinowjew in einer Rede feststellte, wollten die Mitarbeit in den Parlamenten.<sup>92</sup> Diese galt es nun als Ergebnis des misslungenen Deutschen Oktober auszuschalten. Die Sozialdemokraten hofften bzw. glaubten, dass es mit der Zeit eventuell gelungen wäre, einige Kommunisten wieder auf ihre Seite zu ziehen. Die Thüringer SPD wollte ihre sozialdemokratische Reformpolitik. Die Mehrheitsverhältnisse erlaubten dies nur mit der KPD. Dabei war die SPD in Thüringen nicht »blauäugig«. Sie hatte die antisozialdemokratische Agitation der KPD jahrelang selbst erfahren und auch den Sturz ihrer Regierung im September 1923 mit Hilfe der KPD erlebt. Sie war sich bewusst, dass die Führung der Thüringer KPD Weisungen der Berliner Zentrale, wenn nicht Befehlen aus Moskau folgte und die Zusammenarbeit nicht zuverlässig sein würde. Dennoch war die Hoffnung vorhanden, für die Arbeiterschaft »Geschichte zu schreiben« und die langersehnte »Einheit der Arbeiterklasse« wiederherzustellen. Eine Einheit, die im Milieu der proletarischen Subkultur vielfach ja noch vorhanden war. Eine eher linksliberale Koalition der SPD mit DDP und Zentrum, wie beispielweise in der Nationalversammlung, war unmöglich, da im protestantischen Thüringen das Zentrum für eine Mehrheitsbildung jenseits des Rechtsblocks nicht stark genug war.

<sup>90</sup> Klenke 1989: S. 158.

<sup>91</sup> Ebenda.

<sup>92</sup> *Gothaer Volksfreund*, 06.02.1924.

Der bürgerliche Ordnungsbund musste für die Tolerierung durch die Völkischen Bedingungen akzeptieren, die für den antisemitischen TLB und die DNVP kein Problem darstellten. Eine der Forderungen war die Absetzung des jüdischen sozialdemokratischen Thüringer Staatsbankpräsidenten Walter Loeb im September 1924. Infolgedessen trat die DDP aus der Regierung aus. Die Völkischen forderten auch immer wieder, dass die Thüringer Regierung gegen die Politik der Reichsregierung im Reichsrat auftreten sollte. Das betraf die Stimmenthaltung bei der Abstimmung zum Dawes-Plan und 1925 die Auseinandersetzungen um den Locarno-Pakt. Der Dawes-Plan regulierte die Reparationszahlungen Deutschlands an die Entente, und der Locarno-Pakt beschloss die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, bei Anerkennung der Gebietsverluste im Ersten Weltkrieg. Die rechten Parteien lehnten dies vehement ab, weil sie die Schuld am Ersten Weltkrieg verneinten, Versailles ablehnten und revisionistische Ziele ihre Programmatik und Propaganda bestimmten. Die Völkischen forderten hier von der DVP Thüringen, dass sie gegen die Politik ihrer Partei im Reich auftreten sollte. Als weitere Zugeständnisse erpressten sie die Aufhebung des Verbots der NSDAP und die Durchführung des ersten reichsweiten NSDAP-Parteitag 1926 in Weimar. In dieser Zeit wurde durch die Streichung der Finanzierung auch das Bauhaus aus Weimar vertrieben. Die Ordnungsbundregierung betrieb eine massive Restauration der Verhältnisse. Schon im April 1924 wurde per Notgesetz das dreigliedrige Schulsystem wieder eingeführt. Statt einer kollegialen Schulleitung galt nun wieder das autoritäre Direktorenmodell. Die moderne erziehungswissenschaftliche Fakultät an der Universität Jena wurde geschlossen, die kirchlichen Feiertage wieder eingeführt und die republikanische Personalpolitik rückgängig gemacht. Dies betraf vornehmlich republiktreue Amtsträger, die durch obrigkeitsorientierte Beamte ersetzt wurden.

Die Thüringer SPD blieb angesichts der Mehrheitsverhältnisse fortan in der Opposition. Der linke Flügel war nach wie vor vorherrschend, denn auch nach der Wahl zum 4. Thüringer Landtag wurde eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es gab einen Beschluss, nicht mit dem TLB zu regieren. Folgerichtig wurde die Kandidatur des Koalitionsbefürworters Arthur Hoffmann (SPD) abgelehnt.<sup>93</sup> Die Thüringer SPD sah sich bestätigt, als 1926 in Sachsen, wo die SPD mit DDP und DVP eine Koalition

<sup>93</sup> Leimbach, Timo: Landtag von Thüringen 1919/20–1933. Düsseldorf 2016. Rudolph, Karsten: Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik, Erfurt 2018.

gebildet hatte, darauf die Parteispaltung erfolgte. Ministerpräsident Max Heldt (SPD) wurde zusammen mit 23 Abgeordneten März 1926 aus der Partei ausgeschlossen und gründete die *Alte sozialdemokratische Partei Sachsens* (ASPS, später ASPD), die die Koalition fortführte.<sup>94</sup>

In Thüringen ergab sich ein wiederkehrendes Patt zwischen proletarischen und bürgerlichen Lager. Letzteres zersplitterte immer weiter. Auch die KPD hatte mit Abspaltungen zu kämpfen. 1931 folgte die Abspaltung der *Sozialistischen Arbeiterpartei* (SAP) von der SPD. Der Thüringer Landtag blieb geprägt von Instabilität und schwieriger Mehrheitsbildung. Nach Timo Leimbachs Ansicht hätte eine starke Persönlichkeit wie der »rote Zar« Otto Braun (SPD) in Preußen oder der »rote Großherzog« Carl Ulrich (SPD) Hessen eventuell die »Probleme« der Thüringer SPD lösen können. Man kann es aber auch so sehen, dass die SPD in Thüringen durch ihren starken linken Flügel nicht zur Aufgabe der programmatischen Klassenorientierung bereit war und die Arbeiterinteressen in wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten weiter ohne Zugeständnisse vertreten wollte. Außerdem galt nach wie vor der USPD-Grundsatz, dass Diskussionen innerhalb der Partei erlaubt und gewünscht waren und eine »Führungsfigur« diese demokratische Basisorientierung eher konterkariert hätte und damit auch das Alleinstellungsmerkmal gegenüber Kommunisten einerseits und obrigkeitsorientierten bürgerlichen Rechtsparteien andererseits verloren wäre. Hinzu kam, dass die politischen Repräsentanten des Bürgertums nach Rechtsaußen nicht nur offen waren, sondern den Hauptgegner in der politischen Linken sahen und so eine Verständigung unmöglich machten. Ein Bürgertum, das nur wenige Monate nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch im Herbst 1923 den Pakt mit Rechtsextremen nicht scheute, konnte kein Koalitionspartner für eine selbstbewusste Thüringer SPD und – zumindest nach der Absetzung von Walter Loeb – auch nicht für liberale Demokraten sein.

## Thüringen auf dem Weg in die Diktatur

Die bürgerliche Koalition hatte indes durch die Beteiligung der Völkischen und später der NSDAP an der Thüringer Regierung zur Normalisierung rechtsradikaler Programmatik und Kultur beigetragen. Bestenfalls als

<sup>94</sup> Fischer, Thomas: Max Heldt. Große Koalition und SPD-Spaltung (1924–29). In: Schmeitzner, Mike/Wagner, Andreas (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 182–219.

Illusion erwies sich, dass – wie vom TLB erhofft – die NSDAP in der politischen Verantwortung entweder realpolitisch handeln oder »ihre Unfähigkeit beweisen« würde. Stattdessen gab man den Rechtsradikalen eine Bühne, auf der sie die Erfolge des Regierungshandelns für sich verbuchte, Niederlagen propagandistisch als Schuld der »Anderen« darstellte und immer weitere diskriminierende Maßnahmen durchzusetzen in der Lage war. 1931 stellte der TLB fest:

»[...] wir haben in dem Augenblick, in dem sie [die NSDAP] zur Macht gelangen, mit einer rücksichtslosen nationalsozialistischen Diktatur zu rechnen, in der es ein Recht auf freie und eigene Meinung nicht mehr gibt [...].«<sup>95</sup>

Da war es – nicht nur in Thüringen – bereits sehr spät, wenn nicht zu spät. Die bürgerlichen Parteien trugen ihren Teil zum Aufstieg des Nationalsozialismus in Thüringen bei. Indem sie die Rechtsextremen unterschätzten und ihnen Regierungsbeteiligungen ermöglichten, ebneten sie diesen Weg.

Der drohenden Gefahr von rechts stellte die Thüringer SPD am Vorabend der Machtübertragung an Adolf Hitler ein Novum im Parlamentarismus Thüringens entgegen. Sie tolerierte 1931 – entgegen ihrer Grundsätze, nicht mit dem TLB zusammenzuarbeiten – die bürgerlich-rechte Minderheitsregierung unter Erwin Baum (TLB), um die NSDAP auszubremsen. Im März 1931 kam es zum Bruch der rechtsbürgerlich-nationalsozialistischen Baum-Frick-Regierung in Thüringen. Es war die erste Landesregierung in Deutschland, an der die NSDAP beteiligt war. Letztendlich war der Auslöser des Bruchs ein Hetzartikel der NSDAP gegen die DVP im Reich. Die DVP beendete die Zusammenarbeit mit der NSDAP und die SPD stellte Misstrauensanträge gegen die nationalsozialistischen Minister Wilhelm Frick und Willy Marschler. Am 1. April 1931 wurden so durch KPD, SPD, DSTP und DVP die Rücktritte von Frick und Marschler erzwungen. Anschließend tolerierte die SPD das verbliebene Baum-Kabinett unter der Bedingung, dass bestimmte Maßnahmen von Frick aufgehoben werden sollten und ein Untersuchungsausschuss zum Einbürgerungsversuch von Hitler durch Frick eingesetzt werden sollte. Der Bruch der Duldung der Regierung durch die SPD erfolgte bei den Etatberatungen 1932, die nach dem Willen

der bürgerlichen Parteien eine harte Einsparung in den Sozialleistungen bedeuteten. Ein weiterer Streitpunkt war die Besteuerung der Konsumvereine, welche die SPD ablehnte, und die Aufhebung der Mietermächtigung der Regierung. Die Regierung Baum wollte der SPD auch deshalb keine Zugeständnisse machen, weil der Widerspruch der Einzelhandels- und Hausbesitzerverbände erfolgte. Juli 1932 trat die Regierung zurück und Neuwahlen wurden erforderlich. Eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in Thüringen hatte einige Monate Bestand, scheiterte aber – wie auch in der Vergangenheit – an den unüberbrückbaren Differenzen in grundsätzlichen Fragen. Große Teile des Bürgertums entschieden sich anschließend, erneut mit den Nationalsozialisten zu kooperieren, und ebneten damit den Weg zur nationalsozialistischen Diktatur.

<sup>95</sup> Dressel, Guido: Der Thüringer Landbund. Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919-1933. Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 12, Weimar 1992, S. 92.

## *Stolz, Wille, Trotz, Hass, Hass und wieder Hass*

LEITSPRUCH VON FRITZ SAUCKEL FÜR DIE AUTOREN  
SEINER ZEITUNG DEUTSCHER AAR, JULI 1924

*Ein armes Einzelwesen  
aus der Menge hasst erstens  
den Konkurrenten von  
der Straßenecke und zweitens  
ein fremdes Volk, das heißt  
Millionen Menschen, ihre  
Vorgänger, ihr Erleben,  
Schaffen und Schicksal  
seit tausend Jahren.*

HEINRICH MANN, AUS DEM ESSAY-BAND »DER HASS.  
DEUTSCHE ZEITGESCHICHTE«, VERÖFFENTLICHT 1933

## **THÜRINGEN VOR 100 JAHREN: TUMMELPLATZ VÖLKISCHER UND FASCHISTISCHER ORGANISATIONEN UND DER NATIONALSOZIALISTISCHE ORGANISATOR FRITZ SAUCKEL**

*Manfred Weißbecker*

Als das Land Thüringen in den frühen 1920er-Jahren ein demokratisch-sozialistisches Reformzentrum, ein demokratisch-republikanischer Hoffnungsträger sowie ein mögliches Bollwerk gegen den Ansturm von Faschisten aus Bayern darstellte,<sup>96</sup> sahen konservative und liberale Gegner der Weimarer Republik darin nichts Anderes als ein revolutionäres, die Macht der Herrschenden erschütterndes »Schreckgespenst«<sup>97</sup>. Es drohe Gefahr. Der Untergang nahe. So hieß es vielfach in ihren Medien. Schließlich verhängte die Reichsregierung eine militärische Exekutive gegen Thüringen und ließ am 8. November 1923 Truppen der Reichswehr vor dem Landtag in Weimar aufmarschieren. Die demokratisch zustande gekommene und verfassungsmäßig legitimierte Koalition beider Arbeiterparteien wurde gezwungen, sich Schritt für Schritt aufzulösen. Rasch änderten sich die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten antisozialistischer und antikommunistischer Kräfte. Davon profitierten auch völkische und nationalsozialistische Organisationen, in deren Reihen es allerdings nach dem misslungenen Münchener Putsch und unter dem Druck des Verbotes der NSDAP erheblich kriselte. Innere Auseinandersetzungen aller Art dominierten, und es schien, als könnte es gelingen, dem Faschismus Einhalt zu gebieten. Doch dem verweigerten sich in Thüringen die regierenden Parteien. Ihr Bemühen galt einer »konservativen Restauration in Politik und Kultur«, in der es keinen Raum gab für eine dem damaligen Rechtsextremismus entschieden entgegretende Regierungs- und Parlamentsarbeit.<sup>98</sup>

<sup>96</sup> Siehe dazu in jüngster Zeit Karl Heinrich Pohl: Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie? Göttingen 2022; Mario Hesselbarth: Die Arbeiterregierung in Thüringen 1923. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Erfurt 2023.

<sup>97</sup> Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945. Hrsg. von Jürgen John, Erfurt 1996, S. 29.

<sup>98</sup> Burkhard Stenzel: »Krach im Landtag«. Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Parlament in der Zeit der Weimarer Republik. In: Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920–1933. Hrsg. von Burkhard Stenzel und Klaus Jürgen Winkler, Weimar 1999, S. 25.



In einer politisch außerordentlich aufgeheizten Atmosphäre bereiteten die bürgerlichen Parteien die für den 10. Februar 1924 angesetzte Wahl eines neuen Thüringischen Landtages vor. Zu deren Unterstützung rief der *Verband der Mitteldeutschen Industrie* seine Mitglieder auf, pro Kopf der Belegschaften ihrer Firmen fünf Goldmark für den Wahlkampf zu spenden, um das Bürgertum und damit die Industrie zu retten, den bürgerlichen Parteien zum Erfolg zu verhelfen, »koste es, was es koste ...« und sei es selbst »der letzte Hosenknopf«. <sup>99</sup> Von Abgrenzung zu Völkischen und Faschisten fiel dabei kein Wort; sogenannte Brandmauern – um hier einen aktuellen Begriff zu verwenden – richteten sich allein gegen die Linke.

Gegen diese wurde – und auch das erlaubt einen kritischen Blick auf gegenwärtige Erscheinungen in Thüringen – kaum rational argumentiert. Es wurde eher behauptet, beschuldigt, angeklagt, entstellt, diskreditiert und maßlos übertrieben. In eindeutig rechtspopulistischer Manier erklärte der *Thüringer Ordnungsbund*, ein am 30. Dezember 1923 entstandener Zusammenschluss mehrerer bürgerlicher Parteien, der auch für geraume Zeit von der *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) unterstützt worden ist, in Thüringen würde »allgemeine Rechtsunsicherheit« herrschen und die öffentliche Sicherheit sei erheblich gestört. Alles sei furchtbar zerrüttet, darunter besonders die Finanzen und das Wirtschaftsleben, das Beamtentum und die Schule. Auch habe das »rote Thüringen« das Reich im Ausland bloßgestellt.

Durchaus bemerkenswert: Solche »Argumente« über die sogenannte Einseitigkeit und Unfähigkeit sozialistischer Regierungstätigkeit hatte es bereits 1921 vor dem Amtsantritt der Regierung des Sozialdemokraten August Frölich gegeben. <sup>100</sup> Noch hatte diese keine Reformen einleiten können. Noch war überhaupt nichts geschehen, was über Maßnahmen zum Schutz der Weimarer Republik und zu einer wohlfahrtsstaatlichen Sicherung der Lebenslage hinaus gereicht hätte. Noch hatte sich nicht einmal das durchsetzen lassen, was einst die Bourgeoisie in der großen französischen Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hatte. <sup>101</sup> Da wurde von den

<sup>99</sup> Rundschreiben des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie vom 21.12.1924. In: Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945. Hrsg. von Jürgen John, (Hrsg.): Erfurt 1996, S. 116f.

<sup>100</sup> Siehe Manfred Weißbecker: Argumente und Attacken konservativer Abgeordneter im II. Thüringer Landtag gegen die Frölich-Regierung (1921–1923). In: Rot-rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute. Hrsg. von Manfred Weißbecker, Jena 2004, S. 29–46.

<sup>101</sup> Angesichts dieser frühen bürgerlichen Attacken auf die Sozialdemokratie erscheint die Aussage von Steffen Raßloff in der Thüringischen Landeszeitung vom 10.02.1924, S. 3, mehr als nur merkwürdig, dass sich die thüringische Regierung 1924 von radikalen Antisemiten abhängig gemacht habe, weil

konservativen und liberalen Gegnern der neuen Landesregierung bereits von einer »Brandfackel« gesprochen, die gegen das Bürgertum geworfen worden sei. Man sah sogar die Lebensfähigkeit Thüringens »ernstlich in Frage gestellt«. <sup>102</sup> Aus dieser damals (und auch später!) betriebenen antisozialistischen Bedrohungs- und Hasspropaganda erwuchs ein politisches Konzept, das sich sowohl gegen Demokratie und Republik richtete als auch eigener Politik erlauben sollte, sich gegen die »linke Gefahr« selbst der noch weiter rechts stehenden völkisch-rassistischen und faschistischen Kräfte bedienen zu dürfen bzw. zu müssen. Zumal man ja ohnehin mit denen in manchen Punkten auf gleicher Wellenlänge lag.

Im Wahlkampf trat der Thüringer Ordnungsbund seit Ende 1923 mit der Parole auf: »Das ganze Land kam auf den Hund, uns rettet nur der Ordnungsbund!« <sup>103</sup> Eine allgemein bekannte Redewendung nutzend, sollte in durchaus klangvoller Lautmalerei suggeriert werden: Sozialisten – gleich ob Sozialdemokraten oder Kommunisten – hätten eine einseitige Klassenherrschaft errichten wollen und eine »rote Parteidiktatur« ausgeübt. Sie könnten weder vernünftig wirtschaften noch gescheit regieren. Sie würden die Bevölkerung lediglich von einem Desaster in das nächste führen. Man nahm Vernunft und Machtfähigkeit allein für sich in Anspruch. Wo die Ursachen für Inflation, Wirtschaftskrise und andere Beschränkungen des Alltags zu suchen gewesen wären, herrschte hingegen Stillschweigen.

Gewonnen wurden die Landtagswahlen am 10. Februar 1924 vom Thüringer Ordnungsbund. Das Versprechen, mit früherer »Vaterlands- und Religionslosigkeit« entschieden abrechnen zu wollen, <sup>104</sup> traf vor allem in den ländlichen Regionen auf Zustimmung. Ebenso hatte sich die völlig überzogene Behauptung, der »Marxismus« – gemeint waren alle proletarischen Parteien und die Gewerkschaften – sei generell nur »fähig zu zerstören, unfähig zu staatserhaltender Arbeit« <sup>105</sup>, als wirksam erwiesen. Alles sah sich zudem gekoppelt mit dem gerade in Thüringen weit verbreiteten

zwischen 1921 und 1924 »eine rigide sozialistische Reformpolitik« betrieben worden sei.

<sup>102</sup> Zit. nach Manfred Overesch: Hermann Brill, Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 70.

<sup>103</sup> Zit. nach Jochen Grass: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit. Ein Beitrag zur Landesgeschichte, Hamburg 1997, S. 104.

<sup>104</sup> Siehe Guido Dressel: Der Thüringer Landbund – Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919–1933, Weimar 1998, S. 39.

<sup>105</sup> Zwei Jahre roter Parteidiktatur in Thüringen. Materialien zur Landtagswahl zusammengestellt von der Deutschnationalen Landtagsfraktion (als Manuskript gedruckt, nur an Vertrauensmänner der Deutschnationalen Volkspartei auszuliefern), Weimar o. J., S. 5. Ähnlich auch: Der III. Landtag von Thüringen (nach dem Stande 01.01.1927). Materialien zur Landtagswahl zusammengestellt von der Deutschnationalen Landtagsfraktion, Erfurt 1927.

Gedankengut rassistisch-antisemitischer Prägung. Nach den Wahlen konnte dieses in Politik umgesetzt werden. Selbst eindeutig antisemitischen Aktionen stimmten die thüringischen Konservativen zu, wie die um den Präsidenten der Thüringischen Staatsbank Walter Loeb gewobene Affäre zeigte; dieser wurde entlassen, weil nicht nur die Völkischen der Meinung waren, man könne keinen Juden an der Spitze eines deutschen Bankinstituts dulden.<sup>106</sup> Dabei handelte es sich um einen Skandal, der bereits alle späteren rechtsextremen Argumentations- und Handlungsmuster erkennen ließ: unhaltbare Korruptionsvorwürfe, erpresserische Demagogie, gezielte Indiskretionen, Drohungen und Ähnliches mehr. Im Urteil der Nachwelt: Gespenstisch sei der Schatten von Buchenwald bereits vorweggenommen worden.<sup>107</sup>

Der Thüringische Ordnungsbund stand zwar als Sieger der Landtagswahlen da, hatte aber nicht die absolute Mehrheit der Mandate erringen können. In dieser einem Patt zwischen den Lagern gleichenden Situation griff seine Führung gern (und nicht blindlings, wie nach 1945 oft gesagt werden sollte) nach der Hand von sieben neuen Abgeordneten. Den ersten Faschisten, die überhaupt in ein deutsches Landesparlament gelangen konnten. Ihre Namen hatten auf der Liste des *Völkisch-Sozialen Blocks* (vsb) gestanden, einer Wahlgemeinschaft, zu der sich einige, darunter auch miteinander konkurrierende Gruppen der Völkischen und der Nationalsozialisten zusammengefunden hatten, um die im Herbst 1923 erlassenen Verbote von *Deutschvölkischen Freiheitspartei* und von NSDAP ungehindert umgehen zu können. Die neue Landesregierung, an deren Spitze mit Richard Leutheusser ein Vertreter der *Deutschen Volkspartei* (DNVP) stand, zahlte bedenkenlos den Preis, den die neue Fraktion gefordert hatte: Da wurden vom III. Thüringer Landtag und von der neuen Regierung nicht nur beinahe alle Reformen ihrer Vorgänger rückgängig gemacht. Da wurden nicht nur die proletarischen Hundertschaften aufgelöst und verboten, sondern erfolgte bereits am 3. März 1924 (übrigens ohne abzuwarten, wie der in München stattfindende Prozess gegen Hitler und andere Putschisten ausging und wie dies im Reich gehandhabt wird) eine Aufhebung des Verbotes der völkischen und nationalsozialistischen Partei. Das galt nicht als ein braves Dankeschön für die von den vsb-Abgeordneten gewährte Unterstützung, sondern es bedeutete das Akzeptieren der von Dinter gewünsch-

<sup>106</sup> Siehe Volker Mauersberger: *Hitler in Weimar. Der Fall einer deutschen Kulturstadt*, Berlin 1999, S. 175 ff.

<sup>107</sup> Hier sei gespenstisch bereits der Schatten von Buchenwald vorweggenommen worden, urteilt Mauersberger. Ebenda.

ten »völkischen Hand an der Gurgel des Parlaments«<sup>108</sup>. Es handelte sich um einen folgenreichen Verzicht auf eigentlich erforderliche politische und geistige Auseinandersetzung mit krudem nationalistisch-rassistischen Gedankengut. Denn ohne jede Debatte sowie ohne jedes Anzeichen von Skrupeln fügte man sich bei der Regierungsbildung der völkischen Forderung, es dürfen in die neue Regierung nur »rein arische Männer« aufgenommen werden,<sup>109</sup> was nicht zuletzt die Deutsche Demokratische Partei (DDP) – obwohl dem Thüringer Ordnungsbund zugehörig – ausschloss und ein sogenanntes Kabinett der Fachleute erzwang.

### Gegen »Fremdherrschaft«, »Marxismus« und »Judentum«

In welchem Geist die thüringischen Konservativen sich nach ihrem Wahlerfolg ans Werk machten, verriet auch ein Wahlauftrag der DNVP für die Wahlen zum neuen Reichstag, die für den 4. Mai 1924 angesetzt worden waren. In ihm hieß es, man wolle endlich frei sein von »äußerer Fremdherrschaft«, frei vom Marxismus und »frei von dem mit dem Marxismus allzeit verbündeten Judentum!«. Der Aufruf betonte, »Deutschnationalsein heißt deutschvölkisch sein«, und schloss mit der Parole »ein Volk, ein Reich, ein Kaiser«.<sup>110</sup> Auf solcher Grundlage und in weitgehender Übereinstimmung mit den auf diese Weise geförderten faschistischen Kräften gelang ein erheblicher Kurswechsel in der Landespolitik. Konservative und antirepublikanische Kräfte setzten »eine massive Gegenreaktion«<sup>111</sup> zu den demokratischen Entwicklungen in den ersten Nachkriegsjahren durch.<sup>112</sup>

<sup>108</sup> Dinter hatte am 16.02.1924 in der Zeitung *Mecklenburger Warte* erklärt, dass der Völkische Block »die Hand an der Gurgel des Parlaments habe und dass jede Koalition und Konstellation nach seiner Pfeife tanzen müsse.« Zit. nach der von Walther Graef (Anklam) verfassten DNVP-Flugschrift Nr. 150 »Völkische Mittelpartei oder deutschnationale Rechtspartei?«, S. 11.

<sup>109</sup> Siehe Donald R. Tracey: *Der Aufstieg der NSDAP bis 1930*. In: *Nationalsozialismus in Thüringen*. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar u. a. 1995, S. 53.

<sup>110</sup> Führer durch den Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg vom 30. März bis 2. April 1924, Berlin 1924, S. 13 f.

<sup>111</sup> Jürgen John: *Einleitung zu Quellen zur Geschichte Thüringens. 75 Jahre Freistaat Thüringen. Verfassungen und Gesetze 1920–1995*. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, Erfurt 1995, S. 11.

<sup>112</sup> Die Rechtfertigung und das auch in der Literatur anzutreffende Argument, diese »Gegenreaktion« sei eine verständliche Antwort auf Novemberrevolution und die Gefahr einer »Bolschewisierung« des Landes gewesen, vermag nicht zu überzeugen. In Thüringen hatte es keine der Bayerischen Räterepublik vom Frühjahr 1919 vergleichbare Erscheinung gegeben und auch keine militärischen Auseinandersetzungen wie in Berlin und im Ruhrgebiet, wenn man von der historisch völlig gerechtfertigten Abwehr des Kapp-Putsches absieht. Der Antikommunismus diente in erster Linie als Vehikel im Kampf gegen die Weimarer Republik, die demokratische Verfassung und die mehrheitlich von der Sozialdemokratie geführte Arbeiterbewegung.



Dies bot vor allem den in Thüringen wirkenden nationalistischen, deutsch-völkischen und faschistischen Kräften einen außerordentlich günstigen Nährboden. Während im Reich nur 6,5 Prozent der Wähler für sie votierten, gaben ihnen hier 9,9 Prozent ihre Stimme. Ungefährdet blieb der Spielraum für einen generellen Neubeginn – inhaltlich, taktisch, organisatorisch sowie personell. Was für sie nach dem Scheitern des Münchener Putsches erforderlich zu sein schien, war dank der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen auch möglich: Gesucht wurde nach zeitgemäßen, an den Parlamentarismus angepassten, diesen aber zugleich aushebelnden Auswegen<sup>113</sup> aus eigenen politisch-taktischen Wirren sowie aus den lebhaft betriebenen Streitereien um begehrte Führungspositionen. Zugleich wollte man heraus aus der diversen Vielfalt der von Verboten betroffenen Organisationen und zahlreich neu geschaffener Ersatzformationen. Da wurde gegen »Mischmaschparteien« gewettert, ebenso gegen »kindisches Splitterrichtertum«, gegen das »Streiten um die Frage, wer denn den einzig echten Ring völkischer Gesinnung im Besitz habe«. Und bemängelt wurde das »Überhandnehmen persönlichen Gezänkes«, der »Mangel an Unterordnungsvermögen« sowie »die Sucht jedes dritten Gernegroß, selbst Führer sein zu wollen«. Damit hätten sich leider in den völkischen Kreisen »demokratisierende Tendenzen« verbreitet, die dadurch auf ein »unfruchtbares Geleise« »geschoben« worden seien.<sup>114</sup>

Alles kulminierte in der Frage nach Notwendigkeit und Charakter einer neuen Rechtspartei, unter deren Hut eine große Zahl von Mitgliedern und Wählern besonders aus den Reihen der Arbeiterschaft versammelt werden könnte. Sollte es eine neue »deutschnationale Rechtspartei«, eine »völkische Mittelpartei«, eine »überparteiliche Bewegung« oder eine »nationalsozialistische« sein?

Thüringen erwies sich als ein Gebiet, das für die letztere Variante gute Voraussetzungen bot. Die hier agierenden politischen Parteien standen einander in zwei »Lagern« gegenüber – auf der einen Seite die beiden Arbeiterparteien, die indessen kaum noch zu gemeinsamen Aktionen fähig waren, und auf der anderen Seite sowohl die Parteien der sogenannten

<sup>113</sup> Die in Frankfurt am Main existierende NSDAP-Ersatzorganisation Deutsche Partei erklärte am 01.01.1924 in ihrem Gründungsaufruf: »Der Weg, den wir zu gehen haben, ist hart und schwer. Putsche, Gewalt usw. sind zu verwerfen. Wer den Gegner erkannt hat, muss ihn mit seiner eigenen Kraft schlagen. Diese Waffe ist heute das Parlament. Tod dem Parlament – durch das Parlament!«. Zit. Nach Walther Graef, a. a. O., S. 14.

<sup>114</sup> Walther Graef, a. a. O. S. 9.

Mitte als auch die ausgesprochen rechts orientierten Parteien. Völkische Kreise und die NSDAP konnten sich hier – anders als z. B. in Sachsen<sup>115</sup> – auf das antisemitische und antisozialistische Ressentiment größerer Teile des Bürgertums und der Agrarverbände stützen. Zudem übte ein völkisches Netzwerk von Literaten wie Adolf Bartels u. a. m. starken Einfluss aus. Bei vielen Intellektuellen dominierte ein ausgeprägt nationalistisches Klassik-Verständnis, als Teil einer radikal betriebenen Kulturrevolution von rechts. Sie präsentierte sich zwar nicht direkt als faschistisch, trug jedoch erheblich dazu bei, dass faschistischer Ungeist sich ständig ausbreitete und dass sich nazistische Organisationen stabilisieren konnten.<sup>116</sup> Deren Schwächen, erkennbar in drastisch ausgetragenen Streitereien, wurden mehr oder weniger bewusst übersehen, kaum erkannt und erst recht nicht für eine Stärkung demokratisch-republikanischer Positionen genutzt. Im Gegenteil: Mitte der 1920er-Jahre spielten Antisozialismus und Antikommunismus, zusammengefasst als Anti-»Marxismus« sowie der völkische Antisemitismus eine hilfreiche Rolle als Förderer und Wegbereiter für den deutschen Faschismus.

Was die seit 1928 von Alfred Hugenberg geführte *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) erst im Ringen gegen die Annahme des Young-Planes sowie um den Sturz des Brüning-Kabinetts praktizierte und was mit dem Siegel »Harzburger Front« in die Geschichte einging, wurde in Thüringen bereits in der Mitte der Zwanzigerjahre erprobt. Das Land entwickelte sich neben Bayern zu einer der wichtigsten Regionen für den Nationalsozialismus. Hitler durfte keineswegs ohne Grund hoffen, dass Thüringen, »wie die Dinge liegen, die nationalsozialistische Hochburg Deutschlands« werden könne.<sup>117</sup>

### »Schwinge dich empor, mein deutscher Aar ...«

An der Spitze des Völkisch-Sozialen Blocks und seiner Fraktion im Thüringischen Landtag stand 1924 Artur Dinter, weithin bekannt als Verfasser des 1917 erschienenen, viele Auflagen erfahrenden und oft als sexual-

<sup>115</sup> Karsten Rudolph: Nationalsozialisten in Ministersesseln. Die Machtübernahme der NSDAP und die Länder 1929–1933. In: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995. Hrsg. von Christian Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod, Berlin 1995, S. 251.

<sup>116</sup> Siehe Justus H. Ulbricht: Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900–1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen, a. a. O., S. 49–72.

<sup>117</sup> Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 13.

antisemitisch bewerteten Buches »Die Sünde wider das Blut«. Politisch kam er aus dem *Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund* sowie aus der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich 1922 aus dem rechten Rand der Deutschnationalen Volkspartei herausgelöst hatte. Er stand auch der *Nationalsozialistischen Freiheitspartei* nahe und damit zwischen den Frontlinien, die sich aufgetan hatten unter süd- und norddeutschen Gruppen, unter den an Erich von Ludendorff bzw. an Adolf Hitler orientierten Kreisen sowie unter Personen, die eher deutschvölkische Akzente setzen wollte als eindeutig nationalsozialistische. Allen verschaffte er – Anfang Juli 1924 von Hitler offiziell als Gauleiter der NSDAP in Thüringen ernannt – mehrfach Gelegenheiten, sich in Thüringen zu Parteitag und ähnlichen Veranstaltungen zu treffen und hier zu agieren.<sup>118</sup> Manches gelang ihm beim Versuch, konzeptionelle Differenzen auszuräumen. Doch er selbst geriet mit seinen vorwiegend religiös geprägten Vorstellungen bald in Konflikt mit der Münchener Führung und wurde 1928 aus der NSDAP ausgeschlossen. Auch an seiner Person schieden sich bald jene Geister, die um eigener Vorteile willen nach Belieben jeweils als stärker eingeschätzte Führer hofierten, die um Machtpositionen und Karrieren rangen.

Zunächst stand eng an Dinters Seite auch einer, der aus den deutschvölkischen Reihen kam, am 1. Januar 1923 der NSDAP beitrug und rasch zum Gesicht des Faschismus in Thüringen werden sollte: Fritz Sauckel. Für ihn war Dinter ein fördernder Mentor und Vorgesetzter, bald aber auch ein erbitterter Rivale und Gegner. Seine Entwicklung von einem deutschvölkisch orientierten und lediglich in lokalen Bereichen auftretenden Mann hin zum führenden Faschisten in Thüringen, sein weiterer Weg als Leiter des »NSDAP-Trutzgauen Thüringen« und als »Generalkommissar für den Arbeitsersatz« im Zweiten Weltkrieg (wofür ihn 1946 das Nürnberger Tribunal gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilte) sind in der geschichtswissenschaftlichen Literatur<sup>119</sup> oft beschrieben worden.<sup>120</sup>

<sup>118</sup> Siehe dazu Donald R. Tracy, a. a. O.

<sup>119</sup> Siehe u. a. Steffen Raßloff: Fritz Sauckel. Hitlers »Muster-Gauleiter« und »Sklavenhalter«. Erfurt 2007; Manfred Weißbecker: Fritz Sauckel. »Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen.« In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 1996, S. 297–331; ders., Fritz Sauckel: Die frühen Stationen seines Weges zur Macht. In: Funktionsträger in Staat und Parteien im Entscheidungsjahr 1933. Der 30. Januar 1933 im Spiegel deutscher Biographien. Konferenzbeiträge, Teil 1 (Pankower Vorträge, Heft 114), Berlin 2008, S. 29–38; ders., Epilog: Sauckel in Nürnberg. Ein Charakterbild. In: Willy Schilling: Hitlers Trutzgau. Thüringen im Dritten Reich. Beiträge – Bilder – Dokumente, B. II, Jena 2008, S. 161–178.

<sup>120</sup> Hier seien nur wenige Zitate angeführt, die Sauckels rassistisch-faschistisches Weltbild erhellen. Die Belege enthält der in der vorhergehenden Fußnote genannte Artikel »Epilog«. Unter anderem hieß es am 01.09.1939: »Es geht jetzt um die Vernichtung des britischen Imperiums. Das ist der größte politische Wurf, der je in den letzten Jahrhunderten unternommen worden ist.«; Nach dem Sieg über Polen for-

Hier soll im Folgenden eher die Radikalisierung im Übergang von völkischer zu faschistischer Politik dargestellt werden, erkennbar in Texten, Behauptungen und »Argumenten«, gedacht als Orientierung für die notwendige Auseinandersetzung von Antifaschisten mit nationalistisch-rassistischem Gedankengut aller Art. Grundlage dafür bildet der *Deutsche Aar*, eine Zeitung mit dem Motto vom sich emporschwingenden deutschen Adler, 1924/25 herausgegeben von Fritz Sauckel. Bislang ist diese Quelle in der Literatur kaum bzw. nicht analysiert worden. Dieses Blatt darf als sein Sprachrohr gelten und spiegelt sowohl seine Sicht auf das Geschehen in Deutschland als auch seine Bemühungen um eine Karriere innerhalb der sich gegenseitig bekämpfenden völkischen und faschistischen Gruppen.

Der aus dem unterfränkischen Hassfurt stammende Sauckel hatte zunächst in Schweinfurt und im thüringischen Ilmenau eine Abteilung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes aufgebaut. Als Hitler in München putschte, war er am 10. November 1923 mit 22 Mann nach Coburg gezogen – vergeblich, denn sein Trupp wurde von der Polizei entwaffnet und verhaftet. Am 15. November tauchte er wieder in Ilmenau auf und gründete hier eine neue Organisation, die keinerlei Bedeutung erlangte. Ihr Name *Bund Teja* erwuchs aus der Vorstellung, dass es trotz der Niederlage in München und Coburg gelte, nun den »Führern«, vor allem Ludendorff und Hitler die Treue zu halten, ähnlich wie diese einst dem letzten »König der edlen Goten« gehalten worden sei. Offensichtlich hatte er den Kampf-um-Rom-Roman von Felix Dahn gelesen, wohl auch verinnerlicht. Er kannte wohl auch den Zukunftsroman »Der Abgrund. Bilder aus der deutschen Dämmerung«, den Thomas Westerich 1914 unter dem Pseudonym Graf Teja veröffentlicht hatte. Darin war gewarnt worden, es werde sich bis zum Jahr 2106 ein schlimmer Zustand eingestellt haben. Dann aber werde »endlich« ein neuer Herrscher auferstehen. Dieser werde Schluss machen mit dem »Materialismus einer fremdstämmigen Goldherrschaft«, mit dem »beängstigten Zerfall des Deutschtums«, mit »Entartung und Rassenschande, Rassenentartung und Verblödung« sowie mit der Absicht eines slawischen Herrschers, »ganz West-Europa niederzurennen«.<sup>121</sup>

mulierte er: Es dürfe in der Welt »keine andere Autorität mehr geben [...]. Die deutsche Autorität muss für Jahrtausende Gültigkeit haben.«; Am 31.12.1943 äußerte er: »Wir bekennen uns zur totalen Vernichtung des Judentums in Europa [...] Das müssen wir nun endlich unserem Volke sagen, rückhaltlos und offen. Erbarmen ist falsch.« Als Fazit bleibt nur zu sagen, dass Sauckel mit seinen Auffassungen und Taten das verkörperte, was als Normaltyp eines von ausgeprägt nationalistisch-rassistischen Wirtschafts- und Herrschaftsinteressen geleiteten, alle Grenzen von Humanismus und Völkerrecht missachtenden Faschisten zu bezeichnen ist.

<sup>121</sup> Siehe dazu Claus Ritter: Start nach Utopolis. Eine Zukunftsnostalgie, Berlin (Ost) 1979, S. 289–304.

Für Sauckel stand wahrscheinlich von Anfang an fest, dass etwas getan werden müsse, um nicht den befürchteten Abgrund zu erleben. Es gelte, »unwahre und ehrgeizige Kreaturen« zu meiden und »pfäffische Ränke« zu verachten.<sup>122</sup> Daher folgte der Versuch, in Ilmenau noch eine andere SA-Ersatzorganisation mit dem Namen *Deutscher Wanderverein* zu schaffen. Es gelang ihm auch bald, eine relativ große Ortsgruppe der NSDAP aufzubauen, die 80 Mitglieder umfasst haben soll.<sup>123</sup> Rechter Zeitgeist bestimmte sein Weltbild. Alle Probleme sah er entstanden aus Kriegsniederlage und Untergang der Monarchie, aus dem Wirken von Parlamentarismus und Demokratie. Zu kämpfen sei gegen »Novemberverbrecher« und die »Judenrepublik«.<sup>124</sup> Nie wollte er über die (allem Rechtsextremismus eigenen) vereinfachenden und fraglos-behauptenden Schemata hinausgehen. Immer war er jedoch bereit, gewaltbereit und heldenhaft dem erwünschtem »nationalen Messias«<sup>125</sup> zu dienen.

Für Sauckel begann im Frühjahr 1924, gescheitert als Student am Thüringischen Technikum für Maschinenbau und Elektro, der Weg in ein eigenständiges politisches Wirken. Politik geriet ihm zum Lebensinhalt. Dabei stützte er sich auch auf jene alldeutsch-antisemitischen und völkisch-rassistischen Kräfte, die in Thüringen über starke Traditionen und Bastionen verfügten. Er versuchte, sich in das Netzwerk von Deutschtümelei, völkischer Radikalität, christlich-germanischer Religiosität und vehementem Antisemitismus einzuordnen und es für sich zu nutzen. Er, der nach eigenem Bekunden weder Matrose noch Arbeiter hatte sein wollen, strebte nach einer quasi hauptamtlichen Tätigkeit in seinem Umfeld. Früh hatte er sich geistig für die Ideen und die Politik völkisch-rassistischer und nationalsozialistisch geprägter Verbände entschieden, früh seine weltanschaulichen Auffassungen denen angeglichen, die mit Gewalt alle Ergebnisse sowohl des Ersten Weltkrieges als auch der Novemberrevolution revidieren wollten. Nachdem in Deutschland die Zeit revolutionärer Auseinandersetzungen und ebenso die katastrophale Hyperinflation überwunden, nachdem konservative »Herzemonarchisten« als »Vernunftrepublikaner« erneut zu politischer Mächtigkeit gelangt waren, schienen die gewandelten Verhältnisse ihm persönlichen Erfolg zu verheißen. Sich den jeweils dominierenden Führungspersonen andienend, griff er energiegeladen nach

<sup>122</sup> Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), NSDAP-Gauleitung, Bd.1, Bl. 27f.

<sup>123</sup> Siehe Donald R. Tracy, a. a. O., S. 51.

<sup>124</sup> Raßloff, a. a. O. S. 19.

<sup>125</sup> Ebenda, S. 31.

allen Chancen. Fintenreich nutzte er jene Möglichkeiten, die ihm und seinesgleichen vor allem das Land Thüringen in Hülle und Fülle bot. Was sich hier auch für die weitere Entwicklung in Deutschland äußerst verhängnisvoll auswirken sollte, erwies sich von großem Nutzen sowohl für Leute seines Schlages, als auch für die Entfaltung des deutschen Faschismus.

### **Publizist wider »dunkle Mächte«, für »Hass, Hass und wieder Hass«**

Den ersten größeren Schritt auf dem Weg in die Führungskreise der NSDAP ging Sauckel mit einem publizistischen Projekt. Unter seiner Geschäftsführung erschien am 15. März 1924 in Ilmenau die erste Ausgabe des *Deutschen Aar*. Der Untertitel las sich etwas bescheidener und lehnte sich an das verbotene Zentralorgan der NSDAP an: *Thüringerwald-Beobachter*. Zusätzlich trug die Zeitung die Bezeichnung »Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit«. Bewusst wählte er für den Monatsnamen die altdeutsche, schon im 19. Jahrhundert aus der Mode gekommene Bezeichnung »Lenzing«, die nicht mehr von allen Völkischen verwendet wurde. Triumphierend kündete die erste Seite von den Aktivitäten der völkischen Abgeordneten im neuen Landtag, verbunden mit einer Attacke gegen die »Unzulänglichkeiten des Parlaments«. Dieses würde nicht genug unternehmen, um »Hass und Totschlag infolge der marxistischen Hetze« zu bekämpfen. Im Vordergrund stand die Forderung, alle Beamten zu entlassen, die seit dem 9. November 1918 »lediglich auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit« zu Amt und Würden gekommen wären.

Am Ende seines von allerlei Verkündigungen strotzenden Artikels »Aus Nacht zum Licht« formulierte Sauckel in der ersten Ausgabe seines Blattes: »Nun schwinde dich empor, mein [sic!] deutscher Aar und künde, dass deutsches Blut über den Mammon zu künden vermag, der Held über den Händler. Siegreich bricht die Sonne durchs winterliche Gewölk, die düsteren schweren Schwaden über der deutschen Erde sinken. Strahlend verkündet die aufgehende Sonne das Nahen eines neuen Lenzes. Das Hakenkreuz, das Symbol aufgehender Sonne, ist unser Feldzeichen. Alldeutschland ist erwacht! Es lebe das nationale, soziale Groß-Deutschland!«. Salbungsvoll und pathetisch in Ausdruck und Stil zielte jede Formulierung einerseits auf das Verstärken vorhandener Aversionen und andererseits auf eine Verherrlichung des Ringens um imaginäre Ziele.

Viele seiner Artikel richteten sich gegen »dunkle Mächte«. Gemeint waren damit »„in allererster Linie die drei großen internationalen Gebilde des Ultramontanismus, der Weltfreimaurer und der Marxisten«. Alle seien geschworene Feinde deutscher Kultur und Freiheit. An der Spitze des Freimaurertums stünde »das machtgierigste und rücksichtsloseste Volk der Erde, das Judentum«. Zu diesen völlig im Völkischen verhafteten Gedanken passte die theatralische Lobpreisung des Feldherrn Ludendorff. Ohne Hitler zu erwähnen hieß es, Männer wie der General müssten in Deutschland gewählt werden, weil sie »frei sind von den Wahnideen des Weltbürgertums und unabhängig von den dunklen Machtbestrebungen romanischen Geistes«<sup>126</sup>. Erst sein nächster Artikel, betitelt »Volk und Arbeit im Lichte des völkischen Gedankens«, endete mit einem Heilgruß sowohl für Ludendorff als auch für Hitler, galt in der Hauptsache aber einer relativ allgemein gehaltenen Aussage, dass das deutsche Volk sich nach einem »Führer« sehne. Aus solcher Sehnsucht werde die »große deutsche Volksgemeinschaft geboren«, die indessen nicht ohne die Volksmassen, nicht ohne »die Schichten der arbeitenden werktätigen Bevölkerung« zustande komme.

Sich deutlich an Dinter anlehnend schrieb Sauckel auch zum Thema »Karfreitag. Christen an die Juden«. Seine religiös verkleideten Ausfälle galten dem Judentum und der Bekundung eines fernen Sieges über dieses: Der Karfreitag bedeute eine »Kampfansage gegen die Mächte des Niedersinns, des Eigennutzes, der brutalen Vergewaltigung«. Es sei bestimmt zu glauben, »dass nach dem göttlichen Willen der Weg des arischen Menschen aufwärts geht dem ewigen Licht entgegen, dass der deutsche Geist und mit ihm der deutsche Mensch auferstehen wird zu neuem lichtvollerem Geistesleben, siegreich auferstehen soll wie Christus nach Überwindung allen Leidens«<sup>127</sup>.

Der Artikel »Die Schuld«, erschienen in der 14. Folge, richtete sich gegen jene deutschen Politiker, die dem Friedensvertrag von Versailles zugestimmt hätten und nun auch den die Reparationsfragen betreffenden Dawes-Plan akzeptieren würden. In ähnlicher Weise polemisierte er in der 18. Folge unter dem Titel »Sklaven« gegen die Verräter an den »elementarsten Lebensnotwendigkeiten« des deutschen Volkes. Daher hätte deren

<sup>126</sup> Deutscher Aar, 2. Folge vom 22. Lenzing (März) 1924, S. 2.

<sup>127</sup> Deutscher Aar, 8./9. Folge vom 18. Ostermond (April) 1924, S. 2.

Mehrheit »in leichtfertiger und träumerischer Weise den törichten und wohlfeilen Versprechungen seiner inneren und äußeren Feinde mehr Glauben geschenkt« als den nationalsozialistischen und völkischen Warnungen. Verwirrung und Unwahrhaftigkeit würden im Volk vorherrschen, was »im Prinzip des Parlamentarismus zu liegen scheint«.<sup>128</sup>

Die 28. Folge vom 28. Juni 1924 nutzte Sauckel für einen persönlichen Appell »An alle Deutschen!«. Dieser liest sich wie eine Zusammenfassung aller nationalistisch-völkischen Erzählungen, neudeutsch: aller rechtsextremen Narrative: »Unwürdig unserem Volk lastet das Schuldbekennnis feiger Selbstbeichtigung auf uns. Schmachvoll brennt die Scham erbärmlicher Selbstverleugnung. Wie ein entfesseltes Heer von Dämonen quält die Schuldflüge die Seele unseres Volkes. Ein grausames Schicksal macht die Ungeborenen, die deutscher Art sein werden, zu Sklaven einer verbastardeten Menschheitsfurie, zwingt die Lebenden zu entehrender Fron, setzt uns immer neue Sklaventreiber und Spione auf den Hals, entehrt uns, raubt uns Stolz und Kraft, stürzt Altäre und Heiligtümer deutschen Volkstums. Darum Männer und Frauen, die ihr Euch noch Deutsche nennt, gleich welcher Richtung, wenn ihr nur ein deutsches Sehnen eures Blutes spürt, seid einmal Deutsch! Vergesst das Kleinliche, Partei und Bund! Lasst einmal Eure Herzen zusammenschlagen, lasst einmal zu gewaltiger Flamme Eure gemeinsame Begeisterung emporlodern, dann Sturmbanner weht und Sturmbanner braust, dann Heil zur deutschen Tat!«<sup>129</sup>

Den hier zitierten Passagen aus Sauckels Auslassungen kann entnommen werden, wie er sich ungebärdig aller Floskeln und Gemeinplätze bediente, die seit vielen Jahrzehnten im Lager der Völkischen verwendet worden sind (und immer wieder verwendet werden!). Da ist kaum ein eigener Stil erkennbar. In seinen Formulierungen steckte keinerlei Schliff, verbale Entgleisungen tauchten massenhaft auf, ebenso orthografische Fehler. Schwulstige Überhöhungen, hohle Phrasen und begrenzter Wortschatz kennzeichnen seine Äußerungen ebenso wie die häufige Verwendung unerläuterter Schlagwörter. Immer wieder tönten seine Artikel von den Schandtaten, die Juden, Freimaurer, Marxisten und Bolschewiki sowie Mammonisten des In- und Auslands vollbracht haben sollen. Immer wieder

<sup>128</sup> Deutscher Aar, 18. Folge vom 21. Wonnemond (Mai) 1924, S. 1.

<sup>129</sup> Deutscher Aar, Thüringerwald-Beobachter. Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit, Folge 28 v. 28. Brachet (Juni) 1924, S. 1.



applaudierte er »heldenhaften Führern« und beschwor die »Volksgemeinschaft« der arischen Deutschen. Als der Leitspruch für seine Autoren sollte gelten: »Stolz, Wille, Trotz, Hass, Hass und wieder Hass!«<sup>130</sup>

Zudem machte sich auch im Sprachlichen bemerkbar, wie Sauckel zwischen den unterschiedlichen Strömungen des damaligen Rechtsextremismus zu taktieren versuchte, je nach Situation und persönlichem Interesse. Insgesamt überwog noch der Duktus des Völkischen, in das sich jedoch zugleich recht deutliche Sympathiebekundungen für die verbotene NSDAP und für den zur Festungshaft verurteilten Hitler mischten. Er ließ daher in seiner Zeitung viele Autoren unterschiedlicher Positionen zu Wort kommen, bekannte und unbekannte völkische Schreiberlinge. Nur wenige stammten aus Thüringen oder hatten hier ihre politische Heimat gefunden. Dinters Reden erschienen regelmäßig in Berichten aus dem Thüringer Landtag oder in Artikeln anderer Abgeordneter, so von Franz Stöhr und Julius Pölkow. Immer wieder durften sich August Abel, Otto Friedrich Beck, Erich Limpach, Alfred Seeliger und Wilhelm Wedell äußern. Unter dem Pseudonym Roderich-Stoltenheim publizierte Theodor Fritsch, der Verfasser des bekannten und in vielen Auflagen erschienenen Handbuchs zur Judenfrage. In Fortsetzungsserien erschienen »Der Feind im Land. Spiegelbilder aus deutscher Not und Schmach«, verfasst von Adolf Viktor von Körber, »[Gedenke,] ... dass du ein Deutscher bist!« von Otto Eicke und »Der Erlöser-Kaiser. Eine Erzählung von Deutschlands Zukunft und von seiner Wiedergeburt« von Adolf Reinecke.

Insgesamt schrieben in dem einen Jahr des Bestehens des Blattes rund 50 Autoren. Darunter war allerdings kaum einer, der zu der von Alfred Rosenberg im Auftrag Hitlers geleiteten NSDAP-Ersatzorganisation *Großdeutsche Volksgemeinschaft* gehörte. Zwar gab es den Nachdruck von Artikeln aus deren Blatt *Großdeutsche Zeitung*, aber weder Hermann Esser noch Rudolf Buttman und selbst Rosenberg kamen zu Wort. Selbst als später im Jahr der *Deutsche Aar* Kommentare von Rosenberg zu einzelnen Punkten des 1920 verkündeten Parteiprogramms der NSDAP veröffentlichte, fehlte dessen Name.

<sup>130</sup> *Deutscher Aar*, Folge 29 vom 2. Heumond (Juli) 1924.

## Programmatisches und Pragmatisches

Der ab April 1924 zweimal in der Woche erscheinende *Deutsche Aar* bot vor allem jenen völkischen Organisationen aus Nord- und aus Süddeutschland Schützenhilfe, die sich an den für den 4. Mai 1924 angesetzten Neuwahlen des Reichstages beteiligen wollten und sich auf Reichsebene am 30. März für die Bildung des Völkisch-Sozialen Blocks entschlossen. Obgleich es in der NSDAP ebenso wie in der Großdeutschen Volksgemeinschaft erhebliche Auseinandersetzungen um die Frage gab, ob man sich überhaupt an Wahlen beteiligen sollte oder nicht, scheint sich Sauckel eindeutig für den Schritt in die Parlamente entschieden zu haben; nicht in einer der von ihm verfassten Zeilen tauchen Bedenken und Zweifel auf.

Sauckel veröffentlichte im Streit um neue Ziele – ohne die Verfasser zu benennen – ein »Staats- und Wirtschaftsprogramm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei«. Es umfasste 39 Punkte, gegliedert in sieben jeweils »Grundsätze« verkündende Abschnitte. Als Ziel wies es sehr allgemein »Deutschlands Wiedergeburt in deutschem Geist zu deutscher Freiheit« aus. Zahlreiche Formulierungen entstammten dem bekannten 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahre 1920, mitunter deutlich und nicht nur in sprachlicher Hinsicht variierend. So enthielten die einleitenden staatspolitischen Grundsätze nicht die Forderung nach einem »Großdeutschland aller Deutschen«, auch nicht die nach Landerwerb und Kolonien, womit – gleichsam als Paukenschlag – das 1920er-Programm eingeleitet worden war. Man sprach etwas gemäßiger vom Deutschen Reich als der »Heimat der Deutschen« und davon, dass im Ausland die deutschen Interessen »kraftvoll« zu vertreten seien. Indessen klangen die rassistisch-antisemitischen Forderungen recht drastisch und fassten zusammen, was in den Punkten vier und fünf sowie sieben und acht des ursprünglichen Programms fixiert worden war. Stets war nun in engem Zusammenhang von Juden und Nichtdeutschen die Rede, die aus allen öffentlichen Ämtern auszuschneiden wären. Neu war die Formulierung, dass nicht nur alle Zuwanderung von »Ostjuden«, sondern auch die von anderen »parasitären Ausländern« zu unterbinden sei.

Die grundsätzliche Anerkennung des Privateigentums sah sich verknüpft mit dem wirtschaftspolitischen Grundsatz der »Bedarfsdeckung«, was dem Prinzip einer »möglichst hohen Rentabilität für das Leihkapital« gegenübergestellt wurde. Alle Deutschen sollten eine »Werkgemeinschaft zur

Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur« bilden. Wucherer und Schieber seien mit dem Tode zu bestrafen. Im Punkt 13 hieß es: »Riesetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden bekämpft«, was die ursprüngliche Forderung nach deren Verstaatlichung erheblich abmilderte. In den finanz- und sozialpolitischen Grundsätzen dominierten die Parole »Brechung der Zinsknechtschaft« sowie die Erklärung, das Allgemeinwohl sei »das oberste Gesetz«. Gefordert wurden jedoch neben einer Währungsreform auch eine Steuerreform sowie die »Verstaatlichung der Reichsbank AG und der Notenbanken«. Das Wort »Bodenreform«, 1920 im 25-Punkte-Programm der Partei sehr nachdrücklich verwendet, tauchte hier nicht auf.<sup>131</sup> Gefordert wurde nur eine Reform des Bodenrechts; vielleicht das deutlichste Zeichen nationalsozialistischer Zugeständnisse an die Völkischen. Im Gegensatz zu der recht allgemeinen Formulierung von 1920 nach einer »Gewinnbeteiligung an Großbetrieben« war 1924 als Punkt 13 zu lesen: »Beteiligung aller an produktiven Unternehmungen Beschäftigten je nach Leistung und Alter an den Erträgen des Werkes unter gleichzeitiger Mitverantwortlichkeit für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Werkes.«

Im Teil, der sich den kulturpolitischen Grundsätzen widmete, standen sehr unverbindliche und bei fast allen anderen Parteien anzutreffende auf Wohlklang zielende Sätze; lediglich in Punkt 30 klangen rassistische Momente an, dass »alle schädlichen Einflüsse in Schrifttum und Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel« unterdrückt werden sollten. In den militärpolitischen Punkten ließ sich kein Unterschied zum Parteiprogramm von 1920 erkennen, wohl aber in der Forderung nach einer »Justizreform« und einer »Reform des Wahlrechtes«, durch die die »jetzt korrumpierenden Formen des Wahlkampfes« auszuschalten seien. Ohne konkret zu werden, sollte schließlich auch der Staat reformiert werden. Die künftige Staatsform solle dem »deutschen Wesen« gemäß sein, also eine »oberste Spitze« ausweisen, ob diese »durch einen vom Volk zu wählenden Monarchen besetzt wird oder durch zwei oder drei verantwortliche höchste Reichsbeamte, muss späterer Volksabstimmung überlassen bleiben«.

In den Erläuterungen zu den 39 Punkten des »Staats- und Wirtschaftsprogramm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei« wurde im

<sup>131</sup> Das Fehlen blieb offenbar nicht unbemerkt: In der 41. Folge vom 10. September 1924 fanden die Leser dann eine eigenständige Beilage unter dem Titel »Völkische Bodenreform«.

*Deutschen Aar* prononciert von drei Gegnern gesprochen: Als erstes wurde der Marxismus genannt, als zweites der Parlamentarismus und »beiden übergeordnet das Großleihkapital«. Hinsichtlich der Differenzen zwischen der NSDAP und den Völkischen hieß es: »Der Nationalsozialismus erblickt wie der Antisemitismus im jüdisch-materialistischen Geist die Haupt-Wurzel des Übels, er weiß aber auch, dass dieser gewaltige Kampf nicht bei rein negativen antisemitischen Forderungen stehen bleiben darf, deshalb erhebt sich das gesamte Staats- und Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus weit über den zwar grundlegenden, aber negativen antisemitischen Kampf, indem er positiv ein schöpferisch aufbauendes Bild davon gibt, wie der nationalsozialistische Staat der Arbeit und Leistung aussehen soll.«<sup>132</sup>

### Für das Ankommen der Völkischen im deutschen Faschismus

Wie sehr sich die politischen Verhältnisse im Land Thüringen zugunsten der rechtsten Kräfte im Spektrum politischer Parteien auswirkten, wiesen auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 aus. Nahezu zwei Millionen Wähler entschieden sich für die Liste des Völkisch-Sozialen Blocks. Für ihn zogen 32 Abgeordnete in den Reichstag ein, darunter zehn Nationalsozialisten; als Vertreter der Thüringer galt Franz Stöhr, ein Völkischer, mit dem der Nationalsozialist Dinter zuvor vergeblich um die Aufnahme in die Kandidatenliste gerungen hatte. Mit dem Wahlergebnis konnten die Völkischen und ihre konkurrierenden Partner der NSDAP durchaus zufrieden sein: Für sie hatten in Mecklenburg 20,8 Prozent, in Franken 20,7 Prozent, in Oberbayern-Schwaben 17 Prozent der Wähler votiert. Im Reichsdurchschnitt waren nur 6,5 Prozent erreicht worden.

Die Ergebnisse im Land Thüringen übertrafen diese jedoch. Hier hatten sich 84 893 Wähler (10,5 %), in den preußischen Gebieten Thüringens 8,4 Prozent für den vsb entschieden. Entsprechend groß geriet der Jubel in Sauckels Zeitung, die sich in den nächsten Folgen regelrecht als ein Verlautbarungsorgan der vsb-Fraktionen in Reichs- und Landtag erwies. Zudem häuften sich Beiträge zum internationalen Geschehen, wobei vor allem die französische Politik attackiert wurde. Berichte über Aktivitäten der völkischen

<sup>132</sup> *Deutscher Aar*, Folge 5 vom 5. Ostermond (April) 1924, S. 1f.



schen Gruppen vor Ort spielten eine untergeordnete Rolle. Von Freude und mit Genugtuung erfüllte Kommentare galten der Entstehung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, die für Thüringen als Vereinigung von NSDAP und Deutschvölkischer Freiheitspartei innerhalb der Landtagsfraktion dargestellt wurde.<sup>133</sup> Das Gesicht des Blattes zeigte in dieser Zeit ein völlig anderes, als es jene Selbstdarstellung angekündigt hatte: Nach der Wahl, so war vorausgesagt worden, habe der *Deutsche Aar* eine seiner Aufgaben erfüllt und solle nunmehr das »Bindeglied zwischen den Führern und Anhängern der Völkischen Bewegung in hiesiger Gegend sein«<sup>134</sup>.

Sauckel sah sich direkt in den Streit eingebunden, der 1924 mit großer Heftigkeit zwischen den Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP und den völkischen Gruppen um die Deutschvölkische Freiheitspartei entbrannt war und sich auch nach der Reichstagswahl vom 4. Mai fortsetzte. Er taktierte nicht ungeschickt, gab stets seine pro-nationalsozialistische Haltung zu erkennen, bot aber in seiner Zeitung oftmals den anderen außerordentlich breiten, ja sogar größeren Raum. Darüber täuschte auch nicht hinweg, dass jede Gelegenheit genutzt wurde, um Hitler ins Spiel zu bringen. So entbot das Blatt diesem zum Geburtstag einen »tausendfältigen Heilgruß«, schwor aber zugleich Treue auch für Ludendorff. Ähnlich klang ein Wahlauf Ruf, der sich zwar hauptsächlich gegen den Parlamentarismus und das Parteienwesen der Weimarer Republik richtete, den »Talmi der Parteien von rechts bis links« verurteilte und nachdrücklich forderte: »Weg mit den Parteien«, aber ansonsten die »deutsche Treue« personifizierte: Hoch leben sollten Adolf Hitler, General Ludendorff und ebenso Albrecht von Graefe, der die Deutschvölkische Freiheitspartei repräsentierte. Rechtfertigend hieß es: »Nicht, weil wir die Personen verherrlichen, nicht damit der Personenkult neue Blüten treibt. Nein, sondern deshalb, weil sie als deutsche Männer, rein, untadelhaft und von grenzenloser Liebe beseelt zum deutschen Volk, Hass, Verleumdung und Verfolgung auf sich genommen haben.«<sup>135</sup>

Die Gemeinsamkeit der Völkischen hielt indessen nicht lange vor. Sauckel wagte einen Vorstoß zu Gunsten der NSDAP, als er am 2. Juli 1924 zusammen mit Willy Marschler – auch er gehörte zur Ortsgruppe der Partei in Ilmenau – in großer Aufmachung bekannt gab, dass der Untertitel des

<sup>133</sup> *Deutscher Aar*, Folge 18 vom 21. Wonnemond (Mai) 1924.

<sup>134</sup> *Deutscher Aar*, Folge 14 vom 7. Wonnemond (Mai) 1924, S. 1.

<sup>135</sup> *Deutscher Aar*, Folge 8/9 vom 18. Ostermond (April) 1924.

Blattes künftig »Kampfblatt der Nationalsozialisten Deutschlands« lauten werde. Der *Deutsche Aar* verstehe sich »als Organ der Anhängerschaft Adolf Hitlers« und sei von nun an über das gesamte Reichsgebiet verbreitet. In aller Stille und unter schwierigsten Verhältnissen, so hieß es in der folgenden Ausgabe, habe die Zeitung im Thüringer Wald seinen Horst gebaut: »Heute endlich ist es ihm möglich, als Kampfblatt der Nationalsozialisten seinen Flug ins weite deutsche Reich anzuheben.« Noch einmal wurde versichert, man vertrete »auf das strengste die Politik Adolf Hitlers«<sup>136</sup> Eifrig erläuterte das Blatt in Appellen, Aufrufen und Artikeln, was es heißen würde, ein Nationalsozialist zu sein. Dieser habe »mit fanatischer Liebe und unermüdlichem Eifer nur dieses eine Ziel im Auge zu haben, hinweg mit dem Klassenhass! Hinweg mit dem volkstötenden Ausbeutungssystem der Trusts und Wucherbörsen!«. Notwendig sei der Zusammenschluss zur »deutschen Volksgemeinschaft«.<sup>137</sup>

Großspurig hatten Sauckel und Marschler auch angekündigt, jede Folge des *Deutschen Aar* würde im Kopf das Bild Hitlers zeigen. Darauf warteten die Leser jedoch vergeblich. Stattdessen gab es relativ kleinformatige Annoncen »Heraus mit Hitler!«. Doch als Hitler am 7. Juli 1924 bekannt gab, er lege die Führung der NSDAP nieder, geriet Sauckel in Erklärungsnot. Den Rücktritt als geschickten Schachzug zu erkennen, mit dem Hitler sich aus dem Streit der einander befehrenden Gruppen heraushielt und die Rolle eines über den Kombattanten stehenden »Schiedsrichters« vortäuschte, war Sauckel nicht möglich. Der Führer habe sich »zur großen Andacht begeben«, hieß es daher recht lakonisch.<sup>138</sup> Erst nach mehreren Wochen setzte er im Zusammenhang mit dem Deutschen Tag der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in Weimar, der vom 15. bis 17. August 1924 stattfand, ein Bild von Hitler auf die erste Seite. Jedoch: Neben dem des »Führers« prangte auch das des »Schutzherren« Ludendorff. Die Zeitung wolle »unseren guten Führern ein Sprachrohr« sein, was mit der abschließenden Beschwörung einherging: »Seid einig! Einig! Einig!«

In derselben Ausgabe füllte Sauckel die achte Seite erneut mit einer weiteren Erklärung zu den Zielen seines Blattes, und war dabei auf die Wahrung gemeinsamer Positionen von Nationalsozialisten und Völkischen bedacht: Es gelte, »dem deutschen Volke die Grundlagen des nationalen Sozialismus zu übermitteln, ihm die erhabenen [sic!] Ziele der völkischen Bewegung zu

<sup>136</sup> *Deutscher Aar*, Folge 30 vom 5. Heumond (Juli) 1924.

<sup>137</sup> *Deutscher Aar*, Folge 31 vom 9. Heumond (Juli), S. 4.

<sup>138</sup> *Deutscher Aar*, Folge 32 vom 12. Heumond (Juli), S. 1.

zeigen, deutscher Sitte und deutschem Wesen wieder Geltung zu verschaffen«. Und wieder einmal hieß es: »Sein Kampf gilt vor allem dem schwarzrot-goldenen Marxismus, dem Materialismus, die sich wie ein ekles Gewürm in unser Volk eingeschlichen haben. Sein Kampf gilt dem jüdischen internationalen Freimaurertum und all den finsternen Mächten, die unser Volksleben vergiften.«<sup>139</sup> Dass es am 20. Juli ein Treffen von etwa 80 Nationalsozialisten in Weimar gegeben hatte und dort, initiiert von Rosenberg, gegen eine Fusion von NSDAP und DVFP entschieden worden war, ist Sauckel keine Mitteilung wert gewesen; möglicherweise war er als Ilmenauer Bezirksleiter bzw. als Verfechter der Idee eines Zusammenschlusses der beiden Parteien zu dieser Zusammenkunft nicht eingeladen worden.

Auch in den folgenden Ausgaben des *Deutschen Aar* dominierte das Streben nach einem politischen Zusammenwirken von Völkischen und Nationalsozialisten. Berichtet wurde regelmäßig in der Rubrik »Aus dem politischen Hexenkessel« über innen- und außenpolitische Aktionen sowie über die Schandtaten der »Schwarzen« und der Deutschnationalen. Nachrichten aus Thüringen rückten eher in den Hintergrund. Öfter erschienen solche über Aktivitäten völkischer Verbände in Franken und anderen Teilen Bayerns. Es überwogen Selbstbeweihräucherung und deftige antiparlamentarische Parteienschele: »Wir vertreten nicht wie der Hauptteil der Deutschnationalen den Großgrundbesitz, nicht wie die Volkspartei, Demokraten und Zentrum das Industrie- und Leihkapital, oder den päpstlichen Glaubenskapitalismus und geistliche Weltherrschaft; wir sind nicht wie die Marxisten getreue Schattenbilder der herrschenden Form, sondern wir Völkischen haben uns auf die deutsche Seele besonnen [...]«<sup>140</sup> In mehreren Ausgaben wurden einzelne Punkte des Parteiprogramms in der Fassung von 1924 ausführlich kommentiert. Die Texte waren einer Broschüre Alfred Rosenbergs entnommen, jedoch wieder, ohne den Verfasser beim Namen zu nennen.<sup>141</sup>

Sowohl die Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 als auch das für die Nationalsozialistische Freiheitspartei niederschmetternde Ergebnis spielten im *Deutschen Aar* kaum eine Rolle, wohl aber für den Herausgeber. Offensichtlich scheiterte der Versuch, einen eigenen Sauckel-Verlag ins Leben zu rufen; nur ein einziges Mal tauchte dieser als Heraus-

<sup>139</sup> *Deutscher Aar*, Folge 37/38 vom 5. August 1924, S. 1.

<sup>140</sup> *Deutscher Aar*, 42. Folge vom 13. September 1924, S. 1f.

<sup>141</sup> Siehe Alfred Rosenberg: *Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP*, München 1922.

geber auf. Finanzielle Schwierigkeiten veranlassten schließlich den stillschweigenden Übergang zu einer einzigen Ausgabe in der Woche, nachdem noch am 5. Oktober vollmundig angekündigt worden war, in Kürze könne der *Deutsche Aar* zu einer Tageszeitung umgestaltet werden. Im November erschien drei Wochen lang sogar keine Ausgabe, was sich zwischen Weihnachten 1924 und Mitte Januar 1925 wiederholte. Auch die Verwendung eigener, vielleicht sogar familiärer Ersparnisse konnte das Blatt nicht retten.<sup>142</sup> Unklar bleibt ohnehin, wie dieses Unternehmen finanziert worden ist, aber auch, wovon Sauckel damals überhaupt seinen Lebensunterhalt bestritt. Doch neben fehlenden Geldern machte es dem Herausgeber im Herbst 1924 sicher auch die mehrfach geforderte und angekündigte Freilassung Hitlers schwer, weiterhin so vorrangig auf das Thema »Gemeinsamkeit« zwischen Völkischen und Nationalsozialisten zu setzen. Seine Zeitung erschien zwar am 6. November als besonderes Blatt zur Reichstagswahl, benannte aber weder Kandidaten noch Vorgaben für das Wahlverhalten der Leser. Stattdessen wurde ausführlich der »Toten vom 9. November 1923« gedacht und die »Sendung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitlers« herausgestellt.

Nach der Wahl klang es wie das bekannte Pfeifen ängstlicher Wanderer im dunklen Wald, als Sauckel den anmaßend-prahlerischen Satz formulierte: »Deutschland hat den Weg der Zukunft bereits festen Fußes beschritten.«<sup>143</sup> Das musste nicht unbedingt als Bekenntnis zu einem eigenständigen Vorgehen der NSDAP verstanden werden, denn er sprach sich erneut – vermutlich in Unkenntnis des von Hitler geplanten weiteren Vorgehens – für den bisherigen Weg aus. Das war deutlich, wenngleich er eine für ihn neue Vokabel verwendete: In Hitler sei zwar der »berufene Führer der deutschen Bewegung überhaupt« zu sehen. Jedoch sei es aber auch notwendig, »den ehrlichen vaterländischen Gedanken, wo und in welcher Form er nur immer auftreten wird, zu fördern«. Es gehe um den Gegensatz von »national und international«, um Marxismus oder Anti-Marxismus. Aus diesem Grunde lehne er »jeglichen Meinungsstreit innerhalb der vaterländischen Front ab.«<sup>144</sup> Ende Januar 1925 ließ er einen groß aufgemachten Appell drucken, Ludendorff die Treue zu halten, da ihm zu verdanken sei, dass es »überhaupt noch eine völkische Bewegung gibt«<sup>145</sup>.

<sup>142</sup> ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 105.

<sup>143</sup> *Deutscher Aar*, 60. Folge vom 12. Dezember 1924, S. 2.

<sup>144</sup> *Deutscher Aar*, 1. Folge vom 14. Januar 1925, S. 1. Hervorhebung durch den Verfasser.

<sup>145</sup> *Deutscher Aar*, 4. Folge vom 31. Januar 1925, S. 1–2.

Die letzten Folgen des Sauckel'schen Blattes erschienen am 21. und 27. Februar sowie am 15. März 1925, nachdem mit der am 16. Februar in Bayern erfolgten Aufhebung des Ausnahmezustandes auch das Verbot der NSDAP und ihres zentralen Kampfblattes zu den Akten gelegt worden war. Ihr Motto: »Hitler treu ergeben«. Ihr Inhalt beschränkte sich auf Berichte über die »Neuaufstellung« der Partei aus dem am 26. Februar erstmals wieder erschienenen *Völkischen Beobachter*. Der letzten Ausgabe des *Deutschen Aar* verlieh Sauckel noch einmal einen neuen, relativ allgemein und auch etwas ungewöhnlich klingenden Untertitel »Nationalsozialistisches Kampfblatt für deutschen Idealismus und deutsche Weltanschauung«. Das Bemühen, seine Zeitung zu retten, war unverkennbar zwiespältig. Einerseits empfahl er seinen Lesern, nunmehr auch den wiedererscheinenden *Völkischen Beobachter* zu lesen, zugleich forderte er aber – den ersten Jahrestag des Erscheinens seiner Zeitung bejubelnd – dazu auf, dass die »kleine nationalsozialistische Provinzpresse« erhalten bleiben und gefördert werden müsse.<sup>146</sup>

Nichts deutete in der letzten Ausgabe auf rasch eintretende Veränderungen hin. Offensichtlich wurde Sauckel von den Ereignissen überrollt, als in München Hitler am 25. Februar 1925 die NSDAP wiedergründete und am Tag darauf der *Völkische Beobachter* erneut erschien. Das Ende seines Blattes und damit auch seiner publizistischen Tätigkeit stand bevor. Am 21. März erschien in Weimar *Der Nationalsozialist*, angekündigt als Ersatzblatt für *Der Streiter* – der bislang in Weimar erschienen war – sowie für den *Deutschen Aar*. Als dessen Herausgeber fungierte Arthur Dinter, als Hauptschriftleiter Hans Severus Ziegler. Von Sauckel war keine Rede. Ilmenau fand sich nicht einmal in der Liste jener Städte, in denen es Zweiggeschäftsstellen für *Der Nationalsozialist* gab.<sup>147</sup> Sein Weg zum Geschäftsführer des thüringischen NSDAP-Gaues und zu seiner Ernennung als Gauleiter war noch weit, doch dieser beruhte nun ausschließlich auf Denkstrukturen und Handlungsorientierungen des deutschen Faschismus.

<sup>146</sup> *Deutscher Aar*, 9. Folge vom 15. Lenzing (März) 1925, S. 1.

<sup>147</sup> Genannt wurden Breslau, Elberfeld, Leipzig, Mittweida und Plauen.

## Überlegungen für ein Fazit

»Wir sind doch keine Nazis« – ein Satz, oft zu hören in aktuellen Auseinandersetzungen mit denen, die sich selbst als »besorgte Bürger« verstehen und im Kern aber jene hasserfüllten Argumente verbreiten, die es in der nahezu zwei Jahrhunderte umfassenden Geschichte völkischer Ideologen und Bewegungen bereits gegeben hat. Mit dem Blick in die Vergangenheit lässt sich nicht bezweifeln, dass deutschvölkisch-rassistisch orientierte Denk- und Verhaltensstrukturen sowohl zu den Fundgruben als auch zu den grundlegenden Bestandteilen der sich selbst als »nationalsozialistisch« bezeichnenden Ideologie gehörten. Die Deutschvölkischen gehörten zu den Wegbereitern hitlerfaschistischer Diktatur und verheererder Kriege. Wer sich näher anschaut, was vor 1933, ja schon vor 1914 von den Völkischen gedacht und gefordert worden ist, dem erschließt sich nahezu zwangsläufig deren Charakterisierung als Geburtshelfer, Nährmutter und Verfechter faschistischen Ungeistes und faschistischer Politik.

Völkisches Denken und Verhalten war, ist und bleibt nationalistisch, rassistisch, antidemokratisch, antiparlamentarisch, friedensfeindlich. Es entwickelte sich in der Weimarer Republik – getrieben auch von zunehmendem Hass auf Andersdenkende, Andersgläubige und anders leben wollende Menschen – hin zum radikaleren, gewaltbereiten und schließlich mörderischen deutschen Faschismus. Dieser Wandel vollzog sich damals in Thüringen zwar nicht zwangsläufig, doch boten völkische Auffassungen dafür eine ihrem Wesen entsprechende Grundlage. Dies zeigte sich auch in den damals weithin üblichen Worten und Begriffen sowie im Ausdrucksstil. Alles äußerte sich in einer Sprache, die kaum Raum für rationale Momente ließ. Wortwahl und Darstellungsweise mögen bei den Rechtsextremen heutiger Zeiten eine andere sein, doch nach wie vor dominieren die Inhalte.

An solche Erscheinungen muss heute wieder erinnert werden, gleichsam in Verwendung einer historischen Messlatte für jegliches wissenschaftliche Urteil über Nationalisten, Rassisten und Faschisten und deren Platz in den wechselnden Zeiten deutscher Geschichte. Sicher verbieten sich direkte Vergleiche mit heutigen Ideologen und Politikern am (leider ausufernden, mehr und mehr auch aus der sogenannten Mitte kommenden) rechten Rand der Gesellschaft. Doch das Fragen nach deren Ahnherren und nach ihrem heute erneut angenommenen Erbe ist leider allzu berechtigt. Wer Nationalismus und Rassismus rechtfertigt, der unterschätzt letztlich selbst

die existenziellen Gefahren für Demokratie und Recht, für Frieden und menschliche Existenz auf der Erde. Zuzustimmen ist dem Literaturhistoriker Günter Hartung: »Aber da es [das Völkische, m. w.] einmal in der Welt war, sollten die Nachgeborenen nicht die kleinste der Quellen missachten, aus denen solche Phänomene [wie der Nationalsozialismus, m. w.] sich speisen. Denn auch die unsinnigste und unmoralischste Ideologie kann zur Weltgefahr werden, wenn sie Machtmittel in die Hand bekommt.«<sup>148</sup>

Geschichte wiederholt sich nicht, allenfalls variiert sie. Parallelen lassen sich jedoch nicht übersehen. Daher sind Vergleiche sinnvoll, welche oberflächliches Zusammenführen vermeiden, hingegen den Grundlagen und Strukturen jeder auf kapitalistischen Grundlagen beruhenden Gesellschaft gelten. Historische Faschismusforschung – gestützt auf Quellen – kann und sollte dazu beitragen.

## DIE LANGEN LINIEN DES THÜRINGER FASCHISMUS. EIN BLICK AUF DAS THÜRINGER SUPERWAHLJAHR AUS HISTORISCHER PERSPEKTIVE<sup>149</sup>

*Peter Reif-Spirek*

*»Die Nationalsozialisten setzten sich in Apolda und Sonneberg durch, weil sie nicht auf das überkommene bürgerliche Lager beschränkt blieben, sondern außergewöhnlich viele Erst- und frühere Nichtwähler für sich mobilisieren und dazu noch ehemalige Anhänger des sozialistischen Lagers zu sich hinüberziehen konnten. [...] In Apolda und Sonneberg war die NSDAP 1932/33 nicht mehr nur Repräsentantin des nationalen Lagers, sie war hier tatsächlich so etwas wie eine klassenübergreifende Sammelpartei des Protests.«*

So analysierte der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter in seiner historischen Wahlanalyse die Entwicklung Thüringens in der Weimarer Republik »Von der roten zur braunen Hochburg«.<sup>150</sup> Franz Walter beschreibt darin – auch am Beispiel Sonneberg – wie es der NSDAP gelingen konnte, in unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus Fuß zu fassen und Anziehungskraft zu entfalten. Wenn nun im Juni 2023 im Landkreis Sonneberg der erste rechtsextreme Landrat in der Geschichte der Bundesrepublik gewählt wurde, werden unweigerlich Fragen der historischen Kontinuitäten aufgeworfen.

Der Mythos vom »roten Thüringen« verstellt oft den Blick für die Stärke der Republikfeinde in diesem Land. Bei den vorgezogenen Landtagswahlen im Februar 1924, also vor genau 100 Jahren, obsiegte mit dem *Thüringer Ordnungsbund* ein Zusammenschluss rechtskonservativer, nationalistisch-völkischer und rechtsliberaler Parteien.<sup>151</sup> Bereits in den Jahren zuvor hatte ein außerparlamentarisches Bündnis von rechts gegen die Reformpolitik der vorangegangenen sozialdemokratischen Landesregierung mobilisiert.

<sup>148</sup> Günter Hartung: Völkische Ideologie. In: Handbuch zur Völkischen Bewegung 1871–1918. Hrsg. von Uwe Puschner u. a., 1996.

<sup>149</sup> Der Beitrag basiert in den Grundlinien der Argumentation auf meinem Beitrag »Gefährdete Demokratie? Die langen Linien des Thüringer Faschismus«, der in den Blättern für deutsche und internationale Politik 11/2023 veröffentlicht wurde. Für die Schriftenreihe der RLS wurde er erweitert und aktualisiert.

<sup>150</sup> Franz Walter: Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrielandschaften, in: Detlef Heiden und Gunther Mai (Hg), Thüringen auf dem Weg ins »Dritte Reich«, Erfurt 1996, S. 119–145, hier S. 132f.

<sup>151</sup> Vgl. ausführlicher: Mario Hesselbarth: Die Thüringer Landtagswahl am 10. Februar 1924 und ihre Konsequenzen für die weitere politische Entwicklung des Landes. Erfurt 2024.



Das Kabinett Leutheußer (1924–1927) war insofern Ausdruck dieser »anti-sozialistischen Bürger- und Bauerallianz«. <sup>152</sup>

Die Ordnungsbund-Regierung ließ sich aufgrund einer fehlenden eigenen parlamentarischen Mehrheit im Landtag von der *Vereinigten Völkischen Liste* unter der Führung des Antisemiten Artur Dinter tolerieren, die nichts anderes war als eine Ersatzorganisation der nach dem Hitler-Putsch von 1923 verbotenen NSDAP. Auch der Tabubruch hat in diesem Land Tradition: Das Kabinett Leutheußer war die erste Landesregierung in der Weimarer Republik, die auf die Unterstützung der Nazis angewiesen war. Das hatte Folgen. Bereits im März 1924 hob das Thüringer Innenministerium das Verbot der NSDAP auf. Thüringen wurde so zum Schutzraum und später zum Sprungbett der Faschisierung des gesamten Landes.

In der Konsequenz führten diese Prozesse schon 1930 zur ersten Beteiligung der NSDAP an einer völkischen Koalitionsregierung in Thüringen und bereits 1932 zur vorgezogenen NSDAP-Machtübernahme, nach deren klarem Wahlsieg mit über 42 Prozent der Stimmen. Gestützt und vorbereitet wurde diese Entwicklung durch ein völkisches Netzwerk. Gewiss, man sollte mit historischen Analogien vorsichtig sein, aber man muss die langen mentalitätsgeschichtlichen Prägungen der Region kennen, um die heutigen Entwicklungen in Thüringen zu begreifen. Solche Prägungen vergehen nicht, sie werden gewissermaßen in der politischen Kultur als Möglichkeit abgespeichert. <sup>153</sup> Thüringen ist in Fragen der Faschisierung ein historisch kontaminiertes Feld. Angesichts der enormen Stärke der AfD stellt sich die Frage, ob Thüringen erneut zum Exerzierfeld und Vorreiter der Rechtsentwicklung der deutschen Gesellschaft werden wird.

Auf die Bedeutung der Mentalitätsgeschichte hat vor allem die Annales-Schule immer wieder hingewiesen und damit den Blick auf die langandauernden Tiefenströmungen einer Gesellschaft gerichtet. Schaut man speziell auf Thüringen, zeigt sich, dass Faschismus, bürgerliche Steigbügelhalter und eine schwache Linke zu dieser Tradition gehören, gewissermaßen eine thüringische *longue durée*. <sup>154</sup>

<sup>152</sup> Karsten Rudolph: Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik, Erfurt 2018, S. 100.

<sup>153</sup> Im Übrigen hat der DDR-Antifaschismus solche Mentalitätsbestände nicht gesellschaftlicher Bearbeitung zugeführt, sondern sie lediglich politisch in ebenso binärer Form umcodiert und in neuen autoritären Verhältnissen eingefroren.

<sup>154</sup> Vgl. zu den langen Linien auch: Raj Kollmorgen, Rechtspopulismus in Ostdeutschland. Sieben Thesen

Auf dieses Erbe ist nach dem »Tabubruch« vom 5. Februar 2020 wiederholt hingewiesen worden, als CDU, FDP und AfD gemeinsam Thomas Kemmerich zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten von Thüringen wählten und einen Sturm der Entrüstung in der Bundespolitik auslösten. Im September dieses Jahres erfolgte die Durchsetzung einer haushaltsrelevanten Absenkung der Grunderwerbssteuer in der gleichen Stimmenkoalition, eine Abstimmung, die von der AfD als Anfang vom Ende der Merz'schen Brandmauer gefeiert werden konnte. <sup>155</sup> Im Dezember verabschiedeten CDU, FDP und AfD einen von der FDP eingebrachten Gesetzesentwurf gegen den Ausbau von Windrädern im Thüringer Wald. <sup>156</sup> Gegen diese Änderung des Thüringer Waldgesetzes bereitet die Landesregierung aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken ein Normenkontrollverfahren vor.

Ein weiterer Gesetzentwurf der Thüringer CDU-Fraktion, der gendgerechte Schreibweisen in Schulen und Verwaltung für unzulässig erklären soll, scheiterte im Februar 2024 an der zu geringen Anzahl anwesender Abgeordneten von AfD, CDU und FDP, weil sich im Plenum keine Mehrheit für die Weiterberatung in den Landtagsausschüssen fand, soll aber erneut vorgelegt werden. Selbstverständlich wird auch hier wieder auf die Zustimmung der AfD spekuliert. Mit jeder gemeinsamen Abstimmung dieser politischen »Kemmerich-Mehrheit« in Sachfragen wird ein Loch in die ohnehin instabile Brandmauer gegen rechts geschlagen und das politische Framing der AfD gestärkt. <sup>157</sup> Denn systematisch wird den AfD-Milieus signalisiert: Eure Themen sind auch unsere Themen.

Im alltagskulturellen Vorraum des Politischen hat es in Thüringen ohnehin nie eine Brandmauer gegen rechts gegeben, sondern rechte Vergemeinschaftungsräume, die CDU, FDP, AfD und auch viele *Freie Wähler* umfassen. Auch nachdem sich ein Teil dieses Milieus radikalisiert und als AfD politisch verselbstständigt hat, blieben diese Vergemeinschaftungsräume – vom Karnevalsverein bis zum Handwerkerstammtisch – intakt. Das schafft wechselseitiges Vertrauen und lässt mediale Skandalisierungen ins Leere laufen.

zu seiner Formierung, Attraktivität und Ausprägung aus historisch-soziologischer Perspektive, in: ders./ Johannes Schütz/Steven Schäller (Hrsg.), Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten, Weimar u. a. 2021, S. 159–188.

<sup>155</sup> Albrecht von Lucke, Brand ohne Mauer, Der Irrweg der Söder-Merz-Union, in: Blätter, 10/2023, S. 5–10.

<sup>156</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/windraeder-wald-gesetz-fdp-strom-100.html>

<sup>157</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/genderverbot-schule-landtag-cdu-afd-100.html>

## Gleicher Namen, anderer Inhalt: Die bürgerlichen Parteien im Osten

In den vermeintlich bürgerlichen Parteien FDP und CDU wird kein liberal-konservatives Bildungsbürgertum repräsentiert, weil ein solches in Thüringen schlichtweg nicht von politischem Gewicht ist. Das wurde durch die lange Regentschaft von Bernhard Vogel bloß verdeckt. Der ideologische Kern der Thüringer CDU war ein reaktionärer Antisozialismus, der in den 1990er-Jahren noch eine wirksame Mobilisierungsstrategie darstellte. In diesem Klima wurden die Kader der *Jungen Union* sozialisiert, die heute den Landesverband prägen. Die CDU Thüringen wusste nie selbst, wie rechts sie wirklich war und ist – auch im Vergleich zu westdeutschen Landesverbänden dieser Partei. Weder hat es in Thüringen einen relevanten sozialkonservativen Arbeitnehmerbereich wie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland noch einen liberalkonservativen Flügel wie in Schleswig-Holstein gegeben. Und was sich in den 90er-Jahren in der systematischen Verharmlosung und Entpolitisierung des Rechtsextremismus artikuliert, setzt sich heute in gemeinsamen Abstimmungen mit der AfD fort. Man kalkuliert mit ihren Stimmen, um die R2G-Minderheitsregierung unter Druck zu setzen, und tut überrascht, wenn es passiert. Hier sind politische Wiederholungstäter am Werk, die in der Kontinuität ihrer politischen Sozialisation agieren. Ähnlich gestalten sich die Verhältnisse in der FDP; ihr vermeintlicher Liberalismus ist vor allem ein radikaler Anti-Etatismus, der problemlos Brücken zur AfD schlagen lässt.

Insofern steht der 26. Juni 2023 in Sonneberg – die Wahl des ersten Landrats der radikalen Rechten nach 1945 – für eine Zäsur und zugleich für eine fatale Thüringer Kontinuität. Es ist ein politischer Einschnitt, aber auch eine Entwicklung, die sich lange angebahnt hat und noch immer verharmlost wird. Es war absehbar, dass eine demokratische Allparteienkoalition diesen Wahlsieg der AfD in der Sonneberger Stichwahl kaum würde verhindern können. Denn es gehört zu den Paradoxien politischer Mobilisierung, dass solche breiten Aufrufe jenes Bild der unterschiedslosen »Systemparteien« befördern, von dem gerade die AfD profitiert. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die AfD in der Stichwahl noch zusätzliche Stimmen aus dem bisherigen Nichtwählerbereich gewinnen konnte.

Es waren auch AfD-Wahlerfolge, die in den letzten Jahren zu erhöhten Wahlbeteiligungen geführt haben. Dennoch nehmen die Mitte-Links-

Parteien diese rechtsradikale Antwort auf die Krise der politischen Repräsentation anscheinend immer noch nicht ernst. Und vor allem: Warum sollten Nichtwähler ein automatisches Reservoir der Demokratie sein? Systematische, über den Wahltag hinausgehende Strategien ihrer Rückgewinnung durch die demokratischen Parteien sind bis heute nicht erkennbar. Mit einem Hausbesuch in der heißen Wahlkampfphase ist es jedenfalls nicht getan.

## AfD: Ein erfolgreiches Radikalisierungskollektiv

Das Sonneberger Wahlergebnis ist allerdings keinesfalls linear und allein aus solchen tiefen Prägungen abzuleiten. Sprich: Der Verweis auf lange autoritäre Entwicklungen ist sicher berechtigt, aber in seiner Erklärungskraft für aktuelle Wahlergebnisse zugleich beschränkt.

Eine Wahl ist denn auch immer das, was die Annales-Schule als *événement* bezeichnet hat – ein Ereignis, das in die *longue durée* einbricht. Zur Bestimmung politischer Kräfteverhältnisse bedarf es daher – neben dem historisch informierten Blick – auch der Analyse des konkreten Momentums.

Vergleicht man das Sonneberger Wahlergebnis vom Juni 2023 mit dem von 2018,<sup>158</sup> fallen zwei Entwicklungen ins Auge: Der AfD ist – ungeachtet ihrer steten Radikalisierung – in den vergangenen Jahren eine große politische Terrainerweiterung in diesem Landkreis gelungen, sodass sie ihr absolutes Stimmenpotenzial bereits im ersten Wahlgang deutlich steigern, in der Stichwahl mit 13 420 Stimmen sogar gegenüber 2018 annähernd verdoppeln konnte. Demgegenüber erreichten die zwei Kandidaturen aus dem R2G-Bereich zusammen lediglich ein Ergebnis von 17,61 Prozent und schafften es noch nicht einmal mehr in die Stichwahl. Zusammen erzielten sie ein absolutes Stimmenergebnis von 4 130, halbierten also das Ergebnis von 2018.

<sup>158</sup> Bei der Landratswahl 2018 erzielte der AfD-Kandidat Sesselmann ein Ergebnis von 29,8 Prozent bei 6920 Stimmen und kam mit diesem Ergebnis nicht in die Stichwahl. In der langjährigen CDU-Hochburg setzte sich der parteilose Kandidat von SPD und Linkspartei Hans-Peter Schmitz durch, der im ersten Wahlgang 37,6 und in der Stichwahl gegen den CDU-Konkurrenten 56,2 Prozent erringen konnte, wobei er sein absolutes Stimmenpotenzial zwar erneut mobilisieren, aber auch kaum steigern konnte (8717 bzw. 8884 Stimmen). Schmitz musste die Landratsfunktion aufgrund einer langen Erkrankung allerdings aufgeben.

Die im Wahlergebnis zum Ausdruck kommenden Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts sind nicht auf Sonneberg beschränkt, sondern haben sich offensichtlich im Zuge der Corona-Krise auf breiterer Front vollzogen. Die AfD konnte weitere Wählerschichten binden und teils auch radikalieren – deshalb bezeichne ich sie als »erfolgreiches Radikalisierungskollektiv«<sup>159</sup>. Mit diesem Begriff versuche ich drei unterschiedliche Ebenen zu fassen:

ERSTENS: Die AfD schiebt das Parteiensystem nach rechts und radikalisiert damit die Diskursfelder. Das ist nicht nur in der Merz-CDU sichtbar, sondern auch in der Verrohung der deutschen Flüchtlingspolitik.

ZWEITENS: Die AfD arbeitet erfolgreich an der Radikalisierung des in seiner Grundstruktur widersprüchlichen Alltagsverstands. Sie verschärft dessen problematischen Anteile und formiert sie politisch.

DRIITENS: Diese Radikalisierung zeigt sich nicht zuletzt auch innerparteilich. Dabei war der rechtsextreme »Flügel« um Höcke der dynamische Pol der Parteientwicklung, der die Radikalisierung vorangetrieben hat. Dieser Prozess kann heute als abgeschlossen gelten.

Heute ist die AfD vielleicht die einzige Milieupartei in Thüringen. Sie organisiert eine dezentrale, weit in die ländliche Fläche reichende Präsenz, von der andere Parteien nur träumen können. Ihre Stärke ist ihr nachbarschaftliches Gesicht. Es ist der Tierarzt, der Handwerker, der Jugendtrainer von nebenan, der für die AfD spricht, ohne Mitglied sein zu müssen. Darauf und nicht auf den Führungsfähigkeiten Höckes basiert ihre Mobilisierungsfähigkeit. An diesem nachbarschaftlichen Einverständnis scheitert jede mediale Skandalisierung, die zum wiederholten Mal eine Höcke-Rede dekonstruiert.

### Die Kehrseite: Der Einbruch linker Repräsentation

Die Kehrseite des AfD-Erfolgs ist der Einbruch linker Repräsentationsmacht, wie er sich exemplarisch im jüngsten Sonneberger Ergebnis widerspiegelt. Auch hier zeigen sich die langen Linien. In den 1930er-Jahren hat die Thüringer Arbeiterbewegung in weiten Teilen des Landes kein sozio-

<sup>159</sup> Peter Reif-Spirek: Das Ende der Sozialdemokratie, wie wir sie kannten, in: SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 6/2018, S. 52–57.

kulturelles Milieu herausbilden können. Heute scheint auch R2G gemeinsam zu schwach zu sein, um alltagskulturelle Gemeinschaftsräume zu stabilisieren, die sich gegen die erneute »Faschisierung der Provinz« (Toralf Staud) stellen können. R2G fehlt offenbar die lebensweltliche Verankerung in den ländlichen Regionen. Schwache Wahlergebnisse des nicht-konservativen Lagers sind die Folge und beileibe kein Ausweis ihrer politischen Kommunikationsfähigkeit vor Ort – und zwar generell, wie auch im Besonderen in ihrer Auseinandersetzung mit rechts.

Es wird sich zeigen, ob das demokratische Lager links des Konservatismus sich jetzt wieder nur in seinen Warnungen bestätigt fühlt oder ob es auch zu einer selbstkritischen Debatte fähig ist, denn faktisch hat es die politischen Kommunikationsflächen zu beachtlichen Teilen der Bevölkerung verloren. Insofern ist die politische Situation heute noch weit gefährlicher als in den sogenannten Baseballschlägerjahren der Nachwendezeit.

Die ersten Reaktionen auf das Wahlergebnis in Sonneberg offenbarten vor allem politische Ratlosigkeit. Die Folge war ein hilfloser, moralisierender Antifaschismus, der die falschen Fragen stellt – und viel zu kurz greifende Antworten gibt. Plattitüden, dass Faschisten Faschisten wählen, weil sie eben Faschisten sind, wurden als wahlsoziologischer Befund präsentiert. Es dauerte keinen Tag, bis die Forderung nach einem Parteiverbotsverfahren gegen die AfD erhoben wurde, weil diese ja mit Sonneberg ihre politische Wirkungsmacht bewiesen habe – als könne ein starker Staat die eigene mangelnde demokratische Diskursmächtigkeit kompensieren. Kein Wähler der AfD würde dadurch für das demokratische Lager zurückgewonnen.

Daran zeigt sich: Die Schwäche der Demokratie im Osten Deutschlands (und in Osteuropa insgesamt) ist vor allem die Schwäche ihrer Organisiertheit. Insofern wäre jetzt vor allem zähe regionale, organisationspolitische Kärnerarbeit – allen voran der Parteien – gefragt, denn nur so kann ein sozialräumlich verankerter, nachbarschaftlicher Antifaschismus entstehen. Wer dagegen im Stellungskrieg um gesellschaftliche Hegemonie die Schützengräben verwaissen lässt, darf sich nicht wundern, wenn sie von rechts übernommen werden.

Speziell die Parteistrukturen der Linkspartei sind seit den 1990er-Jahren stark ausgedünnt, auch personell, sprich: Kümmererpartei war gestern.

Progressiver Cäsarismus als Regierungsstil – allein fokussiert auf einen starken linken Ministerpräsidenten – erzeugt aber keine lokale Verwurzelung der Demokratie. Auch die SPD hat mit dem Ausscheiden ihrer 1989er-Generation viele lokale Vernetzungen verloren und ist in weiten Teilen des Landes politisch unsichtbar. Und um die zivilgesellschaftliche Organisationsdichte in den ländlichen Regionen steht es nicht viel besser. Wenn aber Demokratie nicht als Graswurzelbewegung vor Ort sichtbar und organisationsfähig ist, wird sie von unten ausgetrocknet.

### Lichtblick Nordhausen?

Mit einer vor allem zivilgesellschaftlich getragenen Mobilisierung konnte im September letzten Jahres ein geschichtsrevisionistischer AfD-Bürgermeister in Nordhausen in der Stichwahl noch verhindert werden. Der AfD Thüringen, die schon eine Erfolgsserie witterte, die ihre weitere Ausstrahlung im Nichtwählerbereich gewiss verstärkt hätte, konnten erstmals Grenzen gesetzt werden.<sup>160</sup>

Das ist gewiss ein Erfolg, aber kein Grund zur Erleichterung und politischen Entwarnung. Denn noch im ersten Wahlgang lag der AfD-Kandidat weit vor seinen Mitbewerbern und erzielte mit 42 Prozent ein doppelt so starkes Ergebnis wie die beiden OB-Kandidaten aus dem R2G-Spektrum (zusammen 20 %). R2G ist auch in dieser Wahl gemeinsam so schwach, dass man sich fragen muss, wie lange man sich getrennte Kandidaturen dieser drei Parteien noch erlauben kann, wenn in den nächsten Jahren der Kampf gegen die Faschisierung im Osten im Mittelpunkt steht.

Die anhaltende Stärke der AfD, die auch im zweiten Wahlgang noch um etwa tausend Stimmen zulegen konnte, einerseits und die erfolgreiche zivilgesellschaftlichen Kampagne andererseits – beides zusammen kommt im Nordhäuser Ergebnis zum Ausdruck. Dazwischen lavierten die schwachen Parteien der Berliner Republik.

Die Mobilisierung zur Stichwahl wurde vor allem auch von Unorganisierten getragen; auf einen gemeinsamen Aufruf aller unterlegenen Parteien

<sup>160</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/nord-thueringen/nordhausen/oberbuergermeister-buchmann-stichwahl-afd-prophet-100.html>

gegen den AfD-Kandidaten hingegen wurde verzichtet. Von besonderem Gewicht waren die öffentlichen Interventionen aus der Gedenkstättenstiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora, die den Geschichtsrevisionismus des AfD-Kandidaten offenlegten und auf die internationalen Folgen hinwiesen, wenn die Stadt mit ihrer KZ-Geschichte durch einen rechtsextremen Oberbürgermeister repräsentiert würde. Am Ende bleibt jedoch die Frage, ob einmaliges Campaigning das politische Klima in Nordhausen nachhaltig verändern kann.

### Die zweite Niederlage bei den Landratswahlen im Saale-Orla-Kreis. Oder wie die AfD verliert und doch gewinnt<sup>161</sup>

Im Januar 2024 folgte bei den vorgezogenen Landratswahlen im Saale-Orla-Kreis eine weitere Niederlage der AfD. Doch die politische Erleichterung darf nicht dazu führen, die Tiefe der Rechtsentwicklung in Thüringen und hier vor allem in den ländlichen Regionen zu unterschätzen. Der AfD-Kandidat hat in beiden Wahlgängen mit 45,7 und 47,6 Prozent (zweiter Wahlgang) Ergebnisse knapp unter 50 Prozent erzielt, die einiges über die politisch-kulturelle Prägung dieser Region aussagen. In der Stichwahl reüssierte knapp der CDU-Kandidat (und Generalsekretär des Landesverbands), der seinen Wahlkampf mit AfD-Frames geführt hat: mehr Abschiebungen, Abschaffung des Bürgergelds und keine Windkraft im Wald. Die AfD ist erfolgreich, weil sie auch ihre Mitbewerber nach rechts schiebt, mit anderen Worten sie ist auch ohne Landratsamt ein wirksamer politischer Pol der Rechtsentwicklung. Die AfD darf man daher nicht nur an ihren aktuellen Wahlergebnissen messen, sondern auch an der erfolgreichen schleichenden Einsickerung ihrer Positionen, der langsamen Vergiftung der politischen Alltagskultur.

Das eigentliche Desaster auch dieser Wahl stellt – wie bereits zuvor in Sonneberg und Nordhausen – die Marginalisierung der Mitte-links-Parteien dar, deren Kandidaturen zusammengenommen nur etwa 20 Prozent erreichen konnten. Selbst bei einer gemeinsamen Kandidatur wären sie nicht annähernd in Stichwahlhöhe gekommen. Nimmt man diese Landrats-

<sup>161</sup> [https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LR&wJahr=2024\\_75&zeigeEr-g=WK&wknr=075](https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LR&wJahr=2024_75&zeigeEr-g=WK&wknr=075)



wahl als Menetekel, so sind bei den kommenden Landrats- und OB-Wahlen weitere Stichwahlen zwischen AfD- und CDU-Kandidaten, also ohne Mitte-links-Beteiligung, in weiteren Regionen des Landes wahrscheinlich. Auch die Wahlkreismandate bei der Landtagswahl im September könnten vor allem zwischen CDU und AfD entschieden werden. Vor diesem Hintergrund sind getrennte Kandidaturen von Mitte-links bei den OB- und Landratswahlen ein politisches Vabanque. Mit dem Antriggern von AfD-Positionen hat der CDU-Kandidat im Saale-Orla-Kreis keinen einzigen AfD-Wähler zurückgewonnen. Betrachtet man die Wählerwanderungen zwischen den beiden Wahlgängen, so verdankt der CDU-Kandidat das Landratsamt dem antifaschistischen Pflichtbewusstsein von Wähler\*innen, die noch im ersten Wahlgang die parteilose SPD-Kandidatin oder den Kandidaten der Linkspartei unterstützt hatten. Würde dies auch unter umgekehrten politischen Vorzeichen funktionieren, wenn CDU-Wähler zwischen einem AfD-Kandidaten und einem Sozialdemokraten oder Vertreter der Linkspartei in einer Stichwahl entscheiden müssten? Die Ost-CDU ist keine Polenz-CDU, und in den vorpolitischen Kommunikationsräumen gibt es zahlreiche Verbindungen zwischen den CDU-, AfD- und FDP-Milieus.

Die Wahlbeteiligung lag in beiden Wahlgängen mit 65,5 und 68,6 Prozent erstaunlich hoch. Der AfD-Kandidat, der schon im ersten Wahlgang ausmobilisiert schien, konnte selbst im zweiten Wahlgang prozentual und absolut zulegen und weitere Nichtwähler mobilisieren. Es gibt keine starke linke, aber eine rechte Antwort auf die Krise der politischen Repräsentation.

### Die Stimmung vor dem Thüringer Superwahljahr

Die drei lokalen Wahlergebnisse fügen sich in ein Gesamtbild, das sich auch in den Ergebnissen der repräsentativen Studie der FES-Thüringen »Wie tickt Thüringen? Lebenszufriedenheit im Freistaat vor dem Superwahljahr«<sup>162</sup> widerspiegelt. Die Online-Befragungen fanden bereits vom Oktober bis November 2023 statt, sodass die Daten keine Aussagen über die Wirkung der Anti-Rechts-Demonstrationen ermöglichen, deren Mobilisierung erst nach den *Correctiv*-Recherchen einsetzte.

<sup>162</sup> Die Studie ist online verfügbar: <https://www.fes.de/landesbuero-thueringen/artikelseite-landesbuero-thueringen/studie-thueringen-22-02?fbclid=IwAR0LzISapjMUJZRFIM2ByTsK0YzFWnh4-5Kel-h7U-R3FZ591DqE86PQtYIE> – [https://www.nd-aktuell.de/artikel/1180264.thueringen-thueringer-sind-pri-ivat-zufrieden-politisch-frustriert.html?fbclid=IwAR0WK7MCOH54h00DyQXTgJXysGAI\\_x8rv\\_qE1zEn-mIVcxEMsw-tPK-KE](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1180264.thueringen-thueringer-sind-pri-ivat-zufrieden-politisch-frustriert.html?fbclid=IwAR0WK7MCOH54h00DyQXTgJXysGAI_x8rv_qE1zEn-mIVcxEMsw-tPK-KE)

Die FES-Studie zeigt, dass die AfD derzeit die stärkste Kraft im Thüringer Parteiensystem darstellt und ca. ein Drittel der Wählerinnen und Wähler anzusprechen vermag. R2G ist weit von einer parlamentarischen Mehrheit entfernt, der parlamentarische Wiedereinzug von FDP und Grünen unsicher. Mit 47,5 Prozent kann sich fast jeder Zweite in der Altersgruppe der 18–29-Jährigen grundsätzlich vorstellen, AfD zu wählen – das ist ein Plus von mehr als zehn Prozent gegenüber dem schon erschreckenden Landesdurchschnitt. Die kommunalen Wahlerfolge der AfD dürften nicht zuletzt auch auf diese überdurchschnittliche Resonanz in den Jungwähler-Kohorten zurückzuführen sein, die sich in der Corona-Krise nach rechts radikalisiert haben. In allen Politikbereichen weisen sie der AfD die größte Problemlösungskompetenz zu.

Die FES-Studie liefert auch eine allererste Einschätzung über das mögliche Potenzial eines eigenständigen bsw-Wahlauftritts in Thüringen – während der laufenden Befragung wurde die Parteigründung von Wagenknecht angekündigt – und deren Schnittmengen zu Wählerpotenzialen der anderen Parteien. Diese Ergebnisse muss man also mit der gebotenen Vorsicht interpretieren. Aber es ist offensichtlich, dass mit dem bsw eine neue Formation antritt, die das Kräftefeld auch der Landespolitik verändern wird, obwohl ihr programmatisches Profil derzeit vollkommen unklar bleibt.

Betrachtet man die bundesweiten Wahlumfragen von mehreren Umfrageinstituten aus dem März 2024,<sup>163</sup> so zeigt sich ein übereinstimmendes Bild: Die Ampel verfügt über keine gesellschaftliche Mehrheit. Die CDU ist mit einem Ergebnis um die 30 Prozent die dominierende politische Kraft. Die AfD liegt stabil bei etwa 18/19 Prozent auf dem zweiten Platz. Sie erreicht zwar derzeit nicht mehr Werte über 20 Prozent wie noch Ende des Jahres 2023, aber gegenüber ihrem Bundestagswahlergebnis zeigt sich ein deutlicher politischer Raumgewinn. Rot-Grün (und im Osten R2G) repräsentieren zusammen ungefähr ein Drittel der Wähler, aber sind weit von einer Mitte-links-Regierungsmehrheit entfernt. Die Linkspartei ist in allen Umfragen unter der Fünf-Prozent-Marke, während ihre Abspaltung bsw sich größere Hoffnungen auf einen Parlamentseinzug machen könnte. Das bsw spaltet vor allem das Wählerpotenzial der Linkspartei oder anders formuliert, sie ist der organisationspolitische Ausdruck einer ohnehin vorhandenen migrationspolitischen Spaltung im bisherigen Wählersegment

<sup>163</sup> <https://dawum.de/Bundestag/>

der Linkspartei. Ob das bsw auch das Potenzial hat, die AfD-Mobilisierung weiter einzuhegen, wird sich erst noch erweisen müssen.

Mittlerweile liegen auch für Thüringen erste Umfragen aus diesem Jahr vor.<sup>164</sup> Nimmt man den aktuellen Thüringentrend des MDR (Infratest dimap, Stand: März 2024) zur Grundlage, so kann man bei aller Vorläufigkeit resümieren: Die AfD ist nach wie vor die politisch stärkste Kraft in Thüringen, weit vor ihren Mitbewerbern. Zwar erreicht sie im aktuellen Thüringentrend mit 29 Prozent den niedrigsten Umfragewert seit April/Mai 2023 (bei der zeitgleichen Befragung von INSA liegt sie auch etwas höher bei 31 %), aber beide Umfrageergebnisse dokumentieren die soziale Terrainerweiterung des Rechtsextremismus während der laufenden Legislaturperiode. Auch mit einem Ergebnis von 29 Prozent hat man die Chance, über ein Drittel der Mandate zu erringen, wenn andere Parteien an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Die damit verbundene parlamentarische Blockademacht der AfD ist eine reale Gefahr. Die CDU liegt in allen Umfragen stabil um die 20 Prozent, stagniert folglich auf dem Niveau ihres letzten, schlechtesten Landtagswahlergebnisses.

Die Linkspartei ist gegenüber ihrem letzten Wahlergebnis fast halbiert und liegt nur knapp vor dem bsw, deren bekannte Thüringer Akteure zuvor in der Linkspartei waren. Das bsw spaltet auch in Thüringen vor allem das bisherige Wahlklientel der Linkspartei. Zugleich befürworten überdurchschnittliche 35 Prozent der bsw-Anhänger einen Regierungseintritt der AfD, was die politische Diffusität ihres Wählerpotenzials zeigt. Die SPD liegt klar im einstelligen Bereich. Sie ist in Thüringen weder Arbeiter- noch Volkspartei, sondern repräsentiert ein kleines zufriedenes Milieu leitender Angestellter und Beamter in gesicherter Stellung. Die Grünen liegen bei beiden Thüringen-Umfragen in diesem Jahr bei fünf Prozent, es wird also für sie ein äußerst knappes Rennen um den Wiedereinzug in den Landtag, weil sie bei Wahlumfragen notorisch überbewertet werden. Die FDP ist bei allen Umfragen dieses Jahres klar unter der Fünf-Prozent-Hürde.

<sup>164</sup> Thüringentrend MDR (Infratest dimap): <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/wahlumfrage-landtagswahl-bsw-afd-hoecke-ramelow-100.html?fbclid=IwAR34YwesNa4xhjCg9QZ5GxeChiXWP4JTtYKklxiEXGGX0uC2yvEi8eekJAh0> – Thüringer Allgemeine (INSA): <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article241925318/Drohende-Blockade-Linke-und-AfD-kommen-rechnerisch-wieder-auf-Mehrheit-im-Thueringer-Landtag.html>

Diese Befunde müssen natürlich mit der gebotenen politischen Vorsicht interpretiert werden, der Landtagswahlkampf hat noch nicht begonnen. Aber weder auf Landes- noch auf Bundesebene ist der Rechtsextremismus geschwächt oder auch nur eingedämmt worden. Er ist stärker geworden, und das wird die Demokratie in diesem Land fragiler machen. Die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen werden auf die ein oder andere Weise auch die Dynamik des Landtagswahlkampfes prägen. Eine weitere Faschisierung von unten bei den Thüringer Kommunalwahlen verstärkt das lokale Gewicht der AfD, wovon auch die Landespartei profitieren würde. Die politischen Gewinner der Europawahlen werden mit einem entsprechenden Selbstbewusstsein auch in die Thüringer Wahlauseinandersetzung gehen können.

### »Thüringen ist eines von den schwierigen Bundesländern« (Reinald Grebe)

Der Rechtsextremismus ist beileibe kein Ost-Problem, wie die Wahlergebnisse in Bayern und Hessen im letzten Jahr dokumentiert haben, aber er hat in den neuen Bundesländern noch immer ein anderes Gewicht und Gefährdungspotenzial. Die besorgniserregenden Ergebnisse der aktuellen Leipziger »Mitte-Studie« zeigen zudem einen erheblichen Anstieg rechts-extremer Einstellungen.<sup>165</sup> Wachsende Demokratiedistanz in der Mitte der Gesellschaft und Radikalisierung gehören zusammen. »Rechtsextrem zu sein ist nicht mehr etwas, was hinter vorgehaltener Hand passiert.« Das rechtsextreme Selbstverständnis werde mittlerweile »durchaus selbstbewusst nach vorne getragen«, erläutert Beate Küpper, die Co-Autorin der Studie.<sup>166</sup>

Die Wahlerfolge der AfD in Hessen und Bayern belegen, dass sie ihre Schwächeperiode im Westen inzwischen überwunden hat und sich auch hier neue Wählerpotenziale erschließen konnte. Gleichwohl sind die Unterschiede zwischen Ost und West weiterhin nicht zu übersehen. Parlamentarische Mehrheiten gegen die AfD sind in Hessen und Bayern noch in Zweierbündnissen möglich. Auch wenn der Auszehrungsprozess der Parteien im Westen ebenso voranschreitet, hat das repräsentativ-parlamen-

<sup>165</sup> Andreas Zick, Beate Küpper und Nico Mokros: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, als Download unter [www.fes.de](http://www.fes.de).

<sup>166</sup> Acht Prozent teilen rechtsextremes Weltbild, [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 21.09.2023.

tarische System dort noch immer einen anderen Unterbau. Das zivilgesellschaftliche Netz ist deutlich enger geknüpft und in seinen demokratischen Orientierungen gefestigter. Im Osten hingegen hat der Parlamentarismus, um ein Bild Gramscis aufzugreifen, keine »robuste Kette von Befestigungswerken und Kasematten«, die eine demokratische Kultur absichern helfen. Die Berliner Republik wirkt daher in Teilen des Ostens wie von unten abgehängt; ihre politischen Diskurse erzeugen keine gesellschaftliche Verbindlichkeit mehr vor Ort.

Es ist noch nicht allzu lang her, dass die R2G-Minderheitsregierung von Teilen der Linkspartei als demokratische Innovation des deutschen Parlamentarismus abgefeiert wurde. Tatsächlich ist Thüringen heute längst wieder Avantgarde – aber nicht der demokratischen Erneuerung, sondern der Faschisierung. Längst erweckt R2G den Eindruck der Handlungsunfähigkeit, eine eigene politische Erzählung von den Entwicklungsperspektiven des Landes ist schon lange nicht mehr erkennbar, mit fehlenden Mehrheiten lassen sich wichtige Projekte nicht entwickeln. Die Linkspartei hat dem Rechtsextremismus als Oppositionspartei stärkere Grenzen gesetzt als in Regierungsfunktion, weil sie in ihrer früheren Rolle als politischer Adressat der gesellschaftlichen Kränkungen agieren konnte. Die zunehmende Unzufriedenheit mit Landes- und Bundesregierung ist dagegen ein Treiber der Demokratiekrise.

Die AfD ist in Thüringen und im Osten generell so stark, dass sie eine demokratische Blockadefunktion ausüben kann. Es muss ein Wahlergebnis verhindert werden, bei dem die AfD diese Blockadefunktion erweitert ausspielen kann, weil sie über ein Drittel der Mandate erhält. Das ist die größte Gefahr. Die möglichen parlamentarischen Mehrheitskonstellationen werden sich erst am Wahlabend zeigen. Sollten sich die aktuellen Umfragewerte stabilisieren, gäbe es in diesem Land eine AfD-CDU-Mehrheit, aber der CDU wäre die Rolle des Juniorpartners zugewiesen. Das würde eine Bundes-CDU niemals zulassen. »Historisch gesehen zeigt sich, dass die Faschisten immer nur mit Hilfe der Konservativen an die Macht gekommen sind«, sagte Ruprecht Polenz, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und CDU-Generalsekretär gegenüber der TAZ und wiederholte damit nur eine alte Erkenntnis linker Faschismustheorie<sup>167</sup>.

<sup>167</sup> <https://taz.de/Nazi-Netzwerk-um-Peter-Kurth/!5984682/>

Ganz unabhängig von der Frage einer neuen Regierungsmehrheit werden diese Mentalitätsbestände und gesellschaftliche Stimmungen wirksam sein und das Land in seinen autoritären politischen Alltagskulturen prägen. Parlamentarische Mehrheiten gegen die AfD wird es vermutlich nur mit Formen lagerübergreifender »antagonistischer Kooperation« von CDU und Linkspartei (und/oder BSW) geben. Neue Tolerierungsmodelle würden wohl kaum zur Stabilität beitragen, können aber in anderen politischen Farben auch nicht ausgeschlossen werden. Schon an der Ampel-Bundesregierung ist ablesbar, wie wenig stabil solche lagerübergreifende Koalitionen sind.

Die Gefahr ist groß, dass Thüringen auch nach der Landtagswahl ein politisch gelähmtes Bundesland bleiben wird, in der die AfD die Rolle einer rebellischen Opposition ausspielen kann. Je breiter die Regierungskoalitionen werden müssen, umso mehr kann sie sich als einzig wahre Alternative inszenieren. Die Landtagswahl 2024 könnte so nur eine Zwischenstation im Prozess einer schleichend fortschreitenden Faschisierung darstellen.

### **Zu spät oder zu früh: Der populistische Moment der Correctiv-Reportage und die aktuelle Protestbewegung gegen rechts**

Nach einer Recherche der TAZ sind im Januar und Februar über 3,7 Millionen Menschen gegen die AfD auf die Straße gegangen, ein zweifelsohne beeindruckender Mobilisierungsschub.<sup>168</sup> Was bedeuten die aufgeführten Umfragewerte auf Landes- und Bundesebene für die Beurteilung der aktuellen Protestbewegung gegen rechts? Sie zeigen vor allem, dass man für die Veränderung politischer Kräfteverhältnisse einen langen Atem braucht und kurzfristige Erwartungen kein Maßstab sind. Schon jetzt aber bleibt als Erfolg festzuhalten: Die Correctiv-Recherchen vom Januar 2024<sup>169</sup> haben nichts über den Charakter der AfD »aufgedeckt«, was man nicht schon vorher hätte wissen können. Die Schlüsselschrift für das rassistische Programm, »Revolte gegen den Großen Austausch« von Renaud Camus, ist bereits 2016 auf Deutsch erschienen. Auch die politisch daran anschließenden Deportationsphantasien von Björn Höcke kann man bereits in

<sup>168</sup> <https://taz.de/Demos-gegen-rechts/!5994464/>

<sup>169</sup> <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

seinem Gesprächsband »Nie zweimal in denselben Fluss« von 2018 nachlesen. Sellners Auftritt in Potsdam bewegt sich in diesem Kontext, nichts davon war eine Neuigkeit. Insofern könnte man fragen, warum der Protest so spät die Massen ergreift.

Gleichwohl haben die Recherchen einen populistischen Moment geschaffen, in dem dieses vorhandene Wissen den Alltagsverstand vieler Menschen erreicht hat. Schlagartig wurde klar, wie sehr die rechtsextremen Pläne in das Alltagsleben eindringen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (mit Nachbarn, Freunden, Arbeitskollegen) bedrohen werden. »Mach meinen Kumpel nicht an«, hieß vor vielen Jahren eine (aus Frankreich übernommene) Kampagne der Gewerkschaftsjugend. Die Folge der *Correctiv*-Recherchen war ein sich selbst verstärkender Mobilisierungsschub, der seinen Ausgangspunkt in Großdemonstrationen im urbanen Raum hatte (und haben musste), medial verstärkt wurde und so erst als Signal der Ermutigung in die Breite des Landes wirken konnte. Dies ermöglichte das Überspringen der Protestdynamik in den kleinstädtischen und ländlichen Bereich – und das ist ein erster und wichtiger Erfolg. Er macht Mut, die eigene demokratische Stimme auch in Regionen zu erheben, in denen man zur Minderheit gehört. Vielfach sind die Demonstrationen von politisch unorganisierten Menschen ausgegangen, Bündnisse haben sich neu gebildet oder wieder Zulauf erhalten. Selbst die Mitte-links-Parteien haben einen Mitgliederzulauf wie lange nicht mehr.

Die Proteste haben das plurale Lager der Demokratie sichtbar gemacht. Sie sind das Signal: Wir haben die Kampfansage begriffen und überlassen den Rechten nicht den öffentlichen Raum. Wir, nicht sie, sind die gesellschaftliche Mehrheit in diesem Land. Schon das verunsichert die Rechte, die es in bestimmten Regionen gewohnt ist, nicht mehr auf öffentlichen Widerspruch zu stoßen. Bewegungen schaffen immer Gemeinschaftlichkeit, sie zeigen, dass man nicht alleine ist und was tun kann. Sie stehen für den »Wärmestrom« (im Sinne Ernst Blochs), der die Erwartungen und Hoffnungen der Menschen berührt und dessen es bedarf, nicht nur, um die Rechten zurückzudrängen, sondern auch, um eine lebendige Demokratie zurückzugewinnen.

## Die Gesellschaft, in der wir leben wollen

Es ist derzeit offen, ob diese Mobilisierungsdynamik bis zum Herbst 2024 aufrechterhalten werden kann oder der Protest wieder abebbt. Vor allem aber dürfen Protestaktionen kein Ersatz für linke Gemeinwesenarbeit in der Breite des Landes sein.

Wenn das Land nach rechts zu kippen droht, wie die Befunde der aktuellen Mitte-Studie und Wahlumfragen zeigen, wirft dies auch Fragen nach den politischen und pädagogisch-präventiven Gegenstrategien auf, die bisher jedenfalls die rechte Erfolgsgeschichte noch nicht einmal eindämmen, geschweige denn brechen konnten. Kritische Selbstreflexion statt »Weiter so« wäre also gefragt. Wer die AfD wirksam bekämpfen will, braucht ein eigenes politisches Framing, das zeigt, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

»Ich höre sehr oft, gegen die Rechtspopulisten komme man nicht an, denn ihre Antworten seien einfacher. Hochkomplexe Inhalte, wie die der demokratischen Parteien, seien nicht einfach zu framen. Doch viele der großen Parteien machen ihre Hausaufgaben schlichtweg nicht«, analysierte die Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling die Fehler des damaligen Anti-Trump-Kampfes. Ihre Forderung: »Die Frames der Gegner aufzugreifen, führt zu nichts. Durch die Erwähnung eines Frames, unabhängig ob bejahend oder verneinend, wird dieses immer wieder aktiviert. Das ist dann kostenloser Wahlkampf für die anderen.« Stattdessen müssen Demokraten sich auf ihre eigenen Stärken besinnen: »Demokratische und progressive Geschichten sollten erzählt werden, mit Frames von Empathie, Miteinander, Nächstenliebe, gegenseitiger Befähigung und Schutz.«<sup>170</sup> Diese Analyse lässt sich eins zu eins auf die deutsche Situation übertragen.

<sup>170</sup> »Finger weg vom AfD-Wording«, in: TAZ, 09.12.2016; ausführlicher in ihrem Buch »Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht«, München 2016.





## **Impressum**

»Das Thüringer Schicksalsjahr 1924.  
Der Rechtsruck in Thüringen damals und heute«

Erfurt, Juni 2024  
V.i.S.d.P.: Volker Hinck

Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Thüringen e.V., Futterstraße 20,  
99084 Erfurt, Telefon: 0361 5504115,  
thueringen@rosalux.org, [www.th.rosalux.de](http://www.th.rosalux.de)

Korrektorat: Volker Hinck, Elisabeth Braun  
Layout: Uwe Adler, Weimar

### **Mario Hesselbarth**

ist Historiker, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und er arbeitet ehrenamtlich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Zuletzt erschien von ihm »Die Arbeiterregierung in Thüringen 1923« bei der Landesstiftung.

### **Peter Reif-Spirek**

Sozialwissenschaftler, seit November 1990 politische Bildungsarbeit in Thüringen, zuerst bei *Arbeit und Leben* und anschließend bis 2022 bei der Landeszentrale für politische Bildung. Zahlreiche Veröffentlichungen in den Themenfeldern aktueller Rechtsextremismus, DDR-Antifaschismus, historisch-politische Bildungsarbeit, politische Soziologie.

### **Judy Slivi**

Sozialwissenschaftlerin, seit November 1990 Soziologin, ist Bildungsreferentin bei *Arbeit und Leben Thüringen* und arbeitet dort u. a. in der historisch-politischen Bildung.

### **Prof. Dr. Manfred Weißbecker**

Historiker mit Schwerpunkt Faschismusforschung und Weimarer Republik, bis 1992 Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und einer der Initiatoren zur Gründung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V., des Vorläufers der heutigen Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Autor zahlreicher Analysen, Forschungsberichte und Artikel zum deutschen Faschismus und zu Entwicklungen des Neofaschismus.

**[WWW.TH.ROSALUX.DE](http://WWW.TH.ROSALUX.DE)**